Die Problematik einer Wirtschaftsdemokratie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms Universität zu Berlin

von

Georg Bresky

aus Berlin

Tag der Promotion: 7. Oktober 1932

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Juni 1932

1932

Dissertationsdruckerei und -Verlag Konrad Triltsch, Würzburg

534

Referenten:

Professor Dr. Aug. Müller.

Professor Dr. I. Jastrow.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit gewidmet.

Herrn Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Aug. Müller sage ich für die Anregung zu vorliegender Arbeit auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung 1

I. Teil.

1. Kapitel: Ursprung und Entstehung der Wirtschaftsdemokratie . . . 3
2. „ Das wirtschaftsdemokratische Programm 4
3. „ Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie und ihre Problematik 9

II. Teil.

1. Kapitel: Die Wirtschaftsdemokratie 15
2. „ Das Wesen des Staates und der Wirtschaft 17
3. „ Zweck und Aufgaben des Staates und der Wirtschaft . . 23
4. „ Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zueinander . . . 26
5. „ Die Wirtschaftsdemokratie und ihre Verwirklichung 29
6. „ Die Prognose einer Gesamtwirtschaft 36

III. Teil.

1. Kapitel: Die Demokratisierung der Wirtschaftsführung im Kapitalismus 43
2. „ Die Funktionen des Unternehmers 44
3. „ Die Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit 49
4. „ Die Autokratie des Unternehmertums 53
5. „ Die Prognose einer Verwaltungswirtschaft 56
6. „ Kapitalismus und demokratische Wirtschaftsführung 61

IV. Teil.

Demokratische Erfahrungen in der Vergangenheit 69

Schluß 74

Literaturverzeichnis 76

Einleitung.

Eine soziale Frage hat es immer gegeben. Doch erst, als sie der Menschheit zum Bewußtsein kam, reiften jene Ideen, die sich um eine Lösung dieser Frage bemühen. Insbesondere seit jener Zeit, als neben den Lichtseiten auch die Schattenseiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise sich zeigten, hat es auch nicht an Ideologien und Bewegungen gefehlt, die die Überwindung dieses Wirtschaftssystems sich zum Ziele setzten. In diesem Ziele stimmten alle sozialen Bewegungen überein. Es galt das Proletariat von dem Joch der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu befreien. So kann es nicht Wunder nehmen, daß die negative Seite des Programms dieser Emanzipationsbestrebungen im allgemeinen gleiches Gepräge trägt. Ganz anders aber verhält es sich mit den positiven Forderungen, die die einzelnen Richtungen aufstellten, versuchten sie doch auf ganz verschiedenen Wegen, die Überwindung des kapitalistischen Systems zu erreichen. Es würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausführen, auch nur in großen Linien die Unterschiede der zahlreichen Bestrebungen aufzuzeichnen; denn selbst innerhalb der einzelnen Bewegungen wechselten die Ideale, stand bald dieses, bald jenes im Vordergrund, wie die jeweiligen Zeitverhätnisse es erforderten.

In den letzten Jahren nun ist wieder ein neues Ideal erstanden; ein neuer Begriff wurde geprägt: der der Wirtschaftsdemokratie. Nicht nur Gewerkschaften, die wir wohl als die Väter dieses neuen Begriffs ansehen dürfen, schrieben die Wirtschaftsdemokratie auf ihre Fahne, auch politische Parteien fügten sie in ihr Programm ein. Kurzum: Wirtschaftsdemokratie wurde zum Schlagwort. Um diesen neuen Begriff ist nun eine lebhafte Debatte geführt worden, in der die verschiedensten Meinungen geäußert wurden. Ja, selbst in den Kreisen der Gewerkschaften sind die Ansichten über die Wirtschaftsdemokratie durchaus geteilt. Es verlohnt sich daher gerade in unseren Tagen, die von dem Suchen und Ringen nach einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ihre Signatur erhalten, dieses neue Ideal auch von der Wissenschaft her einmal kritisch zu untersuchen.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533911_0016

I. Teil.

1. Kapitel.

Ursprung und Entstehung der Wirtschaftsdemokratie.

Die erste Frage, die sich einem aufdrängt, ist die nach dem Ursprung und der Entstehung des neuen Begriffes. Will man erkennen, aus welchem Geist heraus das wirtschaftsdemokratische Programm entstanden ist, so muß man sich die Lage der Gewerkschaften etwa in den Jahren 1924/25 vergegenwärtigen.

Im Gegensatz zu den recht erheblichen Errungenschaften, die der gewerkschaftliche Kampf in den ersten Jahren nach dem Kriege zu verzeichnen hatte, machte sich damals ein fühlbarer Rückschlag bemerkbar. Waren schon nach der Revolution im Jahre 1918 bei weitem nicht alle Hoffnungen und Erwartungen der Arbeiterschaft erfüllt worden, so schien es jetzt fast unmöglich, die Sozialreform auf dieser Linie weiterzutreiben. Die soziale Reformpolitik schien an die Grenze der Produktivität der Wirtschaft gestoßen zu sein, die Machtverhältnisse der Parteien und Gewerkschaften schienen überschätzt worden zu sein, der Machtwille der Arbeitgeber und des Unternehmertums erstarkte wieder, man wehrte sich gegen die Eingriffe der staatlichen und gewerkschaftlichen Kräfte.

Der wirtschaftlichen Scheinblüte in den Inflationsjahren war ein Niedergang gefolgt, der für gewerkschaftliche Forderungen keine Realisierungsmöglichkeiten mehr bot. Ein Weltkrieg war verloren, die Wirtschaft lag darnieder, die Inflation hatte eine Neugestaltung des Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Hinzu kam noch, daß der politische Kampf der Selbstbehauptung in Partei und Gewerkschaften die Kräfte völlig absorbierte.

So konnte es nicht ausbleiben, daß weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft von einer gewissen Resignation erfüllt wurden und der Zukunft durchaus pessimistisch entgegensahen. Dieser Stimmung wurde dann auch auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß im Jahre 1925 Ausdruck gegeben, indem man darauf hinwies, „daß eine tiefe Enttäuschung breite Schichten der Arbeiterschaft ergriffen habe angesichts der Tatsache, daß die hochgeschraubten Hoffnungen des Jahres 1918 sich nicht erfüllten, daß die Hoffnung auf sozialistische Organisation der Arbeit, welche damals unsere Arbeiter beseelte, zerronnen ist", „daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man jahrzehntelang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Enttäuschung darüber ist das innere Unglück der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren gewesen" [1]). Aus diesem Geist scheint mir das wirtschaftsdemokratische

[1]) Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Breslau, Berlin 1925 S. 204 u. S. 231.

Programm der freien Gewerkschaften entstanden zu sein. Man fühlte die Leere, die Ideale und Hoffnungen von einst waren vernichtet; man brauchte aber ein neues Ideal und fand es in der Wirtschaftsdemokratie.

Zuerst war es der sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg im Jahre 1925, auf dem Hilferding die ersten wirtschaftsdemokratischen Gedanken äußerte, ohne zu einem bestimmten Programm zu gelangen. In demselben Jahre tagte auch in Breslau der Kongreß der freien Gewerkschaften, auf dem Jaeckel ein ausführliches Referat über die Wirtschaftsdemokratie hielt. Schon in der Diskussion, die sich dem Vortrag anschloß, zeigte es sich, welche mannigfachen Auslegungen der Begriff der Wirtschaftsdemokratie erfahren kann. Es erübrigt sich aber, auf diese Gedankengänge näher einzugehen, zumal sie heute als überholt angesehen werden müssen. Der nächste Kongreß der freien Gewerkschaften, der im Jahre 1928 in Hamburg stattfand, stellte das Problem der Wirtschaftsdemokratie erneut zur Debatte. Die dazwischen liegende Zeit hatte man aber benützt, um den Begriff der Wirtschaftsdemokratie zu klären. Als Ergebnis dieser Untersuchungen der freien Gewerkschaften veröffentlichte Naphtali im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Schrift: „Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel", die wir nunmehr als die maßgebliche Auffassung der freien Gewerkschaften über die Wirtschaftsdemokratie zu betrachten haben. Das Buch selbst ist eine Gemeinschaftsarbeit mit allen Vorzügen, aber auch, wie wir noch sehen werden, mit allen Mängeln, die einer Gemeinschaftsarbeit vielfach eigen sind. Versuchen wir nun zunächst, einen kurzen Überblick über das wirtschaftsdemokratische Programm zu gewinnen.

2. Kapitel.

Das wirtschaftsdemokratische Programm.

Die Wirtschaftsdemokratie, die wir als das erste umfassende Programm der freien Gewerkschaften in der Nachkriegszeit zu betrachten haben, bedeutet ganz allgemein einen Versuch, „aus einer Darlegung der Entwicklungstendenzen der Wirtschaft und des Rechts, die die Stellung des Arbeiters in der modernen Gesellschaft wandeln, die Erkenntnis der Punkte zu gewinnen, an denen die Aktion der Arbeiterschaft einzusetzen hat, um in mannigfacher Gegenwartsarbeit der Verwirklichung ihres Zieles der sozialen Neugestaltung zu dienen. Aus der Verknüpfung der Untersuchung dessen, was ist, mit den Zielsetzungen der Arbeiterschaft für das, was sein soll, wird eine Klärung angestrebt über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie und über den Weg, der über die Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus führt" [2]). Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die sich die freien Gewerkschaften mit diesem Ziel gesetzt hatten, wollten sie doch nicht nur das so außerordentlich komplizierte Wirtschaftsleben der Gegenwart strukturmäßig erkennen und seine Entwicklungstendenzen aufzeichnen, auch die Zukunft der Wirtschaft versuchten sie vorauszusagen. Zahlreiche Gebiete des Wirtschaftslebens wurden in die Untersuchung einbezogen und unter einer wirtschaftsdemokratischen Perspektive betrachtet.

[2]) Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, herausg. im Auftrage des Allgem. Dtsch. Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali Berlin 1928 Vorwort.

Die wirtschaftsdemokratischen Gedanken gehen aus von einer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaft. Eine solche zeigt, daß heute noch weite Gebiete des Wirtschaftslebens vom Kapitalismus beherrscht werden, sie zeigt aber auch, daß es daneben nicht an Bestrebungen fehlt, die bewußt einen Keil in die kapitalistische Wirtschaft hineintreiben wollen, um so die herrschende Stellung des Kapitalismus von innen heraus zu unterhöhlen. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die Doppelaufgabe des wirtschaftsdemokratischen Programms, nämlich: Kampf gegen die noch bestehende Herrschaft des Kapitalismus, andererseits Ausbau und Unterstützung aller nichtkapitalistischen Unternehmungen, in denen man schon heute Keime einer zukünftigen Wirtschaft zu sehen glaubt. Zu letzteren gehören vor allem die Konsumgenossenschaften, insbesondere deren Eigenproduktion, ferner die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, so die Arbeiterbanken, die Bauhütten, die Wohnungsfürsorge, die Volksversicherung, ferner der weitere Ausbau der öffentlichen Wirtschaft. Auch die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau werden hier genannt. In all diesen Unternehmungen sieht man eine demokratische Wirtschaftsverfassung heranreifen. Die Befürworter dieses wirtschaftsdemokratischen Programms lassen aber keinen Zweifel darüber, daß diese Wirtschaftsgebilde zunächst nur einen Fremdkörper in der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten und daß ihnen hinsichtlich der Aushöhlung des Kapitalismus Grenzen gesetzt sind. So heißt es z. B. von den Konsumgenossenschaften: „Die Grenzen sind elastisch, aber sie sind vorhanden. Es gehört viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß die Schwerindustrie, daß die Landwirtschaft, daß das Verkehrswesen von Konsumgenossenschaften betrieben werden kann. Theoretisch ist es gewiß möglich, aber es würden Jahrhunderte vergehen, bis die Konsumentenbewegung dieses ihr heute ganz fernliegende Gebiet der Wirtschaft durchdrungen haben würde und so lange wartet die Arbeiterschaft nicht“ [3]). Auch für die Betätigung der öffentlichen Wirtschaft werden Grenzen gezogen: „Es muß sich handeln um:

1. Betriebe, die den Massenbedarf weiterer Bevölkerungsschichten eines Gebietes decken, oder von denen das Wohl dieser Schichten auf irgendeine andere Weise abhängt;
2. Betriebe mit natürlichem Monopol;
3. Betriebe, die durch Erweiterung und Sicherung des Abnehmerkreises besonders große Ersparnisse erzielen können“ [4]).

Ohne auf diese Grenzziehung für die Betätigung der öffentlichen Hand hier näher einzugehen, sehen wir doch, daß auch die freien Gewerkschaften sich keineswegs der Erkenntnis verschließen, daß all diesen sogenannten nachkapitalistischen Wirtschaftsgebilden hinsichtlich der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems Grenzen gesetzt sind. Theoretisch ist es vielleicht möglich, sich die gesamte Wirtschaft mit derartigen Unternehmungen durchsetzt zu denken; aber in der Praxis liegen die Dinge doch wesentlich anders. Demzufolge werden auch diese Wirtschaftsgebilde nur als Hilfsmittel angesehen, die den Kampf gegen den Kapitalismus wohl wirksam unterstützen, aber nicht die Überwindung des Kapitalismus allein erreichen können. Um letzteres Ziel zu erreichen, erstrebt das wirtschaftsdemokratische Programm in erster Linie eine Mitbeteiligung der Arbeiterschaft am Produktionsprozeß im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaftsführung.

[3]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 81 f.
[4]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 71.

Suchte man früher die kapitalistische Wirtschaft unmittelbar durch ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu ersetzen, so stellt man sich jetzt bewußt auf den Boden der gegenwärtigen Verhältnisse, um von hier aus eine Neubildung der Gesellschaftsordnung anzustreben. Die veränderte Kampfstellung wird begründet mit den Wandlungen, die die kapitalistische Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten erfahren hat: „In der Periode, als der Kapitalismus noch völlig frei war, schien keine andere Alternative für den unorganisierten Kapitalismus denkbar zu sein, als die sozialistische Organisation der Wirtschaft im ganzen; es schien deshalb hoffnungs- und daher zwecklos, etwas an der Despotie des kapitalistischen Systems ändern zu wollen. Bis die gewaltige Umwälzung der gesamten Gesellschaftsordnung stattfindet, muß alles so bleiben, wie es ist — so war die gegebene Einstellung. Dann stellte sich allmählich heraus, daß die Struktur des Kapitalismus selbst veränderlich ist und daß der Kapitalismus, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden kann. Die andere große geschichtliche Erfahrung war die, daß die organisierten Anstrengungen der Arbeitnehmerschaft schon bedeutende Einschränkungen der kapitalistischen Willkür durchsetzen können“ [5]).

Die Richtung des Kampfes der Arbeiterschaft hat in dem wirtschaftsdemokratischen Programm eine Änderung erfahren. Bisher kämpfte der Sozialismus in erster Linie gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln; dieses wurde, da es die Grundlage der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist, zugleich auch als Quelle aller sozialen Mißstände angesehen; eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei daher ohne Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln unmöglich. Im wirtschaftsdemokratischen Programm ist nun die Abschaffung dieses Privateigentums — wenn auch nicht aufgegeben, so doch — zu einer sekundären Frage geworden. An Stelle dessen bildet die Demokratisierung der Wirtschaftsführung, wie wir noch sehen werden, das Kernproblem der Wirtschaftsdemokratie.

Für die Arbeiterschaft wie überhaupt für die Gesamtheit des Volkes wird es für unerträglich gehalten, daß die großen Organisationen der Industrie nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten geleitet werden und daß das private Gewinnstreben den Maßstab für alle zu treffenden Entscheidungen bildet. „Nicht bloß die Arbeitenden im Betrieb, sondern alle Konsumenten als Abnehmer auf dem Markt fühlen sich jetzt der kapitalistischen Despotie ausgeliefert. Das Gefühl der ökonomischen Unfreiheit nimmt daher immer konkretere und lebendigere Formen an. In der Gesellschaft, die politisch-demokratisch organisiert ist, wird die Reaktion unvermeidlich“ [6]). Die Allgemeinheit hat ein großes Interesse an der Führung dieser Großbetriebe und verlangt daher auch, an der Führung in irgendeiner Weise beteiligt zu werden. Trotzdem wird die Schwierigkeit nicht verkannt: „Das Problem, das sich bei einer solchen Umgestaltung zeigt, ist die Erhaltung der Unternehmerfunktion in der Wirtschaftsführung bei Aufhebung der Herrschaftsgrundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, auf dem sie heute noch beruht“ [7]).

Der Wandel in den Formen der Wirtschaftsführung schreibt der Arbeiterschaft die Richtung ihres Kampfes um Mitbestimmung, um Neugestaltung des Wirtschaftssystems vor. Der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschafts-

[5]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 12.
[6]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 11.
[7]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 48.

führung soll zunächst dort einsetzen, wo gegenwärtig der Kapitalismus noch fast ungebrochen herrscht, wo die Stellung der Unternehmer im Wirtschaftsprozeß noch immer despotischen Charakter trägt. Die Strukturveränderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wie sie in den letzten Jahrzehnten vor sich gegangen sind, haben — darüber besteht kein Zweifel — die Wirtschaft der freien Konkurrenz immer mehr zurückgedrängt. An Stelle der einzelnen Unternehmer, die in der freien Konkurrenzwirtschaft die Führung des Produktionsprozesses innehatten, sind Organisationen getreten — Kartelle, Konzerne, Syndikate, Trusts — die vielfach eine monopolartige Stellung auf dem Markt sich zu erobern wußten.

Das Programm bejaht diese Entwicklung, obwohl die monopolistische Marktgestaltung an sich noch nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun hat. Ja, das Gegenteil ist vielmehr richtig: die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht ist an sich geeignet, „die autokratische Stellung des Unternehmertums in der Wirtschaftsführung noch viel schärfer zu betonen und in Erscheinung treten zu lassen, als es in der Periode der freien Konkurrenz der Fall war. Auch im Verhältnis der Unternehmer untereinander kann bei diesen Organisationsformen des Hochkapitalismus nicht etwa von einer Demokratisierung der Formen die Rede sein, sondern es wird bei diesen Organisationsformen die Herrschaft der großen und starken über die mittleren und kleineren Unternehmungen mit aller Schroffheit und Entschiedenheit zur Durchführung gebracht. Aber trotzdem" — so heißt es in der Denkschrift — „und obwohl es uns fernliegt, den hochkapitalistischen Charakter der neuen Organisationsformen verschleiern zu wollen, glauben wir, daß von dieser Entwicklung zum organisierten Kapitalismus in letzter Linie ein großer Antrieb in der Richtung der Entwicklung zur Demokratisierung der Wirtschaft ausgehen wird und bereits auszugehen beginnt. Gerade weil hier die Macht der einzelnen kapitalistischen Gruppen sich bis zur vollen Beherrschung der Märkte steigern kann, ruft sie zwangsläufig die Erkenntnis wach, daß hier innerhalb der Unternehmungsorganisationen Entscheidungen über das wirtschaftliche Wohl und Wehe gefällt werden, die nicht mehr in der Sphäre des Privaten bleiben können, sondern zwangsläufig zur Gemeinschaftssache werden" [8]).

Die Wirtschaftsdemokratie erstrebt also nicht eine Zerschlagung der Großbetriebe, im Gegenteil, sie betrachtet die industrielle Konzentration als eine Entwicklung, die die Wege für eine Demokratisierung der Wirtschaft ebnet. Von einer Wirtschaftsdemokratie kann jedoch erst dann gesprochen werden, „wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht, sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gemeinwillen verkörpert, in dem nicht mehr der private Nutzen Einzelner, sondern der Gemeinnutzen bestimmend ist" [9]). Die Beteiligung und Beeinflussung soll sich aber nicht nur auf eine beaufsichtigende und kontrollierende Funktion beschränken, wie sie beispielsweise im Betriebsrätegesetz verankert ist, sondern muß vielmehr zu „einer unmittelbaren Vertretung der Arbeitnehmerschaft in der Geschäftsführung der einzelnen monopolartigen Unternehmungsorganisationen" [10]) erweitert werden. Die

[8]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 30.
[9]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 15.
[10]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 34.

Wirtschaftsdemokratie fordert für diese Mitführung die gleichen Rechte. die anderen Mitgliedern der Geschäftsführung zustehen.

Es begegnen uns also hier zwei verschiedene Problemkreise: einmal handelt es sich um die Wirtschaftsdemokratie im Sinne einer Gesamtwirtschaft, dann aber auch um die Verwirklichung des demokratischen Prinzips im einzelnen Betrieb. Zu letzterem gehört auch das gerade in der Nachkriegszeit viel erörterte Rätewesen, das aber in dem wirtschaftsdemokratischen Programm eine untergeordnete Rolle spielt, weshalb die nachfolgende Untersuchung diese Frage nicht weiter berührt. Um so mehr aber wird die Forderung nach Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses betont, also jenes Gebiet, das seit jeher der Brennpunkt der sozialen Frage war und von dem fast alle sozialistischen Theorien ihren Ausgangspunkt nahmen. Es sind die uralten Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gegen welche ein Angriff auf der ganzen Linie erfolgen soll.

Man vergleicht den Kampf, den das Bürgertum um die politische Demokratie geführt hat und versucht in gleicher Weise eine Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen. Die politische Demokratie richtete sich gegen den Absolutismus. Sie erkämpfte sich die für jedes Individuum unveräußerlichen Freiheitsrechte, damit jeder einzelne Mensch als freier Bürger im Staate leben konnte. Gleichzeitig bestand die Aufgabe der politischen Demokratie darin, die Gewalt aus der privaten Hand des Monarchen zu entreißen und auf ein öffentliches Gemeinwesen, an dem alle Glieder teilnehmen, zu übertragen. Was auf dem Gebiete der Staatsverfassung erreicht ist, soll nun auch in der Wirtschaft durchgesetzt werden. Der erste Teil dieses Kampfes, die Eroberung der Freiheitsrechte, ist bereits erfolgreich durchgeführt, nicht aber die Entreißung der wirtschaftlichen Gewalt aus den Händen der privaten Unternehmer. Diese wirtschaftliche Gewalt soll vielmehr einem Gemeinwesen übertragen werden und zwar einem Gemeinwesen der Wirtschaft.

Für die nachfolgende Untersuchung mag dieser kurze Überblick über das wirtschaftsdemokratische Programm genügen; er kann keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die zahlreichen Einzelforderungen, vor allem das weite Gebiet der Sozialpolitik wie auch die Demokratisierung des Bildungswesens mögen hier unerwähnt bleiben. Auf Einzelheiten des Programms brauchen wir hier um so weniger einzugehen, als die nachfolgenden Erörterungen sich nur auf die prinzipielle Seite des Programms beschränken werden. Der Rahmen des wirtschaftsdemokratischen Programms ist außerordentlich weit gespannt; es ist eine Fülle von Tatsachen, Forderungen und Vorstellungen über den Weg der Entwicklung unter dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt worden, daß es durchaus nicht verwunderlich ist, daß die Denkschrift der freien Gewerkschaften eine so verschiedene Beurteilung fand. Nur zu nahe liegt da die Frage nach dem Wesen dieser Wirtschaftsdemokratie, um zunächst einmal einen Ausgangspunkt für die Untersuchung zu gewinnen.

3. Kapitel.

Das Wesen der Wirtschaftsdemokratie und ihre Problematik.

Wirtschaftsdemokratie ist das Schagwort unserer Zeit. Die freien Gewerkschaften sind nicht die einzigen, die sich dieses Schlagwortes bedienen; auch die Hirsch-Dunkerschen und die christlichen Gewerkschaften haben sich eine Wirtschaftsdemokratie zum Ziele gesetzt, wenn sie auch mit diesem Begriff einen ganz anderen Sinn verbinden als die freien Gewerkschaften [11]). Zu einem bestimmten Programm haben es allerdings nur die freien Gewerkschaften gebracht, nur sie haben in 12 Punkten [12]) ihre Forderungen präzisiert. Die nachfolgende Untersuchung beschränkt sich lediglich auf den Begriff der Wirtschaftsdemokratie, wie ihn die freien Gewerkschaften verstanden wissen wollen. Aber auch innerhalb der freien Gewerkschaften war es bisher nicht möglich, zu einer klaren Definition zu gelangen.

Von der bisherigen Diskussion über die Wirtschaftsdemokratie behauptete Naphtali selbst in seinem Referat auf dem Hamburger Kongreß, „daß immer noch ein Rest von Unklarheit geblieben ist. Es wurde sehr viel über Wirtschaftsdemokratie diskutiert, aber jeder, der sprach, dachte sich unter dem Wort etwas anderes, meinte die Wirtschaftsdemokratie, wie er sie auffaßte. Dieser Mangel einer einheitlichen Auffassung", so führte Naphtali weiter aus, „hat den Vorstand des ADGB. veranlaßt, zu versuchen, eine weitere Klärung herbeizuführen" [13]). Naphtali selbst hatte es übernommen, das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit vorzutragen. Dem Referat stellte er bezeichnenderweise die Bitte voran, nicht alles, was er ausspreche, auch für diejenigen seiner Freunde verbindlich zu halten, die an der gemeinschaftlichen Vorarbeit teilgenommen haben.

Vergleicht man die einzelnen Kapitel der Veröffentlichung miteinander, — die Denkschrift über die Wirtschaftsdemokratie ist, wie ich schon erwähnte, eine Kollektivarbeit — so erkennt man, daß die Mitarbeiter recht verschiedene Vorstellungen und Auffassungen über den Begriff der Wirtschaftsdemokratie vertreten, kommen doch in den Ausführungen die verschiedensten Ideenrichtungen zum Wort. Für die schwierige Aufgabe, die gegenwärtige Wirtschaft unter wirtschaftsdemokratischer Perspektive zu betrachten, wäre es ein Gebot der Klugheit gewesen, sich zunächst einmal über den problematischen Begriff der Wirtschaftsdemokratie zu einigen. Dies ist offenbar nicht geschehen oder der Versuch dazu ist gescheitert. Wie sollte man sonst die verschiedenen Auffassungen erklären. Die Wirtschaftsdemokratie wird bald als Mittel, bald als Weg, bald als Ziel verstanden, ganz zu schweigen von seiner Abgrenzung gegenüber dem Sozialismus, an dem die freien Gewerkschaften offenbar festhalten. „Wenn die deutschen Gewerkschaften", so heißt es nämlich in der Denkschrift, „die Forderung der Wirtschaftsdemokratie aufstellen, so bedeutet das für sie keinen Verzicht auf das sozialistische Ziel und keinen Ersatz für den Sozialismus, sondern

[11]) Für die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften vgl. M. Rössiger: „Der werdende Wirtschaftsbürger", Berlin 1928, für die christlichen Gewerkschaften: H. Funke: „Kapitalismus und Arbeiterschaft". München-Gladbach 1928.

[12]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 177 f.

[13]) Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1928 S. 171.

es bedeutet eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung“ [14]).

An einer anderen Stelle heißt es: „Über die Demokratisierung der Wirtschaft strebt die Arbeiterklasse, die ihre wirtschaftliche Vertretung in den freien Gewerkschaften aufgebaut hat, hinaus zum Sozialismus, d. h. zu einer neuen Wirtschaftsordnung und zu einem neuen gesellschaftlichen Aufbau, dessen Einzelheiten wir heute noch nicht kennen, dessen Grundrisse aber schon sichtbar werden auf Grund der Untersuchung der Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens und auf Grund der Kenntnis des Willens zur Neugestaltung, der in der Arbeiterschaft lebendig ist“ [15]). Demgegenüber wird aber auch die Behauptung aufgestellt: „Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen.“ [16])

Vergleicht man diese letztere Erklärung mit dem wirtschaftsdemokratischen Programm selbst, so wird man sie allerdings nicht mehr als eine Verbeugung vor der sozialistischen Ideologie der Vergangenheit bewerten können. Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß der Wirtschaftsdemokratie auf beiden Seiten zugleich Gegner erwuchsen. Wurde sie von Unternehmerseite als „verkappter Marxismus“ oder „getarnter Sozialismus“ bezeichnet, so sahen die links gerichteten Kreise der freien Gewerkschaften, der kommunistische Flügel, in ihr einen Verrat am Marxismus; man hätte sich lieber an den lebendigen Marx halten sollen und nicht an das „Mottenfell“ der Wirtschaftsdemokratie. Ja, selbst aus den Kreisen der Gewerkschaften, die die Wirtschaftsdemokratie ausdrücklich befürworten, wird mit der Kritik keineswegs zurückgehalten. So sagt Otto Leichter, nachdem er ein positives Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie abgelegt hat, „daß Wirtschaftsdemokratie im wesentlichen nichts anderes als ein anderes, vielleicht farbloseres und schwächeres Wort für Sozialisierung und Gemeinwirtschaft ist: die Wirtschaftsdemokratie zielt auf nichts anderes ab, als was sich nicht auch die Sozialisierung als Aufgabe gestellt hätte, nur daß Sozialisierung der umfassendere und prägnantere Begriff ist“ [17]).

Die Beispiele kritischer Einwendungen ließen sich beliebig vermehren, dabei handelt es sich durchaus nicht nur um Fragen der Terminologie, auch das Programm selbst ist heiß umstritten. Doch lassen wir diesen Streit um die Abgrenzung der Wirtschaftsdemokratie gegenüber dem Sozialismus oder Marxismus auf sich beruhen und halten wir uns zunächst an die Denkschrift selbst.

Um das Wesen der Wirtschaftsdemokratie zu erkennen, werden wir auf die Definitionen näher eingehen müssen. Es berührt schon eigenartig, daß mehrere Definitionen für denselben Begriff gegeben werden. Daß Wirtschaftsdemokratie zuweilen mit Sozialismus identifiziert wird, sahen wir bereits. Im Gegensatz dazu wird aber auch folgende Erklärung gegeben: „Wirtschaftsdemokratie ist einerseits eine Art der Demokratie, d. h. die wirtschaftliche Demokratie im Un-

[14]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 10.
[15]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 179.
[16]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 10.
[17]) Otto Leichter: „Wirtschaftsdemokratie“ in „Der Kampf“, Wien, Dez. 1928. S. 610.

terschied und als eine Ergänzung zur politischen Demokratie, andererseits ist sie eine Form der wirtschaftlichen Verfassung, die demokratische Verfassung der Wirtschaft im Unterschied und im Gegensatz zur wirtschaftlichen Autokratie“ [18]). An einer anderen Stelle heißt es dagegen: „Das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Allgemeinheit, und der Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zum Sozialismus ist ebensosehr ein Kampf für das Wohl der Allgemeinheit, wie ihr politischer Kampf nicht nur der Eroberung des Wahlrechts für die Arbeiterschaft, sondern der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und der politischen Demokratie galt“ [19]). Ferner wird behauptet: „Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit“ [20]). Doch damit nicht genug. Es wird auch gezeigt, wie in den mannigfachen Formen der Gegenwart das Wesen der Wirtschaftsdemokratie sich durchzusetzen sucht. Durchblättert man die einzelnen Kapitel der Denkschrift, so findet man immer wieder neue Versuche, den Begriff der Wirtschaftsdemokratie in irgendeiner Form festzulegen. Die Erklärung hierfür ist lediglich in der Tatsache zu suchen, daß, worauf ich schon hinwies, Wirtschaftsdemokratie bald als Weg, bald als Mittel, bald als Ziel betrachtet wird. Angesichts dieser verschiedenen Auffassungen war es unausbleiblich, daß der Begriff zur leeren Schale wurde und sich nur allzuschnell zum Schlagwort verflüchtigte.

Die zahlreichen Forderungen und Vorstellungen über den Weg der Entwicklung zum Sozialismus wurden in dem gemeinsamen Oberbegriff Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt. Sehr treffend führt Tarnow über die Wirtschaftsdemokratie aus: „100prozentige Wirtschaftsdemokratie ist selbstverständlich nicht möglich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wenn die 100prozentige Wirtschaftsdemokratie erreicht ist, dann haben wir die Wirtschaft, die wir als sozialistische Wirtschaft bezeichnen. Aber niemals wird die Wirtschaft mit einer 100prozentigen neuen Wirtschaftsverfassung anfangen; sie wird sich immer nur allmählich umwandeln. Das, was wir heute in dieser Richtung erreichen können, ist nicht die 100prozentige Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, sondern das ist die Demokratisierung der Wirtschaft; das ist die Einflußnahme auf die Wirtschaft, damit sie in einem noch schnelleren Tempo, als sie es ohnehin zu tun gezwungen ist, sich in der Richtung zur sozialistischen Wirtschaft, in der Richtung der 100prozentigen Wirtschaftsdemokratie entwickelt“ [21]). Diese Ausführungen lassen auch zugleich den Grund erkennen für die verschiedenen Auffassungen, Vorstellungen und vor allem auch für die abweichenden Definitionen der Wirtschaftsdemokratie. Bald ist es die 25prozentige, bald die 50prozentige, bald die 100prozentige Wirtschaftsdemokratie, die definiert wird, wobei die 100prozentige Wirtschaftsdemokratie mit Sozialismus identisch ist. So war es unvermeidlich, daß immer neue Auffassungen in der Diskusssion über die Wirt-

[18]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 14.
[19]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 18.
[20]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 15.
[21]) Zitiert bei Naphtali: „Debatten zur Wirtschaftsdemokratie“ in „Die Gesellschaft“ März 1929 Heft 3. S. 214.

schaftsdemokratie vertreten wurden, doch wurde weder eine Einheitlichkeit in der Auslegung noch eine klare Begriffsbestimmung erreicht.

Es läßt sich in der Tat auch nicht leugnen, daß es wohl kaum möglich war, ein mißverständlicheres und vieldeutigeres Wort zu wählen. Immer ist es ein Wagnis, Begriffe aus ihrem ursprünglichen Bereich in eine andere, ihnen vielleicht wesensfremde Sphäre zu übertragen. Das gilt nicht zuletzt auch für den der politischen Terminologie entnommenen Begriff der Wirtschaftsdemokratie. Wenn es heute an einer eindeutigen Definition mangelt und wir trotz großer Bemühungen von einer Klärung des Begriffes noch weit entfernt sind, so liegt der Grund wohl zumeist darin, daß selbst auf politischem Gebiet der Begriff der Demokratie umstritten ist, weshalb ihn Kelsen auch den mißbrauchtesten aller politischen Begriffe nennt, der die verschiedensten, oft einander sehr widersprechenden Bedeutungen annehmen kann[22]). Es bedarf wohl keines Beweises, daß der Begriff der Demokratie bei einer Übertragung auf das wirtschaftliche Gebiet nicht nur nichts an seiner Problematik verliert, sondern im Gegenteil sich um vieles komplizierter gestalten muß, weshalb er dann alle Vorzüge eines politischen Schlagwortes annimmt, dem ein jeder einen nur möglichen Sinn beilegen kann. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß die lebhafte Debatte, die um den Begriff der Wirtschaftsdemokratie viele Jahre hindurch geführt wurde, fast ergebnislos verlaufen ist. Die Diskussion bewegte sich tatsächlich auf ganz verschiedenen Ebenen; man kämpfte nicht gegeneinander, sondern nebeneinander. Hinzu kommt noch, daß mit der Diskussion über das Problem, noch ehe eine Klärung des Begriffes erfolgt war, die Agitation verbunden wurde. Die Ausführungen in Wort und Schrift wurden vielfach in ein politisches Gewand gehüllt und die Gegenseite fing den Ball auf, den man ihr zuwarf. So erhielt die Debatte schließlich eine politische Note, die sie dann nicht mehr verlieren konnte. Damit war aber ein Weg beschritten, der die Klärung, geschweige denn die Lösung des Problems gewiß nicht erleichterte, ja sie vielleicht unmöglich machte.

Wie gewinnen wir nun einen Ausgangspunkt für unsere Untersuchung? Richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die prinzipielle Seite dieses neuen Programms der freien Gewerkschaften, so können wir deutlich unterscheiden zwischen der Auffassung, die die Wirtschaftsdemokratie als Ziel und jener Auffassung, die die Wirtschaftsdemokratie als Weg und Mittel der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verstanden wissen will. Erstere Auffassung vertritt das weitere Ziel: die Wirtschaftsdemokratie im Sinne einer Gesamtwirtschaft; letztere dagegen beschränkt sich zunächst darauf, das demokratische Prinzip im einzelnen Betrieb zu verwirklichen, versucht also, den wirtschaftsdemokratischen Gedanken schon innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu verwirklichen. Statt vieler Zitate mögen hier nur die Ansichten zweier führender Gewerkschaftler als Beleg für diese gegensätzliche Auffassung wiedergegeben werden. Hermberg, der sich zu dem Programm der Wirtschaftsdemokratie bekennt, behauptet, „daß Wirtschaftsdemokratie im Kapitalismus überhaupt nicht möglich sei, weil ihre unbedingte Voraussetzung die vorherige Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wäre“ [23]), eine Auffassung, die offenbar Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus identifiziert. Nölting dagegen, auch ein Mitarbeiter an der Denkschrift der freien Gewerkschaften über

[22]) Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1929 S. 1.
[23]) Zitiert bei Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1928 S. 4.

die Wirtschaftsdemokratie, sagt: „Wir sind in einem Übergangsstadium zwischen kapitalistischer und sozialer Wirtschaft, und das ist für mich der Zeitpunkt der Wirtschaftsdemokratie. Sie ist nicht erst im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaft erreichbar, sondern sie ist das Vorland dazu. Wirtschaftsdemokratie war noch nicht möglich in der rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung und sie ist nicht mehr möglich in der sozialistischen Wirtschaftsordnung“ [24]). Dies sind in der Tat die beiden herrschenden, wenn auch gegensätzlichen Ansichten über die Wirtschaftsdemokratie.

Es ist nun nicht zu leugnen, daß mit der Wirtschaftsdemokratie in dieser oder jener Auffassung eine Fülle von Problemen verbunden ist, an der die Denkschrift einfach vorübergeht. Noch bevor die Gemeinschaftsarbeit der freien Gewerkschaften veröffentlicht wurde, wies Leipart, der sich der außerordentlichen Reichweite des Problems bewußt war, auf die Problematik der Wirtschaftsdemokratie hin. Er stellte eine Fülle von Fragen [25]), die mit der Verwirklichung des wirtschaftsdemokratischen Programms auf das engste zusammenhängen. Doch auf all diese Fragen blieb die Denkschrift die Antwort schuldig.

Das Programm der Wirtschaftsdemokratie enthält nun nicht nur Forderungen der Arbeiterschaft, deren Erfüllung sie sich für die nächste Zeit zur Aufgabe machen wollen, sondern mit den Forderungen verbinden sich Vorstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft, die auf der gleichen Linie

---

[24]) Zitiert bei Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie S. 14.

[25]) „Es taucht die Frage auf, wenn wir uns die Wirtschaft als eine Verwaltung, als eine demokratische Verwaltung vorstellen: Werden nicht Konflikte entstehen zwischen der demokratischen Staatsverwaltung und dieser demokratischen Wirtschaftsverwaltung? Wir müssen jedenfalls im voraus prüfen, wie solche Konflikte vermieden oder gelöst werden können. Und würde eine solche demokratische Wirtschaftsverwaltung nicht auch einen Verwaltungsapparat erfordern, der zur Beamtenwirtschaft, also zur Bureaukratisierung führt? Kann man in der Wirtschaft einen Verwaltungsapparat mit einer solchen Gefahr der Bureaukratisierung überhaupt gebrauchen? Ist eine Führung der Wirtschaft möglich durch einen Verwaltungsapparat? Ist eine zentrale Führung überhaupt möglich. Eine zentrale Führung der gesamten Wirtschaft, wenn auch nur eines einzelnen Landes, oder muß an Bezirksverwaltungen gedacht werden?

Ist Wirtschaftsdemokratie, müssen wir dann weiter überlegen und fragen, dann im Grunde genommen nicht dasselbe wie die früher viel besprochene Planwirtschaft? . . . Kann der Staat die gesamte Wirtschaft leiten? . . . Ist Wirtschaftsdemokratie nur eine verbesserte Form der bereits vorhandenen organisierten kapitalistischen Wirtschaft? Wenn das der Fall wäre, so bleibt die weitere Frage: Wie ist sie dann zu gestalten und praktisch durchzuführen? Welche Tendenzen sollen in ihr wirken? Wohin soll sie sich weiter entwickeln? Was soll später an ihre Stelle treten? Wird später an die Stelle der Wirtschaftsdemokratie, die eine verbesserte Form der organisierten kapitalistischen Wirtschaft ist, dann die sozialistische Wirtschaftsordnung treten? Wie denken wir deren Organisation und Leitung? . . .

Ist Wirtschaftsdemokratie überhaupt in einem einzelnen Lande durchführbar? Ist sie national zu verwirklichen oder kann sie nur international durchgeführt werden? Wenn es der deutschen Arbeiterbewegung gelänge, in Deutschland die Wirtschaftsdemokratie, so wie wir sie uns vorstellen, durchzuführen, welche Wirkung würde das auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Welt ausüben? Wäre es beispielsweise noch möglich, internationale Kartelle aufrechtzuerhalten oder neue einzugehen? Zum Schluß bleibt dann immer noch die Frage: Welche praktischen Wege sind zu beschreiten, um die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie vorzubereiten“. (Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie. S. 7. f.)

liegen. Auf dem Hamburger Kongreß im Jahre 1928 sagte Naphtali: „Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung führt nicht zu einem geduldigen Abwarten, bis uns die reifen Früchte in den Schoß fallen, sondern sie hat den Zweck, festzustellen, wo der Punkt ist, an dem wir unsere Kräfte am besten einsetzen können, um am wirksamsten zu einer Neugestaltung beitragen zu können. Wir kennen das Ziel, wir kennen auch die Vorbedingungen der Wirtschaftsumgestaltungen. Sprünge gibt es in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht, aber von der Energie der Arbeiterbewegung, von der Klarheit ihrer Zielsetzung, von der Entwicklung ihrer Macht ist sehr viel abhängig, nämlich das Tempo der Entwicklung, die Größe der nächsten Schritte, die Schnelligkeit mit der sie einander folgen werden“ [26]).

Die wirtschaftsdemokratischen Forderungen sind auf Grund der Analyse der gegenwärtigen Wirtschaft erhoben worden, sie gründen auf den Entwicklungstendenzen, die das Werden einer Wirtschaftsdemokratie anzeigen. Daraus ergibt sich die Frage, ob die von den Gewerkschaften angegebenen Entwicklungstendenzen in dieser Richtung gedeutet werden können, ob ihre Prognose wirklich mit den Tendenzen der Gegenwart übereinstimmt, ob die zukünftige Wirtschaft der Wirtschaftsdemokratie gehören wird, und zwar einer Wirtschaftsdemokratie, wie sie von den freien Gewerkschaften erstrebt wird.

In dem wirtschaftsdemokratischen Programm wird also das Postulat zur Prognose, das gilt für die Wirtschaftsdemokratie — dem weiteren Ziel — wie auch für die Demokratisierung der Wirtschaftsführung im Kapitalismus, deren Verwirklichung das nächste Ziel der Gewerkschaften ist. Nicht mit der Berechtigung dieser Forderungen wohl aber mit der Möglichkeit ihrer Verwirklichung werden wir uns in den folgenden Kapiteln beschäftigen.

---

[26]) Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1928 S. 174 f.

II. Teil.

1. Kapitel.

Die Wirtschaftsdemokratie.

Der Staat übt zweifellos mit seiner Verfassung und Verwaltung auf das menschliche Gemeinschaftsleben einen nachhaltigen Einfluß aus. Das gilt zunächst ganz unabhängig von der Staatsform; es liegt jedenfalls sehr nahe, den Staat, welche Verfassung er nun auch haben mag, zum Vorbild zu nehmen, immer wird die überragende Bedeutung des Staates bestimmte Wirkungen auslösen. Dafür können wir in der Vergangenheit und Gegenwart zahlreiche Belege finden. Gerade die ersten Jahre nach der Revolution sind ein deutlicher Beweis dafür. Auf den verschiedensten Gebieten versuchte man demokratische Grundsätze zu verwirklichen. Man denke nur an das Rätesystem der ersten Nachkriegsjahre; da gab es nicht nur Arbeiter- und Soldatenräte, nicht nur Betriebs- und Angestelltenräte, sondern auch Eltern- ja sogar Schülerräte wurden gebildet. Auf dem Gebiete der Wirtschaft und des geistigen Lebens sollte der demokratische Gedanke realisiert werden. Gerade diese beiden Gebiete stehen aber unter anderen Bedingungen als der Staat. Es muß deshalb dahingestellt bleiben, daß eine für den Staat günstige Verfassung auch auf diesen Gebieten sich bewähren müsse. In dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften ist es wieder der Staat, nach dessen Vorbild die Wirtschaftsverfassung gestaltet werden soll. Die Einwirkungen staatlicher Institutionen auf das Wirtschaftssystem lassen sich auch für frühere Zeiten nachweisen nur mit dem Unterschiede, daß dieser Einfluß unbewußt und ungewollt erfolgte. So hat Sombart darauf hingewiesen, daß der Staat durch sein Dasein und die Eigenart seiner Entwicklung den kapitalistischen Geist mächtig gefördert hat; den modernen Staat bezeichnet er sogar als eine der Grundformen der Unternehmung [27]).

Während es sich hier um einen indirekten, mehr unbewußten Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben handelt, tritt in der gewerkschaftlichen Denkschrift ein ganz bewußter und starker Gestaltungswille hervor; hier ist es nun der demokratische Gedanke, der auch im Wirtschaftsleben seine Verwirklichung finden soll.

Erinnern wir uns an die zwei herrschenden, wenn auch entgegengesetzten Ansichten, die wir in dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften kennen lernten, die Wirtschaftsdemokratie als Ziel und die Demo-

[27]) Der Staat gab „in seiner Gesamtorganisation in der Gliederung seiner Verwaltung in einzelne Ressorts, in seiner Beamtenhierarchie, in der Weite seiner Ziele und der Stetigkeit ihrer Verfolgung und vielem andern das beste Vorbild für die großen kapitalistischen Unternehmungen ab, wirkte also anregend und belehrend auf den organisatorischen Sinn, steigerte die organisatorischen Fähigkeiten des Leiters dieser Wirtschaften". (Sombart: Der Bourgeois, München-Leipzig 1913 S. 368.)

kratisierung der Wirtschaftsführung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft als Mittel der Umgestaltung dieser Wirtschaftsordnung, so ist der Weg unserer Untersuchung gegeben. Zunächst werden wir die Wirtschaftsdemokratie als Ziel in den Vordergrund der Betrachtung rücken, also jene Auffassung, die das Wesen der Wirtschaftsdemokratie erst dann erfüllt glaubt, „wenn die Verfügung über die Produktionsmittel nicht mehr Einzelnen zu Privateigentum für private Zwecke zusteht, sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft, das einen wirtschaftlichen Gemeinwillen verkörpert“ [28]).

An einer anderen Stelle wird dieses wirtschaftliche Gemeinwesen noch näher gekennzeichnet: „Der Begriff der Demokratie schließt ein Doppeltes in sich. Das eine ist die Freiheit, das andere die Gemeinschaft. Man denke an die politische Demokratie. Sie strebt auf der einen Seite nach Freiheitsrechten gegenüber der politischen Gewalt, auf der anderen Seite nach der Entreißung der politischen Gewalt aus der privaten Hand und Übertragung derselben auf ein öffentliches Gemeinwesen, an dem alle als Glieder teilnehmen. Die einzelnen sollen in freien, rechtlich anerkannten Lebenssphären an der Bildung eines politischen Gemeinwillens mitwirken.

Wenn wir von wirtschaftlicher Demokratie sprechen, müssen wir dieselben beiden Grundkräfte vor Augen haben. Auf der einen Seite streben die Einzelnen nach Freiheiten der wirtschaftlichen Gewalt gegenüber, auf der anderen Seite soll die wirtschaftliche Gewalt nicht Privatpersonen, sondern einem Gemeinwesen der Wirtschaft zustehen, dem alle in ihm Tätigen als Glieder angehören. Dieses Gemeinwesen ist nicht identisch mit dem Staate. Es kann eigene Träger haben, die in mannigfaltigen Formen aufgebaut sind, zentralisiert und dezentralisiert, zusammengefaßt und gegliedert sein können. Das wesentliche ist, daß nicht mehr in privatem, sondern in öffentlichem Interesse, nicht im Namen von Privatpersonen, sondern im Namen eines dem Einzelnen übergeordneten Wesens gewirtschaftet wird, dem der Ertrag zufällt. Das Bild der wirtschaftlichen Demokratie ist das Abbild der politischen Demokratie nur in anderer Ausprägung. Die Arbeiterklasse soll in freien, rechtlich anerkannten Lebenssphären an der Bildung eines wirtschaftlichen Gemeinwillens mitwirken“ [29]).

Mit diesen wenigen Hinweisen ist das Bild gekennzeichnet, das die Denkschrift von dem zukünftigen Gemeinwesen der Wirtschaft entworfen hat. Jede konkrete Angabe ist vermieden. Was den Vätern des wirtschaftsdemokratischen Programms vorschwebte, ist vielleicht die Idee eines Wirtschaftsparlaments, das merkwürdigerweise neben einem politischen Gemeinwesen Existenzberechtigung haben soll. Adolf Weber hat diesen Gedanken mit Recht gewissermaßen als Gegenstück zu dem grundlegenden Satze der Reichsverfassung: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ bezeichnet; es sollte die Norm proklamiert werden: „Alle Wirtschaftsgewalt geht vom Volke aus“ [30]).

Was die freien Gewerkschaften in der Wirtschaftsdemokratie fordern, ist nichts Geringeres als die Führung des gesamten Wirtschaftsleben von einer zentralen Stelle aus, eine Gesamtwirtschaftsführung wird erstrebt. Diese Gesamtwirtschaftsführung soll auf demokratischer Grundlage errichtet werden, die Wirtschaft soll eine demokratische Verfassung erhalten analog der politischen

[28]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 15.
[29]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 141 f.
[30]) Adolf Weber: Ende des Kapitalismus. 2. Aufl. München 1929 S. 78.

Demokratie. Hinter dieser Forderung steht nicht nur der Wille eines großen Teils der Arbeiterschaft, auch in der Wirtschaft der Gegenwart glaubt man Tendenzen erkennen zu können, die einer Gesamtwirtschaft zustreben; die Wirtschaftsdemokratie ist also nicht nur eine Forderung, sondern gleichzeitig auch eine Prognose der kommenden Gestaltung des Wirtschaftslebens. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß wir in der Wirtschaftsdemokratie eine Anlehnung an altmarxistische Gedankengänge wiedererkennen können. Wirtschaftsdemokratie bedeutet hier schlechthin eine öffentlich-rechtliche Regelung des Wirtschaftslebens [31]).

Da erhebt sich nun die Frage, ob die Übertragung des demokratischen Prinzips wie überhaupt die Übertragung staatsrechtlicher Begriffe auf das wirtschaftliche Gebiet möglich ist. Eine solche Möglichkeit bestünde doch nur, wenn die Zwecke und Aufgaben des Staates mit denen der Wirtschaft als gleichartig bezeichnet, ja wenn Staat und Wirtschaft ihrem Wesen nach als gleiche Kategorien angesehen werden könnten. Schon jetzt sei betont, daß der Fragenkomplex, der uns im folgenden beschäftigen wird, sich keineswegs nur auf wirtschaftliches Gebiet erstreckt, wenn wir ihn auch nach Möglichkeit dahin abgrenzen werden. Die Wirtschaftsdemokratie gehört eben zu jenen Problemen, die zwar einen wirtschaftlichen und politischen Ausgangspunkt haben, in Wirklichkeit aber die tiefsten Wurzeln des menschlichen Seins berühren. Die Philosophie, die Ethik, wie überhaupt das weltanschauliche Gebiet lassen sich grundsätzlich nicht ausschließen. Das Problem selbst gründet eben in einer Tiefe, in die das Senkblei der Wissenschaft nicht hinabreicht. Indem wir uns dieser Tatsache bewußt sind, werden wir nun das Wesen des Staates und der Wirtschaft miteinander vergleichen.

2. Kapitel.

Das Wesen des Staates und der Wirtschaft.

Überblicken wir den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, so stehen sich in der Beantwortung dieser Fragen die verschiedensten Auffassungen gegenüber. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in dieser Beziehung tiefschürfende Erörterungen anzustellen, denn das hieße den Rahmen der Arbeit sprengen. Nur soweit werden wir uns hier mit diesem Problem auseinandersetzen müssen, als es für die nachfolgende Untersuchung unbedingt erforderlich ist.

Die Lösung des Problems ist nun dadurch erschwert, daß zur Zeit die wissenschaftlichen Anschauungen über Wesen und Begriff des Staates noch sehr weit auseinandergehen. Es gibt fast soviele Betrachtungsweisen als es Disziplinen gibt, die sich mit der Staatsidee befassen. Nicht nur die Jurisprudenz, die Philosophie (insbesondere die Ethik), die Soziologie haben ihre eigene Staatsidee, vielmehr müssen sich auch sonst alle denkbaren Wissenschaften von

[31]) „Wirtschaftsdemokratie ist also nicht irgendwelche Beteiligung oder Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft an der Wirtschaftsführung oder in den Organen der Wirtschaft, sondern Beseitigung der freien Unternehmerwirtschaft, Wirtschaftsführung nach dem Willen des Volkes, d. h. des Proletariats." (G. Albrecht: Wirtschaftsdemokratie i. Jahrb. für Nat. Ök. und Statistik 130. Bd. — III. Folge 75. Bd. 2. Heft Febr. 1929 S. 224 f.)

irgendeinem Zweige des sozialen Lebens der Menschen mit den Phänomenen des Staates auseinandersetzen. Doch damit nicht genug; selbst innerhalb der Wissensgebiete steht Meinung gegen Meinung. Für welche Auffassung wollen wir uns entscheiden?

Es liegt vielleicht nahe, angesichts des nachfolgenden Vergleichs mit der Wirtschaft den Staat in nationalökonomischer Hinsicht zu betrachten, d. h. also den soziologischen Staatsbegriff zugrundezulegen. Die Soziologie nun, dieser jüngste Zweig am Baume der Wissenschaft, ist in sich alles andere als einheitlich, auch hier stehen die verschiedensten Auffassungen gegeneinander [32]).

Wie können wir uns nun in Anbetracht der großen Zahl von Staatsbegriffen helfen? Vielleicht dadurch, daß wir uns auf jenen allerdings farblosen und nicht vielsagenden, aber für unsere Zwecke vielleicht um so brauchbareren Begriff zurückziehen, den man als den „vorwissenschaftlichen oder besser allen Wissenschaften vom Staate gemeinsamen bezeichnen" kann; dieser Begriff bildet gleichsam „die Klammer für alle die verschiedenen Betrachtungsweisen und Untersuchungen, die das Ganze der „Allgemeinen Staatslehre" ausmachen oder ausmachen könnten [33]). Diese Definition lautet: Staaten sind menschliche Verbände, „die durch eine in abgegrenztem Landgebiet sich behauptende oberste Herrschaftsorganisation eines Volkes bewirkt sind" [34]). Das Landgebiet bildet kein Problem, auch die oberste Gewalt bietet keine Schwierigkeit, welcher Form sie auch immer sein mag. Bleibt also nur noch übrig, das Wesen dieses Staat genannten, menschlichen Verbandes näher zu betrachten. Hier liegt in der Tat der Kern des Problems, auf die Frage nach dem Wesen dieses menschlichen Verbandes läuft das ganze Problem hinaus. Das für unsere Untersuchung Entscheidende ist nun, ob wir es in diesem menschlichen Verbande, dem Staate, mit einer Realität zu tun haben oder nicht.

Auf diese für unsere Untersuchung so bedeutsame Frage näher einzugehen, ist hier nicht möglich. Halten wir uns daher an das Resultat der bisherigen Forschungen. Da kann es nun nicht zweifelhaft sein, daß heute die herrschende Ansicht dahingeht, in dem staatlichen Verbande zweifellos eine Realität zu erblikken [35]). Dieser Tatsache müssen wir recht lebhaft innewerden. Das für die Reali-

---

[32]) Oppenheimer definiert — um nur ein Beispiel zu nennen — den Staat als „eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt". (Oppenheimer: System der Soziologie, Jena 1922/3 Bd. II S. 21.) Schon diese Definition zeigt, daß damit für unsere Untersuchung nichts gewonnen ist.

[33]) Richard Thoma: Art. „Staat" im Handw. der Staatsw. VII. Bd. 4. Aufl. S. 727 f.

[34]) Richard Thoma: Art. „Staat" usw. S. 724.

[35]) In der Literatur der Staatslehre und Soziologie ist die Einsicht durchgedrungen, „daß sich mit dem Begriffe und Worte „Verband" das menschliche Denken lediglich ein Hilfsmittel geschaffen hat, um eine durch eine dauernde sinnvolle Zweckverbundenheit verknüpfte Menschengruppe im Wege einer gedanklichen Synthese zu einer Einheit zusammenzufassen. Wo in der sozialen Realität eine derartige Verknüpfung vorliegt, da reden wir von einem Verband. D. h. auf den Staat angewendet: Wo ein Volk und das von diesem bewohnte, von angebbaren Grenzen umzogene Land unter einer eigenen, planmäßig auf die Dauer angelegten und sich regelmäßig durchsetzenden Herrschaftsorganisation stehen, da ist Staat. Verband und Staat sind also Namen für Kollektivbegriffe .... Das Substrat dieses Kollektivbegriffes existiert durchaus in der Realität. Denn nicht nur das Gebiet, die wirtschaftlichen Güter und die Menschen eines Volkes sind Realitäten, sondern auch die individualpsychologischen Bestimmtheiten dieser Menschen: Gewöhnung, Furcht, Machtwille, Haß,

tät des Staates wie jedes menschlichen Verbandes charakteristische Merkmal ist das Vorhandensein einer obersten Herrschaftsorganisation, die die sozialen Beziehungen der ihr unterstellten Individuen in einer bestimmten Weise — gegebenenfalls mittels physischer Gewalt — beeinflussen kann [36]). Damit haben wir für den nachfolgenden Vergleich mit der Wirtschaft die notwendige Erkenntnis gewonnen: der Staat ist eine Realität, deren Existenz von einer obersten Herrschaftsorganisation abhängig ist.

In ähnlicher Weise werden wir nun versuchen müssen, auch in das Wesen der Wirtschaft — oder um es gleich genauer zu sagen — in das Wesen der Volkswirtschaft einzudringen; denn im Rahmen unserer Untersuchung hat es doch nur einen Sinn, wenn wir dem Staat nicht die Wirtschaft schlechthin, sondern die Volkswirtschaft gegenüberstellen. Was ist nun die Volkswirtschaft? Und zwar jene Volkswirtschaft, wie wir sie heute über die ganze Welt verbreitet finden, — Rußland scheidet bei dieser Betrachtung aus. Ist die Volkswirtschaft auch eine Realität wie der Staat? Sie wäre es sicherlich, wenn auch für die wirtschaftliche Sphäre ein oberstes Organ bestünde, mit dem die einzelnen Wirtschaften auf das engste verbunden wären, wenn ein Leitungszentrum existierte, von dem die privaten Unternehmungen in jeder Hinsicht abhängig wären. Ein solcher Zusammenhang zwischen oberstem Organ und einzelnen Wirtschaften bestünde aber nur in einer kommunistischen Volkswirtschaft, weshalb man diese ohne Frage als eine Einheit, als eine Realität betrachten müßte. Wollen wir aber das Wesen einer verkehrswirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft bestimmen, so wird die Beantwortung schwieriger.

Jede Volkswirtschaft zeigt gewiß Züge, die den Rückschluß auf eine Einheit rechtfertigen könnten; denken wir nur an die Wirtschaftspolitik des Staa-

---

Enthusiasmus, Gefolgschaft, Berechnung, Dienst an Ideen und Idealen, Orientierung des Handelns an den Normen der in diesem Landgebiete in Geltung gehaltenen Rechtsordnung aus bürgerlicher Ordnungsliebe und zahlreiche andere komplizierte Vorstellungen und Motivationen verschiedener Art bei den verschiedenen Individuen sind die der Seinssphäre angehörenden Gegebenheiten, deren Zusammenspiel das Phänomen erzeugt, das wir Staat nennen. Auch die Vorstellung von Existenz, Wirksamkeit und Aufgaben des Staates ist eine von „wirklichen Menschen erfaßte Vorstellung über die Beziehung wirklicher Menschen, die als solche höchst reale Wirkungen hervorruft" (Richard Schmidt). Die Realität der Verbände ins Licht gestellt zu haben, ist eines der bleibenden Verdienste der Gierkeschen Genossenschaftstheorie". (Thoma: Art. „Staat" usw. S. 753 f.)

(Vgl. auch Otto Gierke: Das Wesen der menschlichen Verbände, Rektoratsrede am 15. Oktober 1902 Leipzig 1902.)

[36]) „Die Existenz" des Verbandes haftet ganz und gar an dem „Vorhandensein" eines Leiters und eventuell eines Verwaltungsstabes. D. h. genauer ausgedrückt: an dem Bestehen der Chance, daß ein Handeln angebbarer Personen stattfindet, welches seinem Sinn nach die Ordnungen des Verbandes durchzuführen trachtet: daß also Personen vorhanden, die darauf „eingestellt" sind, gegebenenfalls in jenem Sinne zu handeln . . . . In etwas anderem als der Chance des Ablaufs jenes, in jener Weise orientierten, Handelns „besteht", soziologisch angesehen, der Verband also für unsere Terminologie nicht. Fehlt die Chance dieses Handelns eines angebbaren Personenstabes (oder einer angebbaren Einzelperson) so besteht für unsere Terminologie eben nur eine „soziale Beziehung" aber kein Verband. Solange aber die Chance jenes Handelns besteht, so lange „besteht", soziologisch angesehen, der Verband trotz des Wechsels der Personen, die ihr Handeln an der betreffenden Ordnung orientieren". (Max Weber: „Wirtschaft und Gesellschaft" im Grundriß der Sozialökonomik, Tübingen 1922 S. 26.)

tes, an seine Handels-, Finanz-, Steuer-, Sozialpolitik und dergleichen: immer bleibt es eine Frage des Maßes, wieweit der Staat in die einzelnen Wirtschaften eingreifen soll. Gerade diese staatliche Wirksamkeit hat einige Nationalökonomen (s. Anm. 37) veranlaßt, die Volkswirtschaft als eine Realität zu betrachten. Was aber gegen eine solche Annahme spricht und andere Nationalökonomen (s. Anm. 37) zu der gegenteiligen Auffassung führte, ist die Tatsache, daß es sich bei all diesen staatlichen Maßnahmen doch immer nur um engere oder weitere Rahmenbestimmungen handelt, innerhalb deren sich die einzelnen Wirtschaften bewegen sollen, sei es beispielsweise, um die Produktion in eine bestimmte Richtung zu drängen, sei es, um neue Absatzmärkte zu erschließen. Die verschiedene Stellungnahme erklärt sich wohl vor allem daraus, daß es sich hinsichtlich der staatlichen Maßnahmen nicht um Art-, sondern um Gradunterschiede handelt. Für die Frage nach dem Wesen der Volkswirtschaft ist aber in erster Linie entscheidend, ob die Führung der einzelnen Privatwirtschaften von einem obersten Organ her erfolgt oder der Initiative der einzelnen Unternehmungsleiter überlassen bleibt. Solange eine Selbständigkeit der privaten Unternehmungen im großen und ganzen besteht, ist es auch nicht zulässig, die verkehrswirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft als eine Einheit, als eine Realität zu betrachten, sie ist vielmehr eine gedankliche Synthese, eine Fiktion, ein formaler Begriff [37]).

[37]) Sombart schreibt darüber: „Eine bis heute unausgetragene Frage ist die nach der Natur der Volkswirtschaft. Daß sie einen Sinnzusammenhang bildet, dürfte nicht zweifelhaft sein; aber welchen Grades? Ein Zweckzusammenhang ist sie nur als kommunistische Volkswirtschaft. Aber ist die verkehrswirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft ein Stilzusammenhang oder ein bloßer Beziehungszusammenhang, ist sie eine Realität oder nur eine Fiktion?

Die Meinungen sind geteilt. Um nur einige der bekannten Nationalökonomen anzuführen, so entscheiden sich Ad. Wagner, G. Schmoller, E. v. Philippovich, C. Menger, v. Gottl für die Realität; A. Schäffle, B. Harms für die Fiktionalität". (Es folgen die einzelnen Zitate.)

„Wie sollen wir uns entscheiden? Ist die „Volkswirtschaft", das heißt doch also wohl die in den Grenzen eines Staates sich abspielende Wirtschaft ein Stil- oder nur ein Beziehungszusammenhang?

Um ein Stilzusammenhang, also eine Realität zu sein, müßte sie eine die einzelnen Wirtschaften bestimmende Einheit sein. Das ist sie nun in mannigfacher Hinsicht in der Tat. Dank der Wirksamkeit des Staates und wohlgemerkt: nur dank dieser. Der Staat schafft eine einheitliche Wirtschaftsordnung, der Staat regelt durch seine Geld- oder Handelspolitik die wirtschaftlichen Vorgänge, der Staat beeinflußt die Wirtschaft in einer ganz bestimmten Richtung durch seine Finanzen usw. Wenn ich gleichwohl Bedenken trage, die Volkswirtschaft für einen Stilzusammenhang zu halten, so tue ich es deshalb, weil ich das entscheidende Merkmal dieses Zusammenhangs vermisse: die Sinnbezogenheit aller einzelnen Tatbestände und Vorgänge auf eine Einheit. Die wirtschaftlichen Einrichtungen und Handlungen innerhalb einer Volkswirtschaft bekommen ihren Sinn nicht von dieser aus dem einfachen Grunde, weil die Volkswirtschaft selbst gar keinen einheitlich bestimmten Sinn hat. Zwar bestehen tausendfache Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaften, aber diese bestehen ebenso zwischen den Wirtschaften, die verschiedenen Volkswirtschaften angehören. Man sieht einer wirtschaftlichen Vornahme nicht an, daß sie in einer bestimmten Volkswirtschaft sich abspielt, wie man es ihr ansieht, daß sie in einem bestimmten Wirtschaftssysteme erfolgt. Das Arbitragegeschäft ist zwar streng sinnbezogen auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, aber nicht sinnbezogen auf eine bestimmte Volkswirtschaft: man sieht ihm nicht an, ob es an der Berliner oder an der Londoner Börse abgeschlossen ist.

Der Unterschied stammt daher, daß zwar das Wirtschaftssystem sachbestimmt ist, die Volkswirtschaft aber . . . . nicht: die Volkswirtschaft ist ein völ-

Diese Erkenntnis ist aber für den Vergleich mit dem Staat von großer Bedeutung. Der Staat ist, wie wir sahen, eine Einheit; in ihm gelangt irgendeine Herrschaftsorganisation, mag sie nun die Form einer Diktatur, einer Monarchie oder einer Demokratie annehmen, zur Anerkennung. Die Volkswirtschaft dagegen ist keine Einheit, kein reales Ganzes, sie ist vielmehr die Summe zahlreicher Einzelwirtschaften, die sämtlich einer besonderen Führung unterliegen.

Es mutet gewiß seltsam an, daß aus denselben Kreisen, die nicht müde wurden, dem Chaos der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Planwirtschaft gegenüberzustellen, jetzt plötzlich Stimmen laut werden, die von einer Wirtschaftsführung im kapitalistischen Wirtschaftssystem sprechen. Nicht nur Regierung und Parlament, auch die Spitzenorganisationen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und ähnliche Wirtschaftsorganisationen werden als Führungszentren angesehen, von denen die Einzelbetriebe geleitet werden [38]). In dieser Auffassung liegt einer der Hauptirrtümer des wirtschaftsdemokratischen Programms: die Verwechslung einer Wirtschaftsführung mit Wirtschaftspolitik und Interessenvertretung und die Identifizierung dieser Formen mit Demokratie in der Wirtschaft.

---

lig leerer, rein formaler Begriff". (Sombart: Die drei Nationalökonomien, München-Leipzig 1930 S. 214 f.)

[38]) Auf dem Breslauer Kongreß wurde in der Debatte über die Wirtschaftsdemokratie u. a. gesagt: „Wir haben eine Wirtschaftsführung, und es stände schlecht um die Interessenten der kapitalistischen Wirtschaft, wenn sie nicht eine Führung zum Ausdruck brächten. Hier auf dem Gewerkschaftskongreß ist es uns immer wieder entgegengetönt, daß der Einfluß der Unternehmerorganisationen auf die Wirtschaft viel zu stark ist und der Einfluß der Gewerkschaften fehlt. Der Einfluß auf die Wirtschaft macht sich geltend durch die großen Unternehmerverbände, und dieser Einfluß spiegelt sich auch wieder in unserer gesamten politischen Konstellation, in der Regierung und im Parlament, denn da werden die großen wirtschaftlichen Fragen entschieden. Die Frage der Steuerpolitik ist eine Frage der Wirtschaft und Wirtschaftsführung. Die Frage der Zollpolitik und damit im Zusammenhang der Abschluß von Handelsverträgen, das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung — das alles ist in enge Verbindung zu bringen mit den wirtschaftlichen Aufgaben und mit der gesamten Wirtschaftsführung . . . . Eine Einheitlichkeit in der Führung ist vorhanden, aber was wir zu kritisieren haben, und was der Unterton der ganzen Debatte ist: Diese Führung gefällt uns nicht, sie ist einseitig kapitalistisch". (Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. S. 248 f.)

Leipart geht noch weiter und behauptet: „aber selbst der Einzelbetrieb wird nach meiner Meinung heute schon in weitem Umfange nach den allgemeinen Richtlinien geleitet, die der Unternehmer von seinem Verbande erhält. Und daß die großen Konzerne, die in der deutschen Wirtschaft bereits dominieren, eine zielbewußte Führung haben, wird niemand bestreiten. Es wird wohl ebensowenig bestritten werden, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, dieser mächtige Wirtschaftsverband des Unternehmertums, eine sehr weitreichende Wirtschaftsführung ausübt. Und was vom Reichsverband der Industrie gesagt werden kann, das gilt nicht weniger für die Spitzenorganisationen des Handels, der Landwirtschaft und besonders des Bankiergewerbes. Von diesen Großorganisationen wird man nicht sagen können, daß sie keinen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft ausüben, sie betreiben im Gegenteil durchaus eine Wirtschaftsführung. Und es kann auch nicht gesagt werden, daß es an der Einheitlichkeit mangelte. Wir sehen fast täglich, wie alle diese Großorganisationen des Unternehmertums einheitlich zusammenwirken in allen großen Wirtschaftsfragen. Ich bin also der Meinung, es ist schon eine Wirtschaftsführung vorhanden. Es wäre falsch, zu bestreiten, daß sie vorhanden ist". (Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie. S. 9.)

Wohl besteht kein Zweifel, daß der Staat durch eine einheitliche Wirtschaftsordnung, durch seine Steuer- und Handelspolitik die Wirtschaft wesentlich beeinflussen kann; diese Beeinflussung kann sich bald in dieser, bald in jener Richtung auswirken. Doch diese Einflußnahme des Staates hat nichts mit einer Führung der Wirtschaft im eigentlichen Sinne zu tun. An dieser Tatsache hat sich auch nach dem Kriege nichts geändert, obwohl die Wirtschaft in viel höherem Maße einer öffentlich-rechtlichen Kontrolle unterworfen wurde als früher. Gerade hier liegt der Irrtum, dem nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch führende Nationalökonomen unterlagen. Die Wirksamkeit des Staates war es, die sie die Volkswirtschaft als etwas reales Ganzes ansehen ließ. Demgegenüber war unser Ergebnis, daß die Volkswirtschaft keine Realität besitzt, sie vielmehr ein völlig leerer, rein formaler Begriff ist.

Einsichtsvolle Gewerkschaftler wie beispielsweise Hermberg [39]) haben dies längst erkannt. Daß hinsichtlich der Volkswirtschaft eine unterschiedliche Auffassung überhaupt möglich war, liegt nicht zuletzt im Wesen der Wirtschaftspolitik begründet. Sie ist immer eine Frage des Maßes. Wieweit soll der Staat in das Wirtschaftsleben eingreifen? Darüber gehen die Auffassungen auseinander; sie interessieren uns hier nicht. Für unsere Untersuchung ist es nur von Bedeutung zu wissen, wo wir heute stehen.

Daß wir in den letzten Jahrzehnten — insbesondere nach dem Kriege — die Tendenz beobachten können, die Einflußnahme des Staates auf das Wirtschaftsleben immer weiter auszudehnen und die Wirtschaft in stärkerem Maße zu kontrollieren, ist zweifellos richtig. Diese Entwicklung ist aber noch lange nicht so weit vorgeschritten, daß die Initiative des Unternehmertums beseitigt ist [40]). Die Initiative des Unternehmertums aber ist, wie wir noch sehen werden, im kapitalistischen Wirtschaftssystem von größter Bedeutung. Mag sie in der Gegenwart manchen Einschränkungen unterworfen sein, an ihrem Vorhandensein ist nicht zu zweifeln. Solange aber die Führung der Einzelwirtschaften von der Initiative der Unternehmer abhängig ist, kann auch von einer zentralen Wirtschaftsführung des Staates keine Rede sein.

Solange es an einer einheitlichen Wirtschaftsführung mangelt, fehlt für die zentrale Leitung der Wirtschaft das Objekt: die Gemeinwirtschaft; sie ist immer das Zukunftsbild des Sozialismus gewesen, auch in das wirtschaftsdemokratische Programm hat sie Aufnahme gefunden, wenn auch in anderer Form als

[39]) Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß führte Hermberg als Entgegnung auf die irrtümlich vorgetragenen Auffassungen aus: „Eine nach Völkern geordnete und nach Völkern einheitlich arbeitende Wirtschaft gibt es nicht. Gewiß interessieren sich die Regierungen für die Wirtschaft, aber es gibt keine Regierung in der kapitalistischen Welt, die die Wirtschaft eines Volkes einheitlich führt. Die deutsche Volkswirtschaft ist doch nur eine Summe nebeneinanderstehender Einzelwirtschaften, die durch die Zugehörigkeit zu einem Staat gewissen gleichen Einflüssen ausgesetzt sind. Aber diese Wirtschaften bilden doch nicht einmal einen einheitlichen Wirtschaftsverband, geschweige denn eine Wirtschaft." (Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. S. 186.)

[40]) „Der Automatismus" der Marktwirtschaft wird durch diese regulierende Tätigkeit des Staates nicht aufgehoben, das Gebilde der Marktwirtschaft wird vielleicht strukturell verändert, es bleibt jedoch in seinem Wesen und seiner Seinsweise das gleiche. Diese Regulierungstätigkeit bedeutet nicht die Schaffung eines „zentralen Willens eines bewußt gewordenen Organismus" (Rathenau), wie es bei der zentralistischen Wirtschaftsführung des Sozialismus der Fall ist". (J. Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung, Tübingen 1930. S. 229.)

früher. Bei der Übertragung des demokratischen Gedankens auf die Wirtschaft hat man aber „den ganz fundamentalen Unterschied zwischen dem Staat und dem Wesen der Volkswirtschaft übersehen. Der Staat kann und muß durch einen einheitlichen Willen gestaltet werden. Die Volkswirtschaft ist aber das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, die über die ganze Welt verteilt aufeinander angewiesen sind und durch regelmäßigen nationalen und internationalen Tausch miteinander verbunden sind. Dieser Tauschverkehr kann nicht durch einen einheitlichen Willen von oben her geregelt werden, er unterliegt „Gesetzen", die sich aus der Eigenart der wirtschaftlichen Beziehungen ergeben" [41]). Solange wir die Volkswirtschaft nicht als etwas reales Ganzes, als eine Einheit bezeichnen können, ist auch die Übertragung staatsrechtlicher Begriffe auf das Wirtschaftsleben unmöglich.

Es ist dies jedoch nicht der einzige Grund, der eine Anwendung politischer Begriffe auf wirtschaftlichem Gebiet verbietet. Aus den verschiedenen Aufgaben, die Staat und Wirtschaft zu erfüllen haben, werden wir noch andere Gründe kennen lernen, die einer Übertragung staatsrechtlicher Begriffe auf das Wirtschaftsleben gleichfalls hindernd im Wege stehen.

3. Kapitel.

Zweck und Aufgaben des Staates und der Wirtschaft.

Wenn der Versuch unternommen wird, die Verfassung des Staates auf das Wirtschaftsleben zu übertragen, so muß für diese Übertragung vorausgesetzt werden, daß Staat und Wirtschaft nicht nur wesensverwandt sind, sondern daß auch ihre Funktionen wenigstens annähernd sich vergleichen lassen. Daß Staat und Wirtschaft zwei völlig verschiedenartige Gebilde sind, sahen wir bereits. Wie steht es mit dem Zweck des Staates und der Wirtschaft? Über die Aufgaben des Staates wie der Wirtschaft werden wir nur dann konkrete Vorstellungen gewinnen, wenn wir den Zweck des Staates und der Wirtschaft genau bestimmen können. Daß das nun in der Tat möglich ist, kann nicht zweifelhaft sein, nur müssen wir uns darüber klar sein, daß wir damit den Boden der Wissenschaft verlassen und das weltanschauliche Gebiet betreten. Und — um es gleich zu sagen — auch darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von den freien Gewerkschaften gefordert wird, in einer ganz bestimmten Weltanschauung und zwar der sozialistischen wurzelt. Der soziale Rationalismus, dem wir hier begegnen, ist zugleich auch der Schlüssel, der uns die jeweilige Zwecksetzung für Staat und Wirtschaft erkennen läßt.

---

[41]) Adolf Weber: Ende des Kapitalismus. S. 78. Auch Gerhardt teilt diese Auffassung: „Der Begriff Wirtschaftsdemokratie hat hier dazu geführt, sich die Wirtschaft analog dem Staate vorzustellen, die Wirtschaftsverfassung analog der Staatsverfassung zu denken. Die Volkswirtschaft ist aber ein ganz andersartiges Gebilde als der Staat, ruht auf ganz anderen Voraussetzungen als dieser. Soweit sie Marktwirtschaft ist, fehlt ihr eine rechtlich gesatzte Verfassung, welche die Machtverteilung und politische Willensbildung bestimmt, wie es die Staatsverfassung tut, es fehlt der einheitliche „wirtschaftliche Gemeinwille", der nach bewußt gesetztem und frei gewolltem Plan das ganze Wirtschaftsleben lenkt". (Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung. S. 205.)

Es hat in der Vergangenheit nicht an Bemühungen gefehlt, den Zweck des Staates einheitlich und eindeutig zu bestimmen. Doch all diese Bemühungen waren zum Scheitern verurteilt[42]). Im vorigen Kapitel ist daher auch für den Staat eine solche Definition gewählt worden, die von einer bestimmten Zwecksetzung absieht.

Gewiß ist es richtig, daß Macht zu sein primärer und begriffsnotwendiger Zweck des Staates ist; doch bleibt dabei immer die Frage offen, für welche Zwecke sich diese Macht einsetzen soll. Historisch gesehen kann man wohl behaupten, daß „alle großen und lebenskräftigen, die eigentliche „Weltgeschichte" bewirkenden Staaten, im Grunde, trotz aller verschleiernden Legenden, Machtbefestigung und Machterweiterung als primären Zweck betrieben haben und daß sich bisher bei ihnen aller Dienst an Ideen der Ordnung, Freiheit, Wirtschaftsblüte, Kulturveredlung, sozialen Gerechtigkeit, nationalen Freiheit und Einheit beim Konflikt mit dem Machtzweck mit einer dienenden, sekundären Rolle hat begnügen müssen" [43]). Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden alle Staaten in absehbarer Zeit auf diesen Sicherheits- und Machtzweck nicht verzichten können, trotz Völkerbund und Kellogpakt, trotz Locarno und Genf. Doch all das interessiert hier nur wenig; die Aufgaben des Staates in dieser Hinsicht betreffen nur den Bestand bezw. die Erweiterung des Staatsgebietes, regeln die Verhältnisse der Staaten untereinander, berühren die Außenpolitik.

Innerpolitisch ist der Zweck des Staates viel schwieriger zu bestimmen. Gehen wir von der Rechtstheorie des Staates aus, so wird man, wenn wir die absolute Staatsform außer Betracht lassen, als formales Postulat ohne weiteres anerkennen können, daß der Staat jene Einrichtungen schaffen muß, daß durchaus immer Recht vor Gewalt und Willkür geht. Wie aber steht es mit den materiellen Forderungen? Es wäre ein vergeblicher Versuch, irgendwelche Grenzziehungen in dieser Hinsicht vorzunehmen; die verschiedensten Ansichten oder genauer gesagt, Weltanschauungen stehen sich hier gegenüber. Vergleichen wir nur beispielsweise die beiden Extreme, die Staatsauffassung des alten Liberalismus, die Lasalle nicht ganz zu Unrecht mit „Nachtwächterstaat" bezeichnete, mit jener, die wir heute — wohlgemerkt heute — bei einem großen Teil sozialistischer und vor allem auch gewerkschaftlicher Kreise vertreten finden. Sollte sich der Staat nach der liberalen Auffassung jeder Bevormundung des Volkes enthalten und ihm jede nur mögliche Freiheit gewähren, so finden wir auf der entgegengesetzten Seite vielfach die Tendenz, den Einfluß des Staates bis in die letzten privaten Sphären des einzelnen Menschen auszudehnen.

Soviel scheint mir gewiß zu sein: wer die Aufgaben des Staates in irgendeiner Hinsicht abgrenzen will, wird immer gezwungen sein, ein Werturteil zu fällen; Werturteile sind aber stets an einer bestimmten Weltanschauung orien-

[42]) Max Weber weist darauf hin, daß es nicht möglich ist, „einen politischen Verband — auch nicht: den „Staat" — durch Angaben des Zweckes seines Verbandshandelns zu definieren. Von der Nahrungsfürsorge bis zur Kunstproduktion hat es keinen Zweck gegeben, den politische Verbände nicht gelegentlich, von der persönlichen Sicherheitsgarantie bis zur Rechtsprechung keinen, den alle politischen Verbände verfolgt hätten. Man kann daher den politischen Charakter eines Verbandes nur durch das — unter Umständen zum Selbstzweck gesteigerte — Mittel definieren, welches nicht ihm allein eigen, aber allerdings spezifisch und für sein Wesen unentbehrlich ist: die Gewaltsamkeit". (Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. S. 26.)

[43]) Thoma: Art. „Staat" i. Handw. d. Staatsw. S. 755.

tiert. Aus dieser Erkenntnis heraus werden wir also auf eine Zweckbestimmung des Staates jedenfalls für unsere Untersuchung verzichten müssen.

Wie steht es nun mit der gleichen Frage auf wirtschaftlichem Gebiet? Welchen Zweck hat die Wirtschaft der Menschheit, welche Aufgaben hat sie zu erfüllen? Hier liegen die Dinge etwas anders. Als Wirtschaft kann man ganz allgemein jenes Tätigwerden der Menschen bezeichnen, das auf die Befriedigung der menschlichen, sachlichen Bedürfnisse gerichtet ist. Wir stehen immer einer relativ spröden Natur gegenüber, der wir durch unserer Hände Arbeit die zur Erhaltung der physischen Existenz notwendigen Früchte abringen müssen. An dieser Tatsache vermag auch kein Wirtschaftssystem etwas zu ändern, ob es nun „kapitalistisch" oder „demokratisch" gestaltet ist.

Doch müssen wir hier grundsätzlich zwischen Wirtschaft und Wirtschaftssystem unterscheiden. Das, was wir als Aufgabe der Wirtschaft bezeichneten, gibt noch keinen Anhaltspunkt für die Gestaltung des Wirtschaftslebens, ist vielmehr eine sehr abstrakte Formulierung des Zweckes, den jedes Wirtschaftssystem zu erreichen versuchen muß. Sobald wir die Aufgaben der Wirtschaft konkretisieren wollen, stoßen wir auf ähnliche Schwierigkeiten, wie wir sie schon bei den Aufgaben des Staates kennen lernten [44]). Die Wirtschaft wird eine Frage der Weltanschauung; aber das gilt schließlich von allen Handlungen, denn fast alles menschliche Tun und Lassen ist begründet in einer Weltanschauung. Wenn wir die Aufgaben des Staates mit denen der Wirtschaft vergleichen wollen, müssen wir die Wirtschaft nicht unter philosophischen Gesichtspunkten betrachten, sondern als dasjenige Tätigwerden der Menschen, das wir oben als die Aufgabe der Wirtschaft schlechthin bezeichneten, nämlich der relativ spröden Natur die zur Erhaltung der physischen Existenz notwendigen Früchte abzuringen [45]).

Betrachten wir nun den Staat unabhängig von der Staatsform und die Wirtschaft unabhängig vom Wirtschaftssystem, so zeigt es sich deutlich, daß hier ein wesentlicher Unterschied besteht. Jeder Staat ist etwas von Menschen Gewolltes, verdankt seine Entstehung, seinen Fortbestand wie auch seinen Untergang dem menschlichen Willen. Die Wirtschaft dagegen ist etwas dem Menschen Aufgezwungenes, das nur bis zu einem gewissen Grade dem menschlichen

---

[44]) Hierher gehört die ganze Problematik, die Sombart für die „richtende" Nationalökonomie nachgewiesen hat. Denn alle diejenigen, die an die Stelle der ihrer Meinung nach falschen Wirtschaft eine „richtige" setzen wollen, lassen sich dabei irgendwie von einem „höchsten" Zweck leiten. „Dieser „höchste" Zweck ist nun aber nicht etwa, wie man denken könnte und wie man zuweilen annimmt, ein innerwirtschaftlicher. Mit anderen Worten: es gibt keinen selbständigen, obersten Zweck der Wirtschaft, keinen absoluten Wert der Wirtschaft. Alles, was man als solchen bestimmen zu können geglaubt hat, wie volkswirtschaftliche Produktivität, Nachhaltigkeitserfolg, Volkswohlfahrt oder dergleichen gründet, wie tieferes Nachdenken erweist, in einem höheren Wert, der immer ein außerwirtschaftlicher ist. Man braucht sich nur die Frage vorzulegen: Warum höchste Produktivität? Warum Nachhaltigkeitserfolg? Warum Volkswohlfahrt? um das einzusehen". (Sombart: Die drei Nationalökonomien. S. 67.)

[45]) Auch Sombart hat diesen Unterschied ausdrücklich betont: „Wollte man aber der Wirtschaft einen höchsten Zweck setzen, ohne ihn weiter zu begründen, so würde man die ganze Problematik von Grund aus ändern: man würde aus der Ebene der richtenden Nationalökonomie als einer „Normwissenschaft" in diejenige einer Kunstlehre wechseln, für die allein sich derartige fiktive Als-Ob-Zwecke schicken". (Sombart: Die drei Nationalökonomien. S. 67.) Das ist aber für die Zwecke dieser Untersuchung unbedingt erforderlich, wenn man überhaupt Staat und Wirtschaft miteinander vergleichen will.

Willen untertan ist. Beim Staat bestehen verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten, bei der Wirtschaft dagegen ist dem Menschen viel weniger Spielraum gegeben; hier ist der Mensch gezwungen, sich den Bedingungen der Natur wohl oder übel zu unterwerfen. Wenn wir die Staatsform auf das Wirtschaftsleben übertragen, so heißt das nichts anderes, als die Wirtschaft genau so wie den Staat gesetzmäßig verwalten zu wollen.

Staat und Wirtschaft berühren aber den Menschen in ganz verschiedener Weise. Der Staat — wenn wir hier an die liberale Staatsidee des europäischen Kulturkreises denken — hält sich zurück, er ordnet den Menschen nur in denjenigen Beziehungen unter, die für ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen erforderlich sind. Die Wirtschaft dagegen greift viel tiefer in das Leben des einzelnen Menschen ein, sie verlangt Tag für Tag den Einsatz der ganzen Persönlichkeit. Die Wirtschaft ist in ewigem Fluß, sie verlangt stets neue Initiative [46]).

Inwieweit die heutige Wirtschaft den Charakter einer Verwaltung angenommen hat, darauf kommen wir später noch zurück. Hier mag zunächst genügen, daß wir uns der Tatsache bewußt werden, daß Staat und Wirtschaft zwei völlig verschiedenartige Gebilde sind, deren Aufgabenkreis sich in keiner Weise miteinander vergleichen läßt. Der Staat kann seine Gesetzgebung ändern, wie es die jeweiligen Verhältnisse erfordern. Die Gesetzmäßigkeiten in der Wirtschaft lassen sich aber nicht beliebig ändern, auch nicht durch Mehrheitsbeschlüsse. Für eine Übertragung der Staatsverfassung auf das Wirtschaftsleben sind die Voraussetzungen nicht gegeben; der Gedanke, die gesamte Wirtschaft durch ein öffentliches Gemeinwesen zentral zu leiten, muß als unmöglich bezeichnet werden.

Nun wird allerdings in dem Programm der freien Gewerkschaften ein öffentliches Gemeinwesen der Wirtschaft gefordert, das nicht identisch sein soll mit dem Staat; wahrscheinlich liegt auch hier der gleiche Gedanke zugrunde, daß dieses Gemeinwesen der Wirtschaft wegen der andersartigen Aufgaben auch ein eigenes, vom politischen Gemeinwesen abweichendes Gepräge tragen müsse. Da erhebt sich aber die Frage, in welchem Verhältnis Staat und Wirtschaft zueinander stehen. Ist es überhaupt möglich, Staat und Wirtschaft derart voneinander zu isolieren, daß man die verschiedenen Aufgaben getrennten Gemeinwesen zuweisen kann?

4. Kapitel.

Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zueinander.

Mit einem Programm sich auseinanderzusetzen, das es vermeidet, über Einzelheiten konkrete Angaben zu machen, ist keine leichte Aufgabe. Es tauchen da eine Fülle von Unklarheiten auf, die von der Denkschrift der freien Gewerk-

[46]) Sinzheimer selbst, einer der Mitarbeiter des wirtschaftsdemokratischen Programms, schrieb seiner Zeit zur Begründung des Artikels 165 der Weimarer Reichsverfassung: „Die Gesetzgebung ist zu schematisch, um in allen Einzelbeziehungen das wirtschaftliche Leben erfassen zu können und der staatliche Verwaltungsapparat ist nicht schmiegsam genug, um sich allen Wandlungen anzupassen." (Zitiert bei Steinberg: Hoffnungen und Tatsachen um den Artikel 165 der R.V. in: Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Herausg. v. d. Dtsch. Bergwerkszeitung Düsseldorf o. J. S. 141.)

schaften über die Wirtschaftsdemokratie weder geklärt noch in ihrer Bedeutung gewürdigt worden sind. Gerade aus der Kritik, die aus den eigenen Reihen erstand, geht deutlich hervor, daß die Gewerkschaften mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie nichts Rechtes anzufangen wußten; überall zeigte sich die Unsicherheit des Weges, den man beschritten hat. So ist über das wirtschaftliche Gemeinwesen, in dessen Händen die Führung der Gesamtwirtschaft liegen soll, fast nichts Näheres gesagt, nicht einmal nach welchen Grundsätzen es gebildet werden soll. Die Tatsache aber, daß es nicht identisch sein soll mit dem Staat, muß gerade vom Standpunkt der alten sozialistischen Ideologien verwundern; hier zeigt sich deutlich eine Abkehr vom Marxismus.

Der marxistische Sozialismus kennt keine Trennung der politischen von der wirtschaftlichen Demokratie; nach ihm stirbt der Staat ab, denn er hat in der von der organisierten Gesellschaft geleiteten Wirtschaft keinen Raum mehr [47]). Diese Auffassung trägt der Wirklichkeit zweifellos mehr Rechnung als die wirklichkeitsfremde Teilung in ein politisches und wirtschaftliches Gemeinwesen, wie sie die freien Gewerkschaften vorgenommen haben [48]). Die Isolierung einer staatlichen Sphäre von einer wirtschaftlichen läßt erkennen, daß die Verbundenheit aller Vorgänge der menschlichen Gesellschaft nicht genügend beachtet worden ist. Eine solche Stellungnahme der Wirtschaft gegenüber muß gerade vom Standpunkt der heutigen Nationalökonomie und vor allem vom Standpunkt der soziologischen Forschungen verwundern. Leipart selbst, der sich sonst für die Wirtschaftsdemokratie ausspricht, hat auf diese Schwierigkeit einer Trennung der politischen und wirtschaftlichen Sphäre hingewiesen: „Es tauchen hier wieder alle Fragen auf, die . . . das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat betreffen. Das Gemeinwesen der Wirtschaft im Gemeinwesen Staat, also Gemeinwesen im Gemeinwesen oder Staat im Staate? Oder geht die Wirtschaft, wenn sie sich umgewandelt hat, im Staate auf oder auf den Staat über? . . . Ich glaube, daß eine solche staatliche Verwaltung der Wirtschaft praktisch nicht möglich ist, und glaube auch, daß es falsch ist, anzunehmen, die Wirtschaft könne ein selbständiges Gemeinwesen sein. Die Wirtschaft wird auch in Zukunft Dienerin des Staates sein müssen, vom Staate beeinflußt und von ihm abhängig“ [49]). Trotz dieses Hinweises in einer Broschüre, die Leipart vor der Herausgabe der Denkschrift über die Wirtschaftsdemokratie veröffentlichte, ist das Problem selbst we-

---

[47]) „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat“. (F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 11. Aufl. Stuttgart 1921 S. 302.)

[48]) „Für die sozialistische Auffassung von dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft hat das der politischen Terminologie entnommene Wort „Wirtschaftsdemokratie“ einen annehmbaren Sinn, insofern hier die Wirtschaft vom Staate nicht zu trennen, dieser vielmehr nichts anderes als ein von der Wirtschaft gestaltetes Gebilde ist. Für die andere Auffassung dagegen, für die der Staat und die Wirtschaft getrennten Sphären des Gesellschaftslebens angehören, die zwar einander bedürfen, aber doch in ihren wirkenden Kräften von einander unabhängig sind, ist jede Übertragung staatlich-politischer Begriffe oder Worte auf das Wirtschaftsleben grundsätzlich höchst bedenklich, weil beide fundamental verschiedenartigen Gestaltungskräften unterliegen“. (Albrecht: „Wirtschaftsdemokratie“ in „Jahrbücher für Nat. Ök. u. Statistik“. 130. Bd. III. Folge 75. Bd. 2. Heft 1929 S. 226 f.)

[49]) Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie. S. 16.

der auf dem Hamburger Kongreß noch in der Veröffentlichung über die Wirtschaftsdemokratie behandelt worden.

Daß es zuweilen aus besonderen Gründen am Platze ist, bei wissenschaftlichen Untersuchungen die wirtschaftlichen Erscheinungen zu isolieren, kann nicht zweifelhaft sein; gerade die klassische Nationalökonomie hat sich sehr oft dieses Hilfsmittels bedient, aber nur um der Erkenntnis willen. Der Gedanke, ein politisches und wirtschaftliches Gemeinwesen von derselben Gesellschaft bilden zu lassen, ist schon nach mehr als einer Richtung hin problematisch. Beide Körperschaften sollen gleichberechtigt nebeneinander ihren Willen bilden. Bei den meisten Entscheidungen aber wird sich zeigen, daß eine reinliche Scheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten undurchführbar ist; fast alle politischen Fragen haben eine wirtschaftliche, alle wirtschaftlichen Fragen eine politische Bedeutung [50]).

Die Forderung eines wirtschaftlichen Gemeinwesens neben einem politischen Gemeinwesen beruht auf einer völligen Verkennung des Wesens der Wirtschaft als einer soziologischen Kategorie. Immer ist es die Totalität des menschlichen Lebens, die der Nationalökonom bei all seinen Untersuchungen nicht außer acht lassen darf. Gerade die letzten Jahrzehnte in der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft haben diese Tatsache in den Vordergrund treten lassen [51]). Ja, selbst die Klassiker, denen vielfach ein isolierendes Verfahren vorgeworfen wurde, haben die Nationalökonomie stets eingegliedert in den Gesamtkomplex der Fragen, die das menschliche Zusammenleben berühren [52]).

Zu dieser Erkenntnis hat sich das wirtschaftsdemokratische Programm der freien Gewerkschaften nicht durchringen können. Man hat völlig verkannt, daß

---

[50]) „Ob irgendeine außerwirtschaftliche Macht im einzelnen Fall zugezogen wird, oder ob man der Wirtschaftsmacht selbst nach den ihr innewohnenden Gesetzen die Erledigung überläßt, entscheidet sich jeweils aus dem Sinn und der Richtung des Zusammenlebens überhaupt, in dessen Zusammenhang die Wirtschaft steht. Auch wenn die Antwort dem reinen Wirtschaftsgesetz überlassen bleibt, so ist doch die Frage eine politische, und auch jene Antwort ist eine politische, weil die Wirtschaftsmacht, die in dem Wirtschaftsgesetz steckt, ein politischer Faktor ist und die Wirtschaftshandlung ein politisches Faktum. Wirtschaftsfragen sind nicht Fachfragen für Interessenten, es sind politische Fragen, Fragen des Zusammenlebens, Machtfragen. Das schließt nicht aus, es schließt im Gegenteil ein, daß die Macht hier wie anderwärts an natürlich-technische Gegebenheiten gebunden ist, mit ihnen rechnen muß und ihre Grenzen nicht verrücken kann, ohne Rückwirkungen zu erfahren. Die theoretische Nationalökonomie ist der unentbehrliche Ratgeber der Politik. Aber ob die Politik jene Rückwirkungen in Kauf nehmen will, und bis zu welchem Grade, das ist wieder die politische Frage". (Eduard Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929 S. 60.)

[51]) „Wir möchten den Leser daran gewöhnen, daß er bei der geringsten einzelnen Handlung der Volkswirtschaftspflege immer das Ganze, nicht bloß der Volkswirtschaft, sondern des Volkslebens vor Augen hat". (W. Roscher: System der Volkswirtschaft Bd. I Stuttgart u. Tübingen 1854 S. 42.)

J. Kautz sagt: „Es darf die wirtschaftliche Erscheinung nicht in ihrer Vereinzelung erfaßt, sondern sie muß stets im Zusammenhange mit dem gesamten Volksleben betrachtet werden. Die Nationalökonomie darf sich der Wahrheit nicht verschließen, daß es sich nicht um etwas durchaus Isoliertes, in sich Abgeschlossenes, sondern stets und überall um ein und dasselbe Ganze, um ein und dieselbe innerlich zusammenhängende Lebenstotalität des Volkes, seine Bedürfnisse, Strebungen und Erfolge handelt". (J. Kautz: Die Nationalökonomie als Wissenschaft 1857 S. 320.)

[52]) So sagt J. St. Mill: „Bei den Details der politischen Ökonomie sind allgemeine Ansichten in betreff der bürgerlichen Gesellschaft und der Politik

Staat und Wirtschaft durch unendlich viele Fäden miteinander verknüpft sind, daß es doch immer dieselbe Gesellschaft ist, die das politische und wirtschaftliche Gemeinwesen bilden soll. Gewiß ist es immer eine Frage des Maßes, inwieweit das wirtschaftliche Leben an den Staat gebunden sein soll, und inwieweit es sich selbst überlassen bleiben soll. Eine völlige Trennung der politischen von der wirtschaftlichen Sphäre muß aber als unmöglich angesehen werden. Niemals wird ein Staat auf sein Aufsichtsrecht allen Formen des sozialen Lebens gegenüber verzichten können. Wie sollte aber ein Staat sein Aufsichtsrecht wahrnehmen können, ja wie sollte er seiner Aufsichtspflicht genügen können, wenn das wichtigste Gebiet: die Wirtschaft seiner Beeinflussung entzogen würde [53]). Die Weimarer Reichsverfassung hat daher auch dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat nicht die Funktionen des Gesetzgebers übertragen; man hat sich vielmehr darauf beschränkt, ihm sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe zur Begutachtung vorzulegen und ihm ein Initiativrecht eingeräumt, Gesetzesvorlagen derartigen Inhalts selbst zu beantragen.

Ein Staat, der sich der Verantwortung dem sozialen Ganzen gegenüber bewußt ist, wird auf die letzte Entscheidung auch oder vor allem in wirtschaftlichen Fragen niemals verzichten können. Der Gedanke, neben einem politischen Gemeinwesen ein wirtschaftliches Gemeinwesen zu konstruieren, dem die Gesamtwirtschaftsführung übertragen werden soll, muß daher als durchaus wirklichkeitsfremd, ja als schlechterdings unmöglich bezeichnet werden.

Überblicken wir die bisher gewonnenen Erkenntnisse, so sehen wir deutlich, daß es recht verschiedenartige Gründe sind, die einer Übertragung staatsrechtlicher Begriffe auf das Wirtschaftsleben hindernd im Wege stehen. Es ergeben sich aber speziell bei der Übertragung der demokratischen Staatsform auf die Wirtschaft eine Reihe besonderer Probleme, die wir nunmehr noch untersuchen müssen.

5. Kapitel.

Die Wirtschaftsdemokratie und ihre Verwirklichung.

Wenn wir bisher gesehen haben, daß die Übertragung staatsrechtlicher Begriffe in die wirtschaftliche Sphäre aus mehrfachen Gründen nicht möglich ist, so werden sich diese Bedenken noch erhöhen bei der Übertragung einer Staats-

---

nicht am Platze; aber bei den mehr umfassenden Untersuchungen ist es unmöglich, dieselben auszuschließen, weil die verschiedenen wichtigen Gebiete des menschlichen Lebens sich nicht jedes für sich besonders entwickeln, sondern jedes einzelne von allen übrigen abhängig ist oder durch diese durchgreifend modifiziert wird." (J. St. Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie; dtsch. v. Ad. Soetbeer. Hamburg 1852 Bd. II S. 230 f.)

[53]) „Der Aufgabe, das Leben nach Ideen zu gestalten, kann der Staat aber nicht genügen, wenn man das wichtigste Gebiet des praktischen Lebens, die Wirtschaft, seiner Wirksamkeit entzieht. Nicht eine Entlastung wäre dadurch dem Staat verschafft, sondern eine entscheidende Schwächung wäre ihm zugefügt, eine Verstümmelung seiner Funktion und damit eine Vernichtung seiner Macht. Ein Staat, der nicht die Wirtschaftspolitik in seinem Aufgabenkreis hat, ist kein Körper, sondern ein Rudiment". (Carl Landauer: Die Ideologie des Wirtschaftsparlamentarismus, in „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege". München-Leipzig 1925 Bd. I S. 166.)

form, die in ihrem Werte so umstritten ist wie die demokratische und deren Durchführung schon auf politischem Gebiet mehrfachen Schwierigkeiten unterliegt. Ohne hier näher auf die demokratische Ideologie einzugehen, müssen wir uns doch der Tatsache bewußt werden, daß wohl bei keiner Staatsform Idee und Wirklichkeit soweit auseinanderfallen können und tatsächlich auch auseinanderfallen wie gerade bei der demokratischen.

Der Idee nach ist die Demokratie „eine Staats- oder Gesellschaftsform, bei der der Gemeinschaftswille, oder ohne Bild gesprochen, die soziale Ordnung durch die ihr unterworfenen erzeugt wird: durch das Volk. Demokratie bedeutet Identität von Führer und Geführten, von Subjekt und Objekt der Herrschaft, bedeutet Herrschaft des Volkes über das Volk“ [54]).

Nun sind aber mit der Verwirklichung dieses demokratischen Prinzips eine Fülle von Problemen verknüpft; denken wir beispielsweise nur an die Formen der Willensbildung, die sich in politischen Parteien vollzieht, denken wir an den Parlamentarismus mit seinen mannigfachen Mehrheitsprinzipien — alles Dinge, die ich hier nur andeuten kann — so wird es klar, daß der Begriff des Volkes, das der Idee nach vor allem Subjekt der Herrschaft sein soll, sich verflüchtigt zu einem kleinen Kreis von Personen, die dann Träger der Herrschaftsfunktion werden.

Aber auch Objekt der Herrschaft kann das Volk nur unter mehrfachen Einschränkungen sein; denn niemals tritt der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, d. h. mit allen seinen individuellen Lebensäußerungen in den Staatsverband. Entsprechend dem Ideale der Freiheit und gemäß der demokratischen Ideologie, wie sie sich etwa in den letzten anderthalb Jahrhunderten in den zum europäischen Kulturkreis gehörenden Staaten entwickelt hat, — Rußland scheidet bei dieser Betrachtung aus — behält sich der Staatsbürger einen nicht unerheblichen Teil seiner Lebensakte als unveräußerliche Rechte des Individuums vor. Nur mit einem ganz bestimmten Kreis von Funktionen wird der Mensch ein Glied des Staatsverbandes. Und zu jenen Lebensakten, die sich das Individuum vorbehält, gehört nicht zuletzt die wirtschaftliche Betätigung.

Nun verbinden aber diejenigen, die sich zu dem Programm der Wirtschaftsdemokratie bekennen, mit dem demokratischen Gedanken einen ganz bestimmten Sinn. Sie stellen bewußt der „bürgerlichen“ Demokratie eine „proletarische“ gegenüber [55]). Hier wie dort finden die Ideen der Freiheit und Gleichheit ihren Niederschlag. Nur in der Begründung dieser Forderungen und dem Ausmaß ihrer Verwirklichung gehen die Auffassungen auseinander. Aus der Geschichte kennen wir sie als unzerstörbare, von keiner Gesetzgebung aufhebbare Urrechte der Menschheit, sie bilden die Grundpfeiler der demokratischen Idee. Die „proletarische“ Demokratie erstrebt aber im Gegensatz zur formalen „bürgerlichen“ eine andere Freiheit und vor allem eine andere Gleichheit. Die politische Gleichberechtigung allein bedeutet noch keine wahre Gleichberechtigung; die politische Demokratie ist vielmehr nur eine unerläßliche Voraussetzung für die völlige, d. h. die politische, kulturelle und wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Menschen [56]).

[54]) Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie. S. 14.

[55]) Vgl. Max Adler: Politische oder soziale Demokratie. Wien 1926.

[56]) „Die Proletarier nehmen die Bourgeoisie beim Wort: die Gleichheit soll nicht bloß scheinbar, nicht bloß auf dem Gebiete des Staates, sie soll auch wirklich, auch auf dem gesellschaftlichen, ökonomischen Gebiete durchgeführt

Dieser Gegensatz zwischen „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Demokratie läßt sich jedoch nur aus der Entwicklungsgeschichte der proletarischen Bewegung nachweisen. Es war nicht die „proletarische“ Demokratie, um die das Bürgertum der französischen Revolution kämpfte; damals richtete sich der Kampf nur gegen den Absolutismus, es war ein Kampf um Beteiligung des ganzen Volkes an der Schöpfung der sozialen Ordnung. Es handelte sich um die Aufhebung der Standesunterschiede, um die Beseitigung der Standesprivilegien, niemals aber wurde der Gedanke der wirtschaftlichen Gleichheit in der demokratischen Ideologie erwähnt. Es ist auch absurd anzunehmen, daß man zur Verwirklichung der Gleichheit, nicht im Sinne eines politischen, formalen, sondern eines materiellen, ökonomischen Gleich-Seins eine demokratische Staatsform erstrebt hätte, zumal doch eine ökonomische Gleichheit durch eine Diktatur viel eher verwirklicht werden könnte.

Wenn Marx und Engels gleichwohl die Demokratie zur Verwirklichung des Sozialismus forderten, so doch nur, weil sie eben glaubten, das Arbeiterproletariat würde in dieser Staatsform die überwältigende Mehrheit erringen und so auch die Möglichkeit haben, an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische zu setzen. Diese Hoffnung hat sich nun nicht erfüllt. Die Arbeiterschaft mußte lernen, „daß erstens die politische Demokratisierung ohne „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ möglich ist, und daß zweitens die politische Demokratie noch keineswegs die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit bedeutete“ [57]). So erwächst der Arbeiterschaft die Aufgabe, „die Demokratie in ihrem Interesse zu gebrauchen und die bloß politische Demokratie zur sozialen auszugestalten“ [58]).

Dieser Gedanke hat, wie wir bereits sahen, in dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften seinen Niederschlag gefunden. Auch hier bilden die Ideen der Freiheit und Gleichheit den Ausgangspunkt. Der Freiheitsdrang verursacht „die Reaktion gegen die wirtschaftliche Autokratie: gegen die Despotie des Unternehmers oder seiner Agenten im Betrieb, gegen die Beherrschung des Arbeitsmarktes und der Absatzmärkte durch die kapitalistischen Unternehmungen und Organisationen, gegen die Wirtschafts- und allgemeine Politik, die den Staat dem Kapital ausliefert“ [59]). Die Idee der Gleichheit fordert gleiche Anteilnahme auch der Arbeiter an der Leitung der Wirtschaft. „Es genügt nicht, daß ein Gemeinwesen der Wirtschaft besteht. Demokratie ist erst dann vorhanden, wenn die Bildung des wirtschaftlichen Gemeinwillens nicht einseitig erfolgt, sondern an die Mitbestimmung durch alle Wirtschaftsgenossen gebunden ist“ [60]).

Nach den trüben Erfahrungen, die die Gewerkschaften mit den Betriebsräten (Betriebsdemokratie) gemacht haben, ist es durchaus verständlich, daß sie diese Institution nicht mehr als „Pionier einer neuen Wirtschaftsordnung“ ansehen konnten. In der Denkschrift werden die Betriebsräte auf knapp zwei Seiten gewürdigt. Aus den wenigen Hinweisen spricht aber deutlich die Erkenntnis, daß es für die Arbeiterschaft nicht möglich ist, auf diesem Wege in die Füh-

werden“. (F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. S. 104.)

[57]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 8 f.
[58]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 10.
[59]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 15.
[60]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 15.

rung des Einzelunternehmens einzudringen oder wenigstens einen Einfluß auf die Unternehmungsführung zu erlangen [61]).

Der Artikel 165 der Reichsverfassung, in dem die wirtschaftsdemokratischen Gedanken verankert sind, scheint den heutigen Forderungen der freien Gewerkschaften nicht mehr zu genügen; er gewährleistet zu wenig; hier handelt es sich immer nur um Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte, wenn auch gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern. Das genügt aber keineswegs; nicht an der Mitwirkung, auch nicht an Kontroll- oder Verwaltungsbefugnissen ist den Gewerkschaften gelegen, sie wollen das Steuer der Wirtschaft selbst in die Hand bekommen.

Gerade die Debatte um den Artikel 165 zeigt aber, wie schwierig es ist, den demokratischen Gedanken auf wirtschaftlichem Gebiet zu verwirklichen; die Realisierung des demokratischen Prinzips in der wirtschaftlichen Sphäre gestaltet sich um vieles komplizierter; hier handelt es sich nicht nur um die rein technischen Schwierigkeiten, die der Realisierung des demokratischen Gedankens hindernd im Wege stehen, sondern vor allem ist es das wirtschaftliche Gebiet selbst, wie wir bereits sahen, das einer demokratischen Führung in viel stärkerem Maße Einhalt gebietet, soll der Zweck der Wirtschaft schlechthin nicht in Frage gestellt werden. Die Schwierigkeiten sind auch dadurch noch nicht beseitigt, daß man sich die wirtschaftliche Demokratie nicht als „Formaldemokratie" (Kopfzahldemokratie) vorstellt, sondern als eine Art der „organischen Demokratie", welche die staatliche Integration nicht auf dem arithmetischen Wege des Prinzips der Zahl und der Mehrheit, sondern auf dem Wege der Partialintegration über eine Reihe von Sondergemeinschaften auf der Grundlage wirtschaftlicher Sinnzusammenhänge herbeizuführen sucht" [62]).

Demokratie und Wirtschaft stehen schon deshalb in Widerspruch zueinander, weil die Wirtschaft zu jenen Lebensakten gehört, die die ganze Persönlichkeit jedes einzelnen Menschen umfassen. Für jeden tieferen Eingriff in die private Sphäre des einzelnen Individuums wird sich eine demokratische Verfassung am wenigsten eignen; derartige Maßnahmen ließen sich mit dem Ideale der Freiheit nicht in Einklang bringen [63]).

Die Denkschrift der freien Gewerkschaften hat die Problematik dieser Frage nicht berührt; weder ist die Idee der Wirtschaftsdemokratie noch ihre Verwirklichung klar herausgearbeitet worden. Machen wir uns zunächst einmal klar, was eine zentrale Wirtschaftsführung bedeutet, ganz unabhängig davon, ob sie nun eine Wirtschaftsdiktatur oder Wirtschaftsdemokratie sein soll.

Eine Gesamtwirtschaftsführung hat einmal die Folge, daß die Einzelbetriebe ihre Selbständigkeit aufgeben müssen und nur noch den Weisungen der Zen-

---

[61]) „Solange eine überbetriebliche Wirtschaftsführung, die von den Gewerkschaften beeinflußt wird, nicht besteht, bleiben die wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte daher rein privatwirtschaftlicher Natur und können demnach nicht eingeordnet werden in das Streben der Arbeiterschaft nach einer vom Betriebe unabhängigen Führung der Volkswirtschaft". (Wirtschaftsdemokratie usw. S. 152.)

[62]) Edgar Tartarin-Tarnheyden: Berufsverbände und Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1930 S. 12.

[63]) Eine Demokratie „kann sich nur dort für längere Zeit behaupten, wo nur eine kleine Anzahl bestimmter Grundrechte oder der allgemeinen gesell-

tralleitung zu folgen haben; ihnen obliegt nur noch die Ausführung der von der Zentralstelle gegebenen Direktiven. Ein Ineinandergreifen der einzelnen Wirtschaften existiert nicht mehr; für eine Marktmechanik ist kein Raum mehr, ein Preisbildungsprozeß ist nicht mehr möglich. Die Konkurrenz der Einzelbetriebe untereinander ist aufgehoben, sie unterliegen nicht mehr dem Zwange der Rentabilität. Die Leiter der Einzelbetriebe hören auf, Unternehmer zu sein und werden Beamte; ihnen ist jede Initiative und damit allerdings auch jede Verantwortung genommen; diese werden von der Zentralstelle übernommen. Ob eine solche zentral geleitete Wirtschaft sich als lebensfähig erweisen wird, mag dahingestellt bleiben. Die Literatur über diese Fragen geht ins Unermeßliche. Die Auffassungen sind durchaus geteilt: Die einen halten das Projekt für absolut undurchführbar, die anderen glauben an die Möglichkeit einer Verwirklichung, wobei viele jedoch die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten verkennen.

Mit wissenschaftlichen Argumenten wird man dem Problem schwer beikommen können, denn dazu fehlt der erforderliche Einblick in das Wesen einer zentral geleiteten Wirtschaft. Theoretische Erörterungen vermögen die mangelnde Erfahrung nicht voll zu ersetzen. Man mag sich aber für oder gegen eine zentrale Leitung der Wirtschaft entscheiden, man mag sie begrüßen oder ablehnen, soviel ist sicher, daß mit einer zentral geleiteten Wirtschaft die Freiheit im Wirtschaftsleben unvereinbar ist, sie führt immer zu einer mehr oder weniger straffen Wirtschaftsdiktatur.

Wenn auch über das wirtschaftliche Gemeinwesen in der Denkschrift der freien Gewerkschaften nichts Näheres gesagt ist, so liegt es doch nahe, an ein wirtschaftliches Parlament zu denken, das durch ein mehr oder weniger demokratisches Wahlrecht ins Leben gerufen werden soll. Wenn dieses Parlament wirklich die Aufgabe der Wirtschaftsführung übernehmen will, so kann es sich nur um die Leitung einer Gemeinwirtschaft handeln; denn eine Marktwirtschaft würde sehr leicht in Gegensatz zu den parlamentarischen Beschlüssen gelangen und deshalb nicht aufrecht erhalten werden können. Die Volkswirtschaft wird vielmehr zu einer großen Fabrik, zu einem „Riesenunternehmen" werden.

Doch auch hier sind Komplikationen gegeben, wenn diese Volkswirtschaft nicht im wesentlichen autark ist. Tritt dieses „Riesenunternehmen" Volkswirtschaft in Beziehungen zum Weltmarkt, so wird sie wie jedes andere Privatunternehmen den Nachweis der Rentabilität zu führen haben. Damit ist die Frage der nationalen Durchführbarkeit der Wirtschaftsdemokratie angeschnitten. Leipart, ein Befürworter der Wirtschaftsdemokratie, sah diese Probleme und stellte

---

schaftlichen Machtverteilung, also eben politische Dinge verhandelt werden. Erstrecken sich die Kompetenzen auf Angelegenheiten des täglichen Lebens, wie es Ernährungs- und Bedarfsdeckungsfragen sind, so muß Streit, Verwirrung und Unsachlichkeit das Ergebnis sein. Darin scheint mir die — in den letzten Jahrzehnten und besonders heute so verkannte — Weisheit der liberalen Verkehrswirtschaft zu liegen, daß sie weder von den Massen, noch von einzelnen Gruppen, noch von einem Monarchen, sondern — wenigstens ihrem Grundprinzip nach — von einem jenseits des Machtwillens der Menschen liegenden automatisch wirksamen Faktoren, Angebot und Nachfrage, geleitet wird. (Mag dieser Indikator auch bisweilen durch Gewalt abgelenkt werden, so hat doch diese Willkür nur recht begrenzten Einfluß auf ihn.) Das ist für die Befriedigung der äußeren Lebensbedürfnisse sicher ein besseres Prinzip, als wenn man gerade dieses Gebiet unter die Herrschaft eines dirigierenden (demokratisch oder aristokratisch oder monarchisch organisierten) menschlichen Zentralwillens stellt". (Leopold v. Wiese: Liberalismus und Demokratismus in ihren Zusammenhängen und Gegensätzen, „Ztschr. f. Pol.", 9. Bd. Heft 3/4 1916 S. 414.)

an die Wirtschaftswissenschaftler die nur zu berechtigte Frage: „Ist die Wirtschaftsdemokratie überhaupt in einem einzelnen Lande durchführbar? Ist sie national zu verwirklichen oder kann sie nur international durchgeführt werden? Wenn es der deutschen Arbeiterbewegung gelänge, in Deutschland die Wirtschaftsdemokratie, so wie wir sie uns vorstellen, durchzuführen, welche Wirkung würde das auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Welt ausüben?“ [64]).

Diese Fragen fanden in der Denkschrift weder eine Beantwortung, noch sind sie in ihrer Bedeutung gewürdigt worden. Es muß aber ernstlich bezweifelt werden, daß die Wirtschaftsdemokratie ebenso wie der Sozialismus wegen der engen Verflochtenheit der kapitalistischen Staaten untereinander national verwirklicht werden könnte.

Aber auch über die innere Organisation dieser Gemeinwirtschaft wird nichts gesagt. Es ist also der Phantasie reichlich viel Spielraum gelassen. Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie ruft dabei immer wieder den Gedanken an ein Wirtschaftsparlament ins Gedächtnis. Wenn man sich unter diesem Wirtschaftsparlament überhaupt etwas Konkretes vorstellen kann, so wird man wohl auch in diesem Parlament mit Parteien oder Interessenvertretungen zu rechnen haben, solange wir nicht Wirtschaftsdemokratie = sozialistische Wirtschaftsordnung setzen können, d. h. aber, daß nur noch die Interessen des Proletariats vorhanden sind. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, werden die Interessen auch nicht in einer Richtung liegen. Man wird wie im politischen Leben so auch hier zu Mehrheitsabstimmungen gezwungen sein, zu Kompromissen in dieser oder jener Form. Die wechselnden Mehrheitsverhältnisse würden aber zur Folge haben, daß das Steuer der Wirtschaft bald hierhin, bald dorthin geworfen wird, jede Arbeit auf lange Sicht ist unmöglich, vor allem die für die moderne Wirtschaft unerläßliche Kapitalbildung ist in Frage gestellt. Fehlleitungen der Produktionskräfte würden nicht ausbleiben, weder die Rentabilität in Bezug auf den Weltmarkt, noch die Produktivität dieser Wirtschaft wäre sichergestellt. Ein Wirtschaftsdiktator mit überragenden Fähigkeiten könnte diese schwierige Aufgabe der Leitung der Gesamtwirtschaft noch eher erfüllen als ein wirtschaftliches Gemeinwesen, das auf demokratische Weise gebildet worden ist [65]).

Ob nun Wirtschaftsdiktatur oder Gemeinwesen der Wirtschaft, die Führung der Gesamtwirtschaft wird tiefe einschneidende Eingriffe in die private Lebenssphäre des Volkes bedeuten. Die Leitung der Produktion wird auch die Kon-

---

[64]) Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie. S. 8.

[65]) Auch von Wiese meint: „Eine sozialistische Ordnung, die durch Mehrheitsbeschlüsse bei beliebigen Gelegenheiten erschüttert werden kann, vermag sich nicht lange zu behaupten. Je sozialistischer eine Gesellschaftsordnung ist, desto mehr wird sie — einmal auf vielleicht demokratischem Wege ins Leben gerufen — sich auf autoritärer Grundlage entwickeln müssen. Schon jetzt gefährdet eine Genossenschaft nichts so sehr als eine rein demokratische Verfassung. Die ökonomischen Entwicklungstendenzen, die im Sozialismus ruhen, drängen nach einer ausgesprochen bürokratischen Ordnung. Jede Bürokratie aber verabscheut nichts so sehr als die Durchkreuzung ihrer sachlichen Maßnahmen durch unberechenbare und unverantwortliche Majoritäten. Es ist ein Wahn, zu glauben, ein sozialistisches System könne demokratisch in dem Sinne bleiben, daß wechselnde und sich frei bildende Mehrheiten aller Mitglieder sein Schicksal in der Hand behielten. Dies gilt für jeden Sozialismus“. (L. v. Wiese: Staatssozialismus. Berlin 1916 S. 52.)

sumtion mehr oder weniger stark beeinflussen und damit wird die Freiheitssphäre des Einzelnen starke Einschränkungen erfahren müssen. Wenn die Wirtschaftsdemokratie sich als Ziel setzte, die Wirtschaftsautokratie im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu brechen, so wird sie durch die Entwicklung der Verhältnisse gezwungen sein, vielleicht in weit höherem Maße eine Wirtschaftsautokratie zur Durchführung der Gemeinwirtschaft zu errichten. Das, was Gerhardt vom Sozialismus behauptet, gilt dann in nicht geringerem Maße auch von der Wirtschaftsdemokratie: „Der Sozialismus, der ausgegangen war, die Wirtschaftsautokratie zu vernichten und an die Stelle einer Herrschaft über Menschen die „Verwaltung der Sachen" zu setzen, endet hier in einer Herrschaftsverfassung, autokratie zu vernichten und an die Stelle einer Herrschaft über Menschen die

Wenn in der Denkschrift über die Wirtschaftsdemokratie der Kampf der Arbeiterschaft gegen die Wirtschaftsautokratie verglichen wird mit dem Kampf des Bürgertums gegen den Absolutismus, so hinkt dieser Vergleich doch in mehr als einer Hinsicht. Freilich: in der gleichen Weise, wie man damals nicht gegen den Staat sondern gegen die Staatsform kämpfte, so gilt der Kampf heute nicht der Wirtschaft sondern dem Wirtschaftssystem, nämlich dem kapitalistischen. Und doch besteht ein grundlegender Unterschied: Der Kampf gegen die absolute Monarchie richtete sich gegen den Herrscher, hier war ein Thron zu erobern, hier galt es ein System — das System des Absolutismus — zu beseitigen. In der Wirtschaft aber gibt es keinen Thron zu erobern, gibt es auch kein System als solches zu beseitigen. Denn die Wirtschaft ist nicht wie der Absolutismus nur ein System von Beziehungen, das das Verhalten der Untertanen zum Herrscher regelt; die Wirtschaft — genauer das Wirtschaftssystem — läßt sich daher auch nicht beseitigen wie der Absolutismus beseitigt worden ist. Gewiß kann sich die Arbeiterschaft als Ziel setzen, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden, aber an seine Stelle muß notwendigerweise ein anderes Wirtschaftssystem treten, das an die natürlichen Gegebenheiten nicht minder gebunden sein wird wie das kapitalistische.

Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn hinsichtlich der Verwendung derjenigen Begriffe, mit denen wir einen ganz bestimmten Sinn zu verbinden pflegen, wieder größere Klarheit und Eindeutigkeit eintrete. Man spricht von einem kapitalistischen Staat, man erstrebt eine demokratische Wirtschaft; das sind vielfach nur Redensarten oder Schlagworte, die sinnlos sind. Ein Staat ist entweder monarchisch, demokratisch oder besitzt irgendeine der möglichen Staatsformen; nur die Wirtschaft dagegen kann kapitalistisch oder sozialistisch sein. Man kann daher auch nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem stürzen wie die absolutistische Staatsform. Ein Wirtschaftssytem läßt sich überhaupt nicht stürzen, nur eine ganz allmähliche Umbildung könnte einer neuen Wirtschaftsordnung die Wege ebnen [67]).

Dieser Tatsache trägt das engere Ziel — die Demokratisierung der Wirtschaftsführung — mehr Rechnung, wie wir noch sehen werden; die Übertragung der gesamten Wirtschaftsführung auf ein wirtschaftliches Gemeinwesen dagegen

---

[66]) Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung. S. 183 f.

[67]) „Revolutionen können eine Verfassung über Nacht ändern, für wirtschaftliche Entwicklungen ist aber nur die Anwendung des Begriffs der Evolution denkbar". (Aug. Müller: Sozialisierung und Sozialisierungsgesetzgebung im neuen Deutschland. „Dtsch. Jurist. Ztg." 1919, Heft 13/14 S. 557.)

ist ein Niederschlag jener revolutionären Stimmung, die auch heute noch weite Kreise der Arbeiterschaft beseelt.

Der ungelösten Fragen sind gar viele in dem Programm der Wirtschaftsdemokratie; auf sie näher einzugehen ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit. Die zahlreichen Bedenken, die wir gegen eine Übertragung der demokratischen Staatsform auf das Wirtschaftsleben erhoben haben, lassen aber kaum noch einen Zweifel an der Undurchführbarkeit dieses Programms. Es bleibt nur noch zu untersuchen, ob die Wirtschaftsdemokratie wenigstens als Prognose aufrechtzuerhalten ist.

6. Kapitel.

Die Prognose einer Gesamtwirtschaft.

Trotz der zahlreichen Bedenken, die der Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie entgegenstehen, glauben die Verteidiger dieses Programms doch, in der Gegenwart zahlreiche Tendenzen zu erkennen, die einer Gemeinwirtschaft im Sinne der Wirtschaftsdemokratie zustreben. Wenn wir uns im nachfolgenden mit den tatsächlich vorhandenen Tendenzen und ihrer Deutung für die Zukunft auseinandersetzen, so werden wir uns im wesentlichen auf jene Tendenzen beschränken können, von denen das wirtschaftsdemokratische Programm selbst annimmt, daß sie einer Gesamtwirtschaft zustreben und zwar einer Wirtschaftsdemokratie; dies sind nicht in erster Linie die Konsumgenossenschaften, die staatlichen und kommunalen Betriebe, auch nicht die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau, — daß diesen Wirtschaftsformen Grenzen gesetzt sind, ist man sich durchaus bewußt — hier handelt es sich vielmehr um die Wandlungen des Kapitalismus selbst, an die die wirtschaftsdemokratischen Gedanken anknüpfen. Man glaubt, „daß die Entwicklung des Kapitalismus von der freien Konkurrenz zu monopolistischen Organisationen einen bestimmenden Einfluß ausübt und ausüben muß auf die Formen, in denen sich die Wandlung von der kapitalistischen Wirtschaft zur Gemeinwirtschaft vollziehen wird. Demokratisierung durch unmittelbare Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Organisationen der Wirtschaftsführung, die auch den Keim zu einer neuen, nicht vom Besitzmonopol ausgehenden wirtschaftlichen Führerauslese darstellt, und Demokratisierung durch wachsende Unterwerfung der organisierten Wirtschaftsmächte unter die Macht des demokratischen Staates, das sind zwei Wege, auf denen sich die Umgestaltung des Wirtschaftssystems an wichtigen Punkten der Wirtschaft anzubahnen beginnt, und auf denen es die Aufgabe der Arbeiterschaft ist, die Entwicklung vorwärts zu treiben im gleichzeitigen Interesse ihres sozialen Aufstiegs und der Sicherung der Entfaltung aller produktiven Kräfte in der Gesamtwirtschaft“ [68]).

Es ist nun nicht zu leugnen, daß in der gegenwärtigen Wirtschaft sich verschiedene Tendenzen nachweisen lassen, die eine solche Prognose rechtfertigen könnten. Durch unser Wirtschaftsleben geht heute ein starker Zug zu korporativer Gestaltung. Vergleichen wir nur den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, der durch eine freie, ungehinderte Konkurrenz gekennzeichnet wird, mit dem modernen „organisierten“ Kapitalismus als einer stark „gebundenen“ Wirt-

[68]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 34 f.

schaft, so ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft sich in ihrem strukturellen Aufbau bedeutend gewandelt hat. Überall sehen wir heute Bindungen, gewollte und ungewollte, die die Freiheit des Einzelnen einengen. Denken wir nur an die zahlreichen Kartell- und Trustbindungen nationaler und internationaler Art, an die Zusammenschlüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, denken wir ferner an die Bindungen im Handwerk und in der Landwirtschaft, an Genossenschaften und Innungen, richten wir unser Augenmerk auf die Spitzenverbände in Handel und Industrie, auf das immer weitere Vordringen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand, erinnern wir uns an die gerade in Deutschland weit ausgebaute Sozialpolitik, unterschätzen wir auch nicht die tiefeinschneidende Beeinflussung der Wirtschaft von seiten des Staates durch Tarifverträge, durch das Schlichtungswesen wie überhaupt durch die Wirtschaftspolitik; gerade diese Institutionen sind es, die der modernen Wirtschaft das Gepräge geben.

Da liegt es vielleicht doch nahe, in all diesen Bindungen eine starke Tendenz zur Gemeinwirtschaft zu erblicken. Von der größten Bedeutung sind hierbei die industriellen Unternehmungszusammenschlüsse, also vor allem die Syndizierung, Kartellierung und Vertrustung der Industrie. Immer mehr konzentriert sich die Leitung oft ganzer Industrien an der Spitze dieser wirtschaftlichen Gebilde, wodurch in wenige Hände eine ungeheure Macht und Verantwortung gelegt wird. Durch diese zunehmende Konzentration wird aber die gesamte Wirtschaft einheitlicher und übersichtlicher, die Marktschwankungen werden immer mehr beseitigt, die Wirtschaft gelangt in höherem Maße in die Gleichgewichtslage, eine Tatsache, die die gegenwärtige Krise bestätigt. Diese Tendenzen sollen nun, wie die freien Gewerkschaften annehmen, zu einer Gemeinwirtschaft führen, auf der eine Wirtschaftsdemokratie errichtet werden kann.

Es fragt sich aber, ob diese strukturelle Veränderung des Kapitalismus als Vorbote einer Wirtschaftsdemokratie oder, sagen wir ganz allgemein, als Tendenz zu einer Gemeinwirtschaft im Sinne einer zentralen Leitung des gesamten Wirtschaftslebens gedeutet werden kann. Die Frage ist keineswegs neu; nur der Begriff der Wirtschaftsdemokratie ist hier der einzig neue Bestandteil in der Fragestellung. In Wirklichkeit handelt es sich um uralte marxistische Gedankengänge, denen wir hier begegnen. Es ist die Konzentrationstheorie von Marx, die nur eine andere Prägung erfahren hat. Was Marx vor mehr als 6 Jahrzehnten — damals vielleicht noch mit einem gewissen Recht — behauptet hat, daß nämlich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die kleineren Betriebe von den mittleren, die mittleren von den großen gleichsam aufgesogen werden bis nur noch einige wenige Unternehmungen übrig bleiben, von diesem Irrtum konnte sich auch das wirtschaftsdemokratische Programm nicht frei machen.

Die freien Gewerkschaften sind allerdings nicht die einzigen, die die Konzentration der modernen Wirtschaft als Entwicklungstendenz zum Sozialismus oder zur Wirtschaftsdemokratie ansehen. Eine große Zahl der modernen Theoretiker huldigt der gleichen Auffassung, mögen auch die Vorstellungen über die kommende sozialistische Wirtschaft auseinandergehen. So z. B. hat sich Schumpeter die Frage vorgelegt, „ob eine Tendenz nach dem Ideal des Sozialismus in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen unserer Zeit ganz unabhängig von Wünschen und politischen Tendenzen zu erkennen ist“, und diese Frage mit einem „glatten Ja“ beantworten zu können geglaubt[69]). Auch Amonn sieht in

[69]) Schumpeter glaubt, daß der „Rationalisierungsprozeß nach und nach dem Sozialismus näher führen und den Übergang dazu erleichtern muß. Immer

der Monopolisierung ganzer Wirtschaftszweige die Möglichkeit einer einheitlichen Leitung gegeben [70]). Sogar von betriebswissenschaftlicher Seite wird ein Werden sozialistischer Wirtschaft prophezeit. So behauptet Schmalenbach, die fixen Kosten würden die modernen kapitalintensiven Großbetriebe zwingen, ihre Kapazität trotz mangelnder Nachfrage nicht nur voll auszunutzen, sondern auch noch dauernd zu vergrößern; diese fixen Kosten aber würden einen Industriezweig nach dem andern aus der freien Wirtschaft heraus in die gebundene Wirtschaft hineindrängen. Diese ganze Entwicklung sei aber im Grunde genommen nichts „anders als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben. Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen“ [71]).

Die Beispiele ließen sich noch beliebig vermehren. Immer wieder tritt der Gedanke in den Vordergrund, die Wirtschaft werde in Zukunft als einheitliches Ganzes von einer zentralen Stelle aus geleitet werden können. Wir sehen, die Ansichten der genannten Theoretiker weichen garnicht so sehr von derjenigen ab, die wir in der Wirtschaftsdemokratie der freien Gewerkschaften kennenlernten. Handelt es sich bei den Theoretikern nur um eine Prognose, so wird bei den freien Gewerkschaften die Prognose zum Postulat.

Und doch ist diese Prognose nicht überzeugend. Daß das gesamte Wirtschaftsleben von einer Gemeinwirtschaft abgelöst werden soll, die zugleich eine Gesamtwirtschaftsführung, auch im Sinne der Wirtschaftsdemokratie, ermöglichen soll, bedeutet eine Radikallösung schlechthin. Jede Radikallösung aber wirkt in den Massen der Arbeiterschaft bestechend, ja bezaubernd, sie ist einfach und einleuchtend und für eine Agitation nur zu geeignet; aber der Wirklichkeit trägt sie nur wenig Rechnung. Es widerspricht aller bisherigen Erfahrung, für die Zukunft nur die Alleinherrschaft e i n e s Wirtschaftssystems anzunehmen. Die Gefahr lag zweifellos nahe, im Rahmen eines gewerkschaftlichen Programms die unleugbar vorhandenen Tendenzen so zu deuten, daß sie alle der erhofften Wirtschaftsdemokratie zustreben. Der Wunsch wurde zum Vater des Gedankens. Ihre Wünsche und Forderungen, ihre sittlichen Überzeugungen machten die Gewerkschaftler zum Ausgangspunkt der Untersuchung und ließen sie die kommende Wirtschaftsentwicklung so sehen, wie sie es für wünschenswert halten, nicht aber wie sie sich vermutlich gestalten wird.

Diese Art von Prognose, die in Anlehnung an die Konzentrationstheorie von Marx in der Literatur einen so reichen Niederschlag gefunden hat, hat Som-

---

übersichtlicher gestaltet er die Wirtschaft, immer vollständiger schaltet er alte wirtschaftliche und soziale Gebilde aus . . . Ist einmal diese Entwicklung weit genug, so ist es kein Widerspruch, wenn wir sagen, daß die in den wirtschaftlichen Dingen und Denkgewohnheiten gleichsam materialisierte Zweckmäßigkeit dann durch eine Zentralleitung fortgeführt werden, ja daß vielleicht ihre weitere Vollendung einer solchen Zentralgewalt sogar bedürfen kann — einer Ersetzung des automatischen durch den bewußten Rationalisierungsprozeß.“ (J. Schumpeter: Sozialistische Möglichkeiten von heute. „Arch. f. Sozialw. u. Sozialp.“ 48. Bd. 1921 S. 312 u. 316 f.)

[70]) „Je weiter sich diese Entwicklung ausdehnt, über je mehr Produktionszweige sie sich erstreckt, um so mehr werden wir tatsächlich — ganz unversehens, ganz von selbst — aus unserer individualistisch-kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaftsordnung hineinwachsen.“ (Alfred Amonn: Die Hauptprobleme der Sozialisierung. Leipzig 1920 S. 89.)

[71]) Schmalenbach: Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung. „Zeitschr. für handelswissenschaftl. Forschung“. 22. Jahrgang 6. Heft 1928 S. 242.

bart eine Art von sozialem Monismus genannt, eine Prognose, wonach ein Wirtschaftssystem das andere gleichsam aufsaugt. Am Ende der Entwicklung stünde die Wirtschaft als Einheit, als Ganzes, mit einer gewissen Einförmigkeit des Aufbaues an Stelle der Vielgestaltigkeit des heutigen Wirtschaftslebens.

Dem sozialen Monismus müsse, wie Sombart meint, „ein sozialer Pluralismus, d. h. die Ansicht entgegengesetzt werden, daß die Entwicklung sich nicht in der Weise vollzieht, daß ein Wirtschaftssystem von dem andern verdrängt wird, sondern in der Weise, daß neben ein vorhandenes Wirtschaftssystem ein anderes Wirtschaftssystem tritt, daß zu den vorhandenen Wirtschaftssystemen neue hinzutreten, so daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Gestalt gleichsam einer Fuge abspielt, bei der zu den alten Stimmen eine neue Stimme hinzutritt, die alten Stimmen aber weitertönen. So haben wir uns nun auch die Entwicklung zu denken, daß neben dem Kapitalismus andere Wirtschaftssysteme teils noch, teils wieder bestehen“ [72]).

Insofern steht Sombart allerdings der gewerkschaftlichen Auffassung nahe, als auch er glaubt, daß die Periode des Hochkapitalismus vorüber sei; der Kapitalismus sei bereits in seine Spätepoche eingetreten, die Sombart als Spätkapitalismus bezeichnete, womit ohne Frage die Tendenzen des Niederganges und der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ihre Charakterisierung finden sollten.

Ob wir den gegenwärtigen Kapitalismus als Hoch- oder schon als Spätkapitalismus zu bezeichnen haben, mag dahingestellt bleiben. Eckert beispielsweise, der sich mit der Sombartschen Prognose sehr eingehend auseinandergesetzt hat, gelangt nicht zu völlig abweichenden Meinungen, wohl aber zu Abschattierungen seiner Ideen; er versucht graduelle und seitliche Verschiebungen, eine Art Schwerpunktverlegung zu dem Gang der Entwicklung. Eckert glaubt an eine weitere Aufstiegsperiode des Kapitalismus, bis seine Wirtschaftsweise sich über die ganze Welt verbreitet haben wird [73]). Eine ähnliche Auffassung vertritt übri-

---

[72]) „Neben dem Kapitalismus werden zunächst die vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme in dem bisherigen Umfang . . . weiter bestehen, die bisherigen vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme, also Eigenwirtschaft, Handwerk, Bauerntum. Die Eigenwirtschaft wird auf dem Lande und voraussichtlich auch in der Stadt eher zunehmen als abnehmen im Zusammenhang mit einer Neugestaltung des Siedlungswesens, wie wir sie ja bekommen werden. Das Handwerk im weitesten Sinn erhält seinen alten Bestand . . . Das Bauerntum endlich geht jetzt erst seiner glücklichen Entwicklung entgegen. In manchen Ländern wird es noch ausgedehnt werden . . . In vielen Ländern beginnt erst jetzt das, was man die Bauernbefreiung, wenigstens in ökonomischem Sinn, nennen kann.

Die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme aber werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach erst recht entfalten, also gemischt-öffentliche Unternehmungen, Staats- und Gemeindebetriebe, Genossenschaften u. dgl. Sie werden sich weiter entwickeln, weil sie gewollt werden, weil hinter ihnen starke Kräfte des Gesellschaftslebens stehen, die derartige Wirtschaftssysteme anstreben.“ (Sombart: Die Wandlungen des Kapitalismus, in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“. Bd. 175 S. 36 f.)

[73]) „Noch ist der Kapitalismus im ganzen im Aufstieg und wird in diesem Aufstieg bleiben, bis seine Wirtschaftsweise über die weite Welt verbreitet sein wird . . . Das kapitalistische Wirtschaftssystem kann sich noch halten und ausdehnen. Die vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme werden, auch wo sie in ihrem bisherigen Umfang verbleiben, ihm wenig Eintrag tun. Die nachkapitalistischen Wirtschaftssysteme werden zunehmend an Bedeutung gewinnen; aber es wird voraussichtlich noch geraume Zeit vergehen, ehe sie dem Kapitalismus auf den Hauptgebieten seiner Lebensäußerungen ernstlich Eintrag tun. Das

gens auch die nachmarxistische Theorie — der Neomarxismus. Es ist die Phase des Imperialismus, die der Kapitalismus aus seinem Zwange zur Akkumulation heraus durchschreiten muß, solange es noch vor- und nichtkapitalistische Räume auf der Welt gibt. Der Kapitalismus wäre demnach erst am Ende, wenn alle Staaten kapitalistisch wirtschaften und gleichmäßig kapitalistisch entwickelt sind. Mit dem Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat es also noch geraume Zeit [74]).

Wir sehen, die Tendenzen der Gegenwart lassen recht verschiedene Prognosen zu; wollte man die eine oder die andere als „richtige" Prognose bezeichnen, so hieße das die Dignität einer Prognose überschätzen. Ein beredtes Zeugnis, wie verschieden die gegenwärtigen Tendenzen gedeutet werden können, ist die Debatte, die sich auf der Züricher Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1928 an Sombarts Referat über die Wandlungen des Kapitalis-

---

persönliche Ertragsstreben beherrscht immer noch alle, wirklich alle Wirtschaftssubjekte, auch die nachkapitalistischen." (Eckert: Aussichten des Kapitalismus, in „Weltw. Archiv". 29. Bd. 1929 I S. 22.)

[74]) Der Kapitalismus ist diejenige Wirtschaftsform, „die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet". (Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, Paul Singer, Berlin 1913 S. 445 f.)

Fritz Sternberg (Der Imperialismus, Malik Verlag Berlin o. J.) hält die Luxemburgsche Kritik der Marxschen Schemata für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses „in allen entscheidenden Punkten für richtig und begründet" (S. 87); er empfiehlt daher der Arbeiterschaft nicht auf eine Sozialisierungsreife, wie sie sich nach Marx im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft entwickeln sollte, zu warten. „Diese Sozialisierungsreife muß sich nicht ergeben". (S. 332). Sternberg meint, daß „der Geschichtsverlauf in jedem Falle ein anderer sein muß, als Marx es voraussagte, voraussagen konnte" (S. 266) und weist nach, „daß auch nach Einbeziehung der ganzen Erde in den kapitalistischen Prozeß die Entwicklung nicht nach dem Marxschen Schema verlaufen muß, im Gegenteil, daß dies mehr als unwahrscheinlich ist." (S. 301). Er hält es daher auch für „eine der gefährlichsten Illusionen der Arbeiterklasse, einen friedlichen Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus, einen friedlichen Übergang zu einer mehrwert- und damit klassenfreien Gesellschaft für möglich zu halten." (S. 321). „Eine sozialistische Partei, die noch nicht zu der Erkenntnis durchgedrungen ist, daß der Kapitalismus nur durch Revolution zu beseitigen ist, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein langer Raum revolutionärer Umwälzungen steht, eine Periode, in der die Diktatur notwendig ist, eine sozalistische Partei, die dies noch nicht erkannt hat, ist keine sozialistische Partei." (S. 359).

Vgl. auch: Franz Oppenheimer: Fritz Sternbergs Imperialismus, in „Archiv f. Sozialw. u. Sozialp." 57. Bd. Tübingen 1927 und Arthur Salz: Die Zukunft des Imperialismus, in „Weltw. Arch." hgg. v. Harms, 32. Bd. Heft 2 Fischer, Jena 1930.

Auch nach Hilferding (Das Finanzkapital 2. Aufl. Wien 1920) hört der Sozialismus auf, „ein fernes Ideal zu sein, hört selbst auf, ein „Endziel" zu sein, das nur richtunggebend auf die „Gegenwartsforderungen" einwirkt, und wird zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbaren praktischen Politik des Proletariats. Gerade in jenen Ländern, in denen sich die Politik des Bürgertums am vollständigsten durchgesetzt hat, die politisch-demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse in ihren sozial bedeutsamsten Stücken verwirklicht sind, muß der Sozialismus als einzige Antwort auf den Imperialismus in den Vordergrund der Propaganda gerückt werden, um die Unabhängigkeit der Arbeiterpolitik zu sichern und ihre Überlegenheit zur Wahrung der proletarischen Interessen zu erweisen." (S. 505). „Die offenkundige Besitznahme des Staates durch die Kapitalistenklasse zwingt unmittelbar jeden Proletarier das Streben nach Eroberung der politischen Macht auf, als dem einzigen Mittel, seiner Exploitation ein Ende zu setzen." (S. 507).

mus anschloß; seine Ausführungen, die sich im wesentlichen mit dem decken, was er am Schluß des dritten Bandes seines „modernen Kapitalismus“ sagt, blieben nicht unwidersprochen. Man mag sich nun zu den Ausführungen im einzelnen stellen wie man will, soviel scheint mir sicher: die von Sombart aufgestellte Prognose hat einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit gegenüber der wirtschaftsdemokratischen Prognose der freien Gewerkschaften.

Der Grundfehler der gewerkschaftlichen Prognose scheint mir vor allem darin zu liegen, daß der Rahmen der Untersuchung wohl weit gespannt worden ist, aber doch nicht weit genug, um die Fülle der Entwicklungstendenzen in ihrer Gesamtheit beurteilen zu können. Von der Eigenwirtschaft, vom Handwerk, vom Bauerntum erfahren wir so gut wie nichts. Wohl werden in der gewerkschaftlichen Veröffentlichung die öffentlichen Betriebe, die Konsumgenossenschaften, die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe gewürdigt, d. h. aber doch immer nur nachkapitalistische Wirtschaftsorganisationen, während sich die Untersuchung im übrigen auf den Kapitalismus selbst beschränkt; es mangelt an dem nötigen Verständnis, die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit und vor allem auch in ihrer weltwirtschaftlichen Verflochtenheit zu betrachten.

So konnte eine Überschätzung des Geltungsbereiches des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht ausbleiben, gerade jenes Systems, in dessen Bannkreis die gewerkschaftlichen Mitglieder sich Tag für Tag befinden. Und innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind die tatsächlich vorhandenen Tendenzen teils irrtümlich gedeutet, teils überschätzt worden. Es wird nicht genügend beachtet, daß Kartelle, Konzerne, Syndikate, Trusts, ja auch die Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau einzelwirtschaftliche Gebilde sind, die sämtlich einer besonderen und sogar sehr ausgeprägten Führung unterliegen, einer Führung, die auch in der Gegenwart nicht als schlechthin autonom bezeichnet werden kann; vielmehr sind diese Großunternehmungen immer noch, wenn auch in eingeschränktem Maße, am Preisbildungsprozeß d. h. also am Markt orientiert.

Eine Konkurrenz besteht nach wie vor; wohl hat der Konkurrenzkampf andere Formen angenommen, wohl besitzt er nicht mehr die Intensität wie in der Frühepoche des Kapitalismus, an seinem Vorhandensein aber ist nicht zu zweifeln. An die Stelle der Individualkonkurrenz ist die Gruppenkonkurrenz getreten. Der Konkurrenzkampf, das Erwerbsstreben und insbesondere die Unternehmerfunktionen werden in der Denkschrift über die Wirtschaftsdemokratie nicht voll gewürdigt, statt dessen wird die Zuflucht zu einer Organisation genommen, die in bezug auf die Wirtschaft als unmöglich erscheinen muß. Die Bindungen, die wir in der Gegenwart vorfinden, weisen nicht auf eine Entwicklung zu einer Gesamtwirtschaft hin. Auch Zwing, der den wirtschaftsdemokratischen Gedanken selbst befürwortet, warnt, „sich nur auf die laufenden Tendenzen eines Entwicklungsvorganges zu verlassen, denn diese können durch Hemmungen und gut vorbereitete Umleitungen leicht eine andere Richtung nehmen und kommen bei dem gewünschten Ziel garnicht an“ [75]). Die Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems erblicken in den Bindungen sogar das Zurückfinden der Wirtschaft zu ihrer wesensgemäßen, ihrer natürlichen Organisations-

[75]) Karl Zwing: Wirtschaftsdemokratie, Wesen, Voraussetzungen und Möglichkeiten, „Gewerkschaftsarchiv“ 2. Jahrg. Nr. 3 Bd. III Sept. 1925 S. 126.

form [76]). Wird man diese Auffassung auch nicht für richtig halten können, so wird man auf der anderen Seite die Entwicklungstendenzen der Gegenwart auch nicht in der Weise deuten dürfen, daß sie als Vorboten der erhofften Wirtschaftsdemokratie angesehen werden können. Man mag die Gegenwart als Hochkapitalismus oder Spätkapitalismus bezeichnen, mit dem Kapitalismus als herrschendem Wirtschaftssystem müssen wir wohl auf lange hinaus noch rechnen. Für die naheliegende Zukunft wird man vielleicht eher eine Stabilisierung dieses Systems als seine Überwindung vermuten dürfen.

Blicken wir nun zurück, so sehen wir, daß es zahlreiche Bedenken waren, die wir gegen die Möglichkeit einer Wirtschaftsdemokratie erhoben haben und die uns dieses Postulat als undurchführbar erscheinen ließen. Auch die Wirtschaftsdemokratie als Prognose betrachtet vermochten wir keineswegs anzuerkennen. Vielleicht sind es dieselben Zweifel und Bedenken gewesen, die einsichtsvollere Gewerkschaftler, deren Blick mehr auf die Wirklichkeit gerichtet ist, veranlaßte, von dem weitgesteckten Ziel der Wirtschaftsdemokratie Abstand zu nehmen, um sich für das engere Ziel: die Demokratisierung der Wirtschaftsführung im kapitalistischen Wirtschaftssystem einzusetzen. Ob es aber möglich ist, die Wirtschaftsführung im kapitalistischen System demokratisch zu gestalten, das zu untersuchen wird die Aufgabe der nächsten Kapitel sein.

---

[76]) „Die Konkurrenzwirtschaft ist in ihrer heutigen Form eine reinere Verwirklichung des Konkurrenzprinzips als es irgendeine „freie" Konkurrenzwirtschaft sein könnte". (Halm: Die Konkurrenz. München u. Leipzig 1929 S. 155.)

III. Teil.

1. Kapitel.

Die Demokratisierung der Wirtschaftsführung im Kapitalismus.

Die freien Gewerkschaften standen von jeher der Gedankenwelt des Revisionismus näher als die sozialdemokratische Partei. Ihr täglicher Kampf zwang sie, die Augen nicht nur auf ein weitgestecktes Ziel zu richten, sondern schon in der Gegenwart zu versuchen, ihre Forderungen soweit wie möglich zu verwirklichen. Gerade das letzte Jahrzehnt hat die gewerkschaftlichen Kreise in diesem Glauben gestärkt.

Auch hinsichtlich der Wirtschaftsdemokratie geht die Meinung der gewerkschaftlichen Kreise, soweit sie das Programm überhaupt befürworten, dahin, daß die Arbeiterschaft noch nicht genügend Macht hat, „um das Endziel zu verwirklichen, aber schon zu viel Macht, um den Blick nur auf ein fernes Zukunftsziel zu richten, genügend Macht, um täglich im Kampf um die Durchsetzung neuer Wirtschaftsformen zu ringen“ [77]).

Aus der zahlreichen Literatur über die Wirtschaftsdemokratie geht auch klar hervor, daß sich die Gewerkschaften für das engere Ziel dieses Programms: die Demokratisierung der Wirtschaftsführung im kapitalistischen Wirtschaftssystem viel mehr interessieren und stärker einsetzen, als ihre Hoffnungen lediglich auf die vollendete Wirtschaftsdemokratie zu setzen. Naphtali hat diese Kampfstellung der Gewerkschaften auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß auch näher begründet: „Wenn man also sagt, im Endziel sei Wirtschaftsdemokratie nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zu erreichen, so stimme ich dem restlos zu. Wenn man aber weiter sagt, deshalb interessiert uns das ganze Problem heute nicht, so widerspreche ich dem mit allem Nachdruck. Gerade weil wir diesem Endziel näher kommen wollen, müssen wir uns mit dem Wege beschäftigen; dieser Weg ist ein Weg der Demokratisierung“ [78]).

Auf diesem Wege soll die Wirtschaftsdemokratie verwirklicht werden. Die Konsumgenossenschaften, die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die staatlichen und kommunalen Betriebe wie auch die Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau sollen diesen Kampf unterstützen. Der Kampf für eine demokratische Ausgestaltung der Wirtschaftsführung richtet sich aber in erster Linie gegen die Unternehmerautokratie innerhalb des kapitalistischen Systems, eine Unternehmerautokratie, die nicht nur in den einzelnen Privatunternehmungen, sondern vor allem auch in den monopolartigen Wirtschaftsgebilden — den Kartellen, Syndikaten und Trusts — den ihr Unterstellten Tag für Tag zum Bewußt-

[77]) Naphtali: „Debatten zur Wirtschaftsdemokratie“ in „Die Gesellschaft“. VI. Jahrg. Heft 3 März 1929 S. 215.

[78]) Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. S. 174.

sein kommt; sie ist es, gegen die sich der Kampf richtet. Die bestehende Diskrepanz zwischen politischer Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Abhängigkeit wird als unerträglich empfunden. Aus ihr resultiert die Forderung der Arbeiterschaft nach Teilnahme an der Führung der Einzelunternehmen, ja die Arbeiterschaft will das Steuer der Wirtschaft selbst in die Hand bekommen.

Wir haben bereits gesehen, daß das wirtschaftsdemokratische Programm in seinem engeren und weiteren Verstande das Führungsproblem in der Wirtschaft behandelt. Wollte die Wirtschaftsdemokratie die Führung der Einzelunternehmungen einem öffentlichen Gemeinwesen übertragen, so beschränkt man sich bei der Demokratisierung der Wirtschaftsführung innerhalb des Kapitalismus darauf, die Arbeiterschaft an der Führung der Einzelunternehmungen maßgebend zu beteiligen. Wie über die Wirtschaftsdemokratie so wird auch über die Demokratisierung der Wirtschaftsführung nichts Näheres in bezug auf Durchführung und Verwirklichung gesagt. Nur mit der prinzipiellen Seite dieser Frage können wir uns daher auseinandersetzen.

Im Mittelpunkt des Problems steht die Bedeutung des Unternehmers für die kapitalistische Wirtschaft. Die Stellung des Sozialismus zum Unternehmertum hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt; immer mehr erkennt man die Bedeutung der Unternehmerfunktionen. „Es geht etwas wie die Entdeckung des Unternehmers durch die neueste sozialistische Literatur“ [79]). Auch das wirtschaftsdemokratische Programm hat das Problem erkannt: „Das Problem, das sich bei einer solchen Umgestaltung zeigt, ist die Erhaltung der Unternehmerfunktion in der Wirtschaftsführung bei Aufhebung der Herrschaftsgrundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, auf dem sie heute noch beruht“ [80]). Wir werden aber sehen, daß es gerade die Stellung des Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft ist, die in dem wirtschaftsdemokratischen Programm nicht voll gewürdigt worden ist.

Wenn wir in den nachfolgenden Kapiteln also zu untersuchen haben, ob Kapitalismus und demokratische Wirtschaftsführung sich miteinander verbinden lassen, so müssen wir zunächst einmal feststellen, welche Aufgaben überhaupt der Wirtschaftsführung im kapitalistischen Wirtschaftssystem zufallen, d. h. aber, welche Funktion der Unternehmer im Kapitalismus zu erfüllen hat.

2. Kapitel.

Die Funktionen des Unternehmers.

Es kann sich im Rahmen dieser Arbeit nicht darum handeln, die zahlreichen Funktionen der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft im einzelnen zu würdigen; vielmehr werden wir uns darauf beschränken können, den Wirkungskreis des kapitalistischen Unternehmers in seiner Wesensart klar zu erkennen.

Diese Erkenntnis ist nun dadurch erschwert, daß die Ansichten über den Begriff des kapitalistischen Unternehmers auch heute noch sehr weit auseinandergehen; die Frage, wer Unternehmer ist, hat in der Literatur eine recht

[79]) Schumacher: Gegenwartsfragen des Sozialismus, „Schmollers Jahrb.“ I 1920 S. 14.

[80]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 48.

verschiedene Beantwortung gefunden. Brentano beispielsweise betrachtet sogar den Arbeiter, der lediglich mit ausführender Arbeit beschäftigt wird, als Unternehmer [81]). Daß der Arbeiter aber nicht für die Deckung des eigenen Bedarfs arbeitet und daß er das Risiko der Verwertung seiner Arbeitskraft selbst zu tragen hat, stempelt ihn gewiß noch nicht zum Unternehmer. Auch die Trennung zwischen leitender und ausführender Arbeit innerhalb einer Unternehmung gibt noch kein Kriterium, um die lediglich mit der Leitung betrauten Personen als Unternehmer anzusehen, wie es Pohle annimmt [82]); denn das hieße ja die Größe einer Unternehmung als Kriterium wählen. Unternehmer wird sich zweifellos auch der nennen dürfen, der neben der Wahrnehmung der Unternehmerfunktionen sich an der ausführenden Arbeit beteiligt. Mag diese Personalunion in unserer heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft auch relativ selten vorkommen, so ist deren theoretische Erkenntnis doch nicht ohne Wert. Gerade die Arbeitszergliederung, die heute ein so ungeheures Ausmaß angenommen hat und die sich nicht nur auf die ausführende Arbeit beschränkt, sondern in zunehmendem Maße auch den Funktionsbereich des Unternehmers zu zersetzen droht, gerade sie ist es ja, die uns heute die Frage, wer Unternehmer ist, so schwer beantworten läßt. Immer schwieriger wird es heute zu sagen, wo der Unternehmer aufhört und der Arbeiter oder der Angestellte anfängt. Auch die unmittelbare Beteiligung an dem geschäftlichen Erfolge in Verbindung mit einem gewissen Einfluß auf die Geschäftsführung, wie Sombart seiner Zeit annahm, gewährt noch kein Unterscheidungsmerkmal für den Unternehmer [83]). Wir müssen schon tiefer schürfen, um in unserer heutigen Wirtschaftsordnung auf den eigentlichen Unternehmer zu stoßen. Vergegenwärtigen wir uns zuvor einmal kurz die Stellung des Unternehmers in der kapitalistischen Wirtschaft.

In jedem Wirtschaftssystem ist es die Aufgabe der Produktion, die für die Konsumtion erforderlichen Sachgüter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Diese Bereitstellung erfolgt in der kapitalistischen Wirtschaft in Unternehmungen, an deren Spitze die Unternehmer stehen. Ganz allgemein liegt also die Leitung der Produktion in ihren Händen; sie bestimmen Richtung und Umfang der Produktion, die Beschaffung von Kapital und Arbeitskräften gehört zu ihrem Aufgabenbereich. Sie stellen den Arbeitsplan auf für das Unternehmen, sie leiten und überwachen den Betrieb, sie sorgen für den Absatz der Produkte; kurzum, der Unternehmer ist die treibende Kraft in der kapitalistischen Wirtschaft. Aus diesen Funktionen resultiert auch die Machtstellung des Unternehmers innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses; aus seinem Wirkungskreis erwächst ihm die Führerschaft auf wirtschaftlichem Gebiet.

In der allgemeinen Unternehmerfunktion, wie wir sie eben kurz gekennzeichnet haben, sind nun eine große Zahl der verschiedensten Einzelaufgaben enthalten, verschieden nicht nur nach dem Inhalt der kapitalistischen Unternehmungen, sondern auch nach der Form der Unternehmung, ihrer Größe, ihrer Entwicklung. Können wir hier auch die Verschiedenheiten der einzelnen Funktionsbereiche außer Betracht lassen, so müssen wir um so mehr das allen Unter-

[81]) L. Brentano: Der Unternehmer, in „Volksw. Zeitfragen" Heft 225, Berlin 1907 S. 19 u. 26.

[82]) L. Pohle: Der Unternehmerstand, in „Vorträge der Gehe-Stiftung". Leipzig und Dresden 1911 3. Bd. S. 7.

[83]) Sombart: Der kapitalistische Unternehmer, „Arch. f. Sozialw. u. Sozialp." 1909 29. Bd. Heft 3 S. 720.

nehmerfunktionen Gemeinsame in den Vordergrund der Untersuchung stellen. Da ist es zunächst von großer Bedeutung, die mannigfachen Aufgaben des Unternehmers nach zwei Richtungen hin näher zu charakterisieren.

In jeder Unternehmung müssen wir nämlich deutlich zu unterscheiden versuchen zwischen Führung und Leitung. Führung ist, von der Unternehmung aus gesehen, die nach außen gerichtete Tätigkeit des Unternehmers, die Orientierung am Markt; in dieser Tätigkeit ruht das spekulative Moment der Unternehmerfunktion [84]). Die Leitung dagegen bezieht sich lediglich auf die Organisation des Unternehmens, bzw. der einzelnen Betriebe. Jeder Unternehmer also, soweit er beide Funktionsbereiche in seiner Person vereinigen will, muß gleichsam einen Januskopf haben: das eine Gesicht beobachtet lediglich den Marktzusammenhang, in den die Unternehmung eingegliedert ist, das andere Gesicht richtet seinen Blick dagegen auf die rationelle Betriebsführung, auf die zweckmäßigste Organisation innerhalb der Unternehmung. Theoretisch lassen sich diese beiden Seiten der Unternehmerfunktion wohl trennen, in der Praxis aber werden sich beide Wirkungssphären vielfach überschneiden.

Nun wissen wir, welche große Bedeutung das Prinzip der Arbeitsteilung gerade im kapitalistischen Wirtschaftssystem gehabt hat. Auch für den Funktionsbereich des Unternehmers lassen sich in dieser Beziehung mehrfache Wandlungen feststellen. Erinnern wir uns beispielsweise nur an die Loslösung des Unternehmertums vom Kapitalbesitz; sie ist eine Tatsache, an der auch das wirtschaftsdemokratische Programm der freien Gewerkschaften nicht vorübergehen konnte. Immer mehr treten heute die Eigen- und Einzelunternehmungen zurück. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat dieser Entwicklungsprozeß große Fortschritte gemacht. Wir können heute keineswegs mehr Unternehmer und Kapitalist identifizieren, wie Marx es noch tun konnte. Diese Entwicklung ist es auch, die die freien Gewerkschaften veranlaßte, in ihrem Programm nicht in erster Linie eine Enteignung der Besitzer von Produktionsmitteln zu verlangen, ihre Forderung richtete sich vielmehr, wie wir sahen, auf eine Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung.

Doch diese Trennung des Unternehmers vom Kapitalbesitz berührt unsere Untersuchung nur indirekt; von größerer Bedeutung dagegen ist die Spezialisation der Unternehmertätigkeit, eine Tendenz, die den Unterschied zwischen Führung und Leitung — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — deutlich hat in Erscheinung treten lassen. Im Lauf der Entwicklung können wir nämlich beobachten, daß der Unternehmer von einem großen Teil seiner Funktionen entlastet wird. Was der Unternehmer alten Stils wohl oder übel auf sich nehmen mußte, wird heute von einer großen Zahl von Spezialisten übernommen. Diese Spezialisation der Unternehmerfunktionen bedeutete aber für den Unternehmer eine große Entlastung, eine Entlastung, die sich in viel stärkerem Maße in der Leitung des Betriebes auswirkte als in der Führung des Unternehmens. Die

---

[84]) Es ist „die divinatorische Voraussicht dessen, was rechnend und forschend nicht vorauszusehen ist; das, was alle Politik und Geschäftskunst entscheidet und sie in Gegensatz zu Wissenschaft und Verwaltung setzt: der Blick für das Kommende. Für die kommende Gestaltung von Zeit und Lage, von Bedürfnis und Technik, von Organisation und Methode. Und dies Kommende handelt es sich nicht bloß dunkel vorzuempfinden und theoretisch zu erkennen, sondern lebendig zu sehen und schöpferisch im Vorhandenen zu verankern". (Walther Rathenau: Vom Aktienwesen, Berlin 1922 S. 46 f.)

Abtrennung aller Nebenfunktionen ließ die spezifische Unternehmeraufgabe — die Führung der Unternehmung — stärker in den Vordergrund treten.

Eine in der Literatur bisher unausgetragene Frage ist es nun, ob auch die Leitung des Betriebes oder der Unternehmung als spezifische Unternehmerfunktion anzusehen sei. Daß zwischen beiden Tätigkeitsbereichen ein Gradunterschied besteht, dürfte nicht zweifelhaft sein; fraglich ist nur, ob auch ein Artunterschied nachzuweisen ist. Die Ansichten sind geteilt; die einen meinen, daß die Leitung überhaupt keine spezifische Unternehmertätigkeit sei; sie sei vielmehr eine starke Belastung, die der Unternehmer alten Stils wohl oder übel auf sich nehmen mußte, die heute aber von einer großen Zahl von Spezialisten übernommen worden ist [85]).

Die gegenteilige Ansicht geht dahin, daß nicht nur die Disposition zu einem bestimmten Produktionszweck das Unternehmerhandeln charakterisiert, sondern auch die dauernde Lenkung und Überwachung des Geschehens innerhalb der Unternehmung sowie die dauernde Erhaltung der Unternehmung im Gesamtgefüge der Wirtschaft [86]).

---

[85]) „Im Erkennen und Durchsetzen neuer Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet liegt das Wesen der Unternehmerfunktion". Nur diese „Funktion ist für den Führer wesentlich, für den Begriff der Führung konstitutiv", „während alle andern Funktionen, die mehr oder weniger regelmäßig mit der Führerfunktion verbunden sind, akzessorisch, unwesentlich und von ihr begrifflich trennbar sind". (E. Schumpeter: Art. „Unternehmer" im Handw. d. Staatsw. 4. Aufl. Bd. VIII S. 483 u. 482.) Nach Schumpeter besteht eine Unternehmerfunktion nur dort, wo es Neues, nicht schon erfahrungs- und routinegemäß zu Erledigendes gibt.

Dieser Ansicht pflichtet auch Amonn bei: „Zum Begriff des Unternehmers gehört es . . . nicht, daß man sogenannte „leitende Arbeit" in einem Betrieb verrichtet, worunter man sowohl die technisch-dispositive wie auch die kommerziell-dispositive Betriebsarbeit versteht. Der Unternehmer als solcher hat mit dem Betrieb garnichts zu tun. Wer innerhalb des Rahmens der wirtschaftlichen Verwendungsbestimmung der Produktionsmittel disponiert, kalkuliert, kontrolliert usw. ist der „Betriebsleiter" oder auch „Unternehmungsleiter" und als solcher in der gleichen Stellung wie der „ausführende Arbeiter". Diese Tätigkeit kann bekanntlich auch von angestellten fremden Personen ausgeführt werden." (Amonn: Der Unternehmergewinn, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart. Bd. 3 Wien 1928 S. 260.)

[86]) „Die Leitung ist nicht „der Bedienung einer vorhandenen und gebrauchsfähigen Maschine vergleichbar", sondern eher der Steuerung eines Schiffes, die — auch auf bekannter Bahn — dauernd Übersicht, Initiative, Anpassung erfordert. Es kann nicht jeder Unternehmer ein Kolumbus sein, aber in jeder Unternehmung muß einer auf der Kommandobrücke stehen und die Unternehmung durch alle Fährnisse der wechselnden Wirtschaftslagen hindurchsteuern. Dabei aber geht tatsächlich oft die Leitung in Führung über, wenn der Unternehmer — sei es auch nur, um die Unternehmung auf der bisherigen wirtschaftlichen Erfolgsbasis zu halten — zwangsläufig in neue Bahnen gedrängt wird, „neue Kombinationen" durchführen muß, weil ihn die Konkurrenz dazu zwingt, oft ganz gegen seinen Willen". (Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung S. 21.)

Auch Lohmann will offenbar die scharfe Trennung zwischen Führung und Leitung abschwächen, wenn er darauf hinweist, daß der Betrieb und die Unternehmung, um sich zu behaupten, „einer Art schleichender Gründung, einer ständigen Umorganisation bedarf". (Lohmann: Der Wirtschaftsplan des Betriebes und der Unternehmung, Berlin, Leipzig, Wien 1928 S. 5.)

Pohle geht sogar noch weiter; er erblickt in der Betriebsorganisation und -Leitung eine der Hauptaufgaben, die dem Unternehmer zufällt: „darin besteht ja der Hauptinhalt der Unternehmertätigkeit, das ist die eigentliche Arbeit, die

Für welche Auffassung wollen wir uns angesichts der verschiedenen Beurteilungen entscheiden? Die verschiedene Auffassung über die Leitung eines Betriebes bald als Unternehmertätigkeit bald als ausführende Arbeit liegt wohl zumeist begründet in der schwierigen Grenzziehung zwischen Führung und Leitung. In den zu einem Kartell oder Syndikat zusammengeschlossenen Unternehmungen haben wir allerdings ein Beispiel für eine derartige Trennung. Die Führung der einzelnen Unternehmungen wird in dieser oder jener Hinsicht vom Kartell bzw. Syndikat übernommen, während die Leitung der Betriebe den Unternehmern überlassen bleibt. Und doch: auch hier wird eine reinliche Scheidung unmöglich sein. Von einer bestimmten Handlung wird man wohl kaum genau sagen können, ob sie zu diesem oder jenem Funktionskreis gehört. Immer wird die Aufteilung der Unternehmerfunktion auf verschiedene Personen die erforderliche Kooperation in Direktorenkollegien zur Voraussetzung haben.

Aus dieser verschiedenen Abgrenzung des Funktionenkreises des Unternehmers resultieren auch die verschiedenen Begriffe für den Unternehmer. Bald wird der Begriff enger gefaßt, indem nur die Führung berücksichtigt wird, bald weiter, indem auch die Leitung des Betriebes miteinbezogen wird. Selbst wenn wir nun einräumen, daß auch die Leitung der Unternehmung als Unternehmerfunktion anzusehen sei, so doch nicht als spezifische. Hier handelt es sich nicht um eine Unternehmeraufgabe im eigentlichen Sinne; wir werden uns also der Meinung anschließen können, nach der die spezifische Unternehmerfunktion im wesentlichen durch die selbständige Disposition über die Produktionsmittel charakterisiert wird; diese selbständige Verfügungsmacht ist das Hauptmerkmal der Unternehmerleistung. „Nur wer die wirtschaftliche Verwendungsbestimmung selbst trifft, ist „Unternehmer". Und diese Unternehmerleistung ist eine begrifflich unvertretbare Leistung" [87]).

Diese allgemeine Kennzeichnung der Unternehmerfunktion und damit die Bestimmung derjenigen Personen, die wir in unserer heutigen Wirtschaft als Unternehmer ansehen dürfen, mag für die Zwecke unserer Untersuchung genügen. Der Tatsache aber, daß es sich bei der spezifischen Unternehmerfunktion um eine unvertretbare Leistung handelt, müssen wir recht lebhaft inne werden. Die Unvertretbarkeit der spezifischen Unternehmerfunktion — denn das ist das Entscheidende — macht eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung unmöglich; die Führung ist an die Persönlichkeit gebunden, die ganz bestimmte Eigenschaften und Fähigkeiten für die Unternehmertätigkeit zur Voraussetzung haben muß. Nur wer die Bedeutung der Persönlichkeit gerade für die kapitalistische Wirtschaft verkennt, wird eine Demokratisierung der Wirtschafsführung für möglich und durchführbar halten. Und das ist wiederum einer der Hauptirrtümer des wirtschaftsdemokratischen Programms, daß das persönliche Moment im Unternehmertum nicht genügend gewürdigt worden ist. Die Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit in der kapitalistischen Wirtschaft müssen wir uns daher kurz vergegenwärtigen.

der Unternehmer in der Volkswirtschaft leistet, alle die tausend Geschäfte zu besorgen oder wenigstens ihre Besorgung in letzter Instanz zu überwachen, welche die Errichtung und Leitung eines Betriebes erfordern, in dem eine größere Personenzahl in verschiedener Weise zur Erreichung desselben ökonomischen Zwecks zusammenwirkt." (Pohle: Der Unternehmerstand. S. 12.)

[87]) Amonn: Der Unternehmergewinn. S. 260.

3. Kapitel.

Die Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit.

Mit der Frage nach der Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit für die kapitalistische Wirtschaft berühren wir bereits den Kern des Problems, das mit der Demokratisierung der Wirtschaftsführung aufgeworfen wurde.

Nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung unterliegt es keinem Zweifel mehr, welche große Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalismus die Persönlichkeit der Unternehmer gehabt hat. Lange genug hat sich die Wissenschaft unter dem Einfluß der klassischen Schule, vor allem eines Adam Smith und eines David Ricardo, dieser Erkenntnis verschlossen [88]). Die sozialistischen Denker — mit Ausnahme von Marx, wie wir noch sehen werden — waren vielfach überhaupt unternehmerfeindlich eingestellt [89]); sie sahen im Unternehmer oft nur den Kapitalisten und den Ausbeuter von Arbeitskraft. Es mag sein, daß sich die Bedeutung der vielen kleinen Unternehmer, die der Wirtschaft etwa in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das Gepräge gaben, dem Forscherblick nicht ohne weiteres darbot; für die letzten Jahrzehnte jedenfalls liegt es klar zutage, daß die wirtschaftliche Entwicklung ohne die Leistungen der überragenden Unternehmerpersönlichkeiten garnicht vorstellbar wäre.

Wohl bei keinem Beruf — denn um einen solchen handelt es sich in der Tat — spielt die persönliche Eignung eine so hervorragende Rolle wie gerade bei dem des Unternehmers. Immer mehr hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, daß es zur Erfüllung der Unternehmerfunktionen ganz bestimmter Persönlichkeiten bedarf, an die besondere Anforderungen an Veranlagung und Begabung, an Fähigkeiten und Eigenschaften gestellt werden. Wohl differenzieren sich diese Anforderungen nach den einzelnen Wirtschaftszweigen und nach den Besonderheiten der einzelnen Unternehmungen, doch lassen sich auch allgemeine Forderungen aufstellen, die jeder Unternehmer erfüllen muß, soll er sich seiner Unternehmeraufgabe gewachsen zeigen. Zu diesen allgemeinen Forderungen gehören sowohl die geistige Veranlagung wie auch die Charaktereigenschaften. Wenn wir uns an die im vorigen Kapitel vorgenommene Unterscheidung zwischen Führung und Leitung erinnern, so wird man vielleicht sagen können, daß es für die Führung in erster Linie auf die geistige Veranlagung ankommt, während für den Unternehmungsleiter die Charaktereigenschaften von größerer Bedeutung sind.

Die große Zahl von Eigenschaften und Fähigkeiten, die der erfolgreiche Unternehmer zur Voraussetzung hat, brauchen wir uns hier nicht im einzelnen zu vergegenwärtigen [90]). Durchblättern wir nur einmal die Biographien der großen Wirtschaftsführer, so erhalten wir einen Einblick, der uns zu der Auffassung berechtigt, daß wir es hier mit Menschen ganz besonderer Art zu tun haben, Menschen, die über eine ungeheure Lebenskraft und Tatenlust verfügen, Menschen, die durch ihre Entschlossenheit und ihre Ausdauer, durch die Zähig-

[88]) Vgl. H. Sartorius v. Waltershausen: Die Anthroposoziologie u. die politische Ökonomie Smiths u. Ricardos, in: Politisch-Anthropologische Revue, Hildburghausen 1910/11 9. Jahrg.

[89]) Vgl. Irmgard Feig: Unternehmertum und Sozialismus, Jena 1922.

[90]) Vgl. Sombart: Der Bourgeois, S. 256 f. u. der kapitalistische Unternehmer. S. 742 ff.

keit ihres Willens, durch ihren Wagemut und ihre Kühnheit den Durchschnittsmenschen weit überragen.

Die Unternehmerfunktion wird also nur der wahrnehmen können, der über diese besonderen Eigenschaften verfügt. Da fragt es sich nun, ob wir diese bei allen Menschen gleichmäßig voraussetzen können. Die Frage stellen heißt sie verneinen. Wie die Erfahrung lehrt, können wir wohl auf keinem Gebiete eine gleiche Veranlagung der Menschen voraussetzen; wir können sogar beobachten, daß manche Menschen für gewisse Gebiete überhaupt keine Veranlagung oder Begabung, wie wir es nun nennen wollen, besitzen, daß also hinsichtlich der Anlagen der Menschen nicht nur Grad- sondern auch Artunterschiede nachzuweisen sind. Dieselbe Beobachtung können wir auch für die Unternehmerbefähigung feststellen. Die Unternehmerfunktion ist etwas Persönliches, die nicht von jedermann wahrgenommen werden kann. Die Disposition zur Unternehmertätigkeit erfordert ganz bestimmte Menschen; gerade weil es sich vor allem bei der Führung eines Unternehmens nicht um Routinearbeit handelt, sondern vielfach um das Beschreiten neuer Wege, reicht die durchschnittliche Intelligenz und Willenskraft der Individuen nicht aus. Ja, selbst unter der großen Zahl der Unternehmer sind es immer nur einige wenige, die vorangehen und denen die vielen anderen nachfolgen.

Mit dieser Feststellung müssen wir uns hier begnügen, zumal wir die allgemeine Charakterisierung der Unternehmerpersönlichkeiten, mit der eine Fülle von Problemen verbunden ist, hier nicht weiter erörtern können. So mag es auch dahingestellt bleiben, ob die Dispositionen zur Unternehmertätigkeit an einen ganz bestimmten Menschentypus gebunden sind, wie Scheler und Sombart annehmen. Nach dem heutigen Stand der anthropologischen, rassentheoretischen und biologischen Forschungen wird man darüber kaum etwas Endgültiges aussagen können.

Es bedarf nun keines Beweises, daß es das Ziel jeder Wirtschaftsordnung sein muß, daß wirklich diese wenigen befähigten Wirtschaftssubjekte mit der Führung der Unternehmungen betraut werden; der Ausleseprozeß muß also derart gestaltet sein, daß dem Befähigten die Möglichkeit gegeben ist, ohne große Hemmungen die Führung im Produktionsprozeß zu erlangen. Daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung diese Aufgabe — bis zu einem gewissen Grade wenigstens — gelöst hat, ist nicht zu bestreiten. Einmal sind es die großen Vorteile der Arbeitsteilung, die, wie wir sahen, auch die Unternehmertätigkeit in mehrere Teilfunktionen zerlegte, wodurch die richtige Verwendung besonderer Talente erst ermöglicht wurde, dann aber vor allem die Tatsache, daß die Unternehmerauswahl sich immer mehr im Laufe der Entwicklung von Hemmungen befreite und die Unternehmerbefähigung als Ausleseprinzip an Bedeutung gewann.

Noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war die Unternehmerstellung stets an Kapitalbesitz gebunden. Der Kapitalbesitz war also für die Begründung einer Unternehmerstellung entscheidend. Durch die neuen Gesellschaftsformen der Unternehmung, vor allem die Aktiengesellschaften, wurde die Unternehmerauswahl vom Zufall des Kapitalbesitzes befreit. Dieser Umstand ermöglichte es denn auch, daß sich der Unternehmerstand aus den verschiedenen Volksschichten rekrutierte. Was die soziale Herkunft der einzelnen Unternehmerpersönlichkeiten betrifft, so zeigt die Vergangenheit deutlich, daß die leitenden Männer des Wirtschaftslebens sehr oft sogar aus den unteren Schichten der

Bevölkerung hervorgegangen sind, wovon die Lebensbeschreibungen der großen Wirtschaftsführer ein beredtes Zeugnis ablegen. Da leuchtet es gewiß ein, daß man diese Tatsache mit Recht angesehen hat als „die am meisten demokratische Einrichtung der Wirtschaftsordnung . . . , [da] sie auf diese Weise die Möglichkeit zur Bildung einer neuen Aristokratie aus den unteren Schichten der Bevölkerung gegeben hat und in gewissem Umfange auch heute noch gibt“ [91]).

Der große Vorteil dieses Ausleseprozesses bestand eben darin, daß diejenigen Individuen die Führung im Wirtschaftsleben erlangten, die die Voraussetzungen hierzu im höchsten Maße erfüllten, was eine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand nicht nur in qualitativer sondern auch in quantitativer Hinsicht bedeutete. Denn „die Demokratisierung des Unternehmertums mußte bewirken, daß — bei einem gegebenen Prozentsatz von Unternehmernaturen in einer Bevölkerungsmasse — mehr Personen mit Unternehmerwillen und Unternehmerfähigkeiten zur Betätigung gelangten als in einer Gesellschaft, in der die Unternehmerfunktion noch an die Bedingung des Geldbesitzes gebunden war“ [92]).

Freilich: Wenn hier von einer Demokratisierung des Unternehmertums die Rede ist, so liegt dem demokratischen Gedanken eine andere Auffassung zugrunde als in dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften. Die wahre Demokratie erblickt man, worauf Schumacher besonders hinweist, „nicht darin, an den Entscheidungen die breitesten Kreise der Interessenten zu beteiligen. Das demokratische Prinzip ist in Wirklichkeit nicht ein Prinzip des Handelns, sondern nur eines der Auslese“ [93]). Diese Erkenntnis spricht nun zweifellos gegen eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung, gegen eine Beteiligung der Arbeiterschaft an der Führung des einzelnen Unternehmens, wie sie das gewerkschaftliche Programm fordert.

Die großen Vorteile der Arbeitsteilung sind längst erkannt, sie gelten für die körperliche Arbeit ebensogut wie für die geistige. Jeder — ob Arbeiter oder Unternehmer — gehört an den Platz, der seinen individuellen Fähigkeiten entspricht. Eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung, wie sie die freien Gewerkschaften fordern, würde dem Prinzip der Arbeitsteilung widersprechen und damit in den kapitalistischen Produktionsprozeß einen Widerspruch hineintragen, der auf die Dauer unhaltbar würde.

Der Tatsache, daß das persönliche Moment im Unternehmertum von geradezu entscheidender Bedeutung geworden ist, müssen wir uns recht lebhaft bewußt bleiben. Mag der Ausleseprozeß, wie wir ihn oben kurz angedeutet haben, auch nicht immer in aller Reinheit zur Durchführung gelangt sein, so ist doch nicht zu bestreiten, daß „das Unternehmertum der führende Stand im heutigen Wirtschaftsleben geworden [ist], ohne daß ihn irgendein Gesetzgeber dazu ernannt hätte. Er ist gleichsam die Aristokratie der modernen Volkswirtschaft, eine Aristokratie freilich nicht der Geburt, sondern der wirtschaftlichen Fähigkeit, der Energie und des Organisationstalents“ [94]).

Angesichts dieser Tatsache muß doch die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaftsführung befremden, ganz abgesehen davon, ob sie nun durchführbar ist oder nicht. Warum sollen die Unternehmer beseitigt werden,

[91]) Pohle: Der Unternehmerstand. S. 55.
[92]) Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. S. 26.
[93]) Schumacher: Gegenwartsfragen des Sozialismus. S. 13.
[94]) Pohle: Der Unternehmerstand. S. 6.

die sich bewährt haben, bewährt jedenfalls vom Standpunkt der Rentabilität der Einzelunternehmungen und der Produktivität der Gesamtwirtschaft. Diese Forderung ist nur daraus zu erklären, daß man es nicht verstanden hat, sich über die Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeiten die nötige Klarheit zu verschaffen; das persönliche Moment ist völlig vernachlässigt worden. Weder hat man sich die Aufgaben der Unternehmer vergegenwärtigt, noch ihre Funktionen im Produktionsprozeß zu würdigen verstanden. Statt dessen werden häufig Anklagen gegen die Unternehmer wegen ihrer Profitsucht, ihres ungezügelten Erwerbstriebes gerichtet, werden ihre Handlungen oft einer unsachlichen Kritik unterzogen. Mag manche dieser Anklagen ihre Berechtigung haben, so bleibt die Kampfstellung, die das gewerkschaftliche Programm gegen die Unternehmer eingenommen hat, doch unbegründet.

Selbst wenn man einräumt, daß sich die Unternehmer bei allen ihren Handlungen nur vom Eigeninteresse leiten lassen, so darf man dabei nicht übersehen, daß sie gerade dadurch immer wieder angespornt werden, in ihren Unternehmungen die höchste Rentabilität zu erreichen. Hier zeigt sich deutlich der große Vorteil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung; denn während die Unternehmer vielleicht glauben, nur ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, erfüllen sie zugleich auch die Interessen der ganzen Volkswirtschaft [95]).

In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo auch der wirtschaftsdemokratische Gedanke Wurzel gefaßt hat, hat man sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen. Man hat die volkswirtschaftliche Funktion der Unternehmer erkannt und auch die Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeiten zu würdigen verstanden. S. Brookings weist in seinem Buch über „die Demokratisierung der amerikanischen Wirtschaft" ausdrücklich darauf hin: „Nichts in dieser Schrift geht davon aus, daß irgendein Wirtschaftssystem die Folgen der Unterschiedlichkeit der Menschen beseitigen kann. Wir können den außergewöhnlichen Henry Ford behalten. Der außergewöhnliche Arbeiter wird der Leiter oder Eigentümer werden und der außergewöhnliche Leiter-Eigentümer wird fortfahren, außergewöhnliche Gewinne einzuheimsen" [96]).

Zu einer solchen Betrachtungsweise hat sich die deutsche Arbeiterschaft noch nicht aufraffen können. Noch immer glauben weite Arbeiterkreise bei uns, innerhalb des Unternehmens einem despotischen Druck ausgesetzt zu sein, den sie mit einer demokratischen Staatsverfassung für unvereinbar halten; denn das wirtschaftsdemokratische Programm hat es sich ja zur Hauptaufgabe gemacht, in erster Linie die Unternehmerautokratie zu brechen. Da erhebt sich nun die Frage, ob wir heute noch angesichts der zahlreichen sozialpolitischen

---

[95]) Hierin beruht ja gerade „die den Kennern des volkswirtschaftlichen Organismus so wohlbekannte Erscheinung, daß die Handlungen weiser und weitreichender sind als die Gedanken der Handelnden. Es fügen sich ohne Bedacht auf das Ganze unternommene, nur von buchstäblich kurzsichtigem Selbstinteresse geleitete Stückhandlungen unbeabsichtigt so ineinander, daß daraus, von sich selbst korrigierenden Schwankungen abgesehen, eine harmonische Wirkung für das Ganze entsteht, wie man sie nur von einem planvollen, durch einen einheitlichen Geist und Willen geleiteten Zusammenwirken erwarten würde. Man kann sagen: Die Leute wissen nicht, was sie tun, sie tun mehr als sie wissen." (Böhm-Bawerk: Einige strittige Fragen der Kapitalstheorie, Wien u. Leipzig 1900 S. 72.)

[96]) S. Brookings: Die Demokratisierung der amerikanischen Wirtschaft, dtsch. von Kuczynski, Berlin 1925 S. 5.

Maßnahmen von einer Unternehmerautokratie im wahrsten Sinne des Wortes sprechen können.

4. Kapitel.

Die Autokratie des Unternehmertums.

Mit der Führerstellung, die die Unternehmer nun einmal im Wirtschaftsleben einnehmen, wird wohl immer eine gewisse einflußreiche Sphäre, um nicht zu sagen Machtstellung, verbunden sein; dies hängt auf das engste zusammen mit den Funktionen, wie wir sahen, die der Unternehmer im Produktionsprozeß zu erfüllen hat. Da liegt es vielleicht doch nahe, von einer Herrschaft der Unternehmer zu sprechen, einer Herrschaft, die nicht nur dem Arbeiter im Betrieb Tag für Tag zum Bewußtsein kommt, sondern der auch der Konsument vielleicht in nicht geringerem Maße ausgesetzt ist.

Wenn wir zunächst den Einfluß auf die Konsumenten ins Auge fassen, so ist es gewiß richtig, wenn Sombart die Tatsache, daß die Unternehmer bestimmend in die Gestaltung des Bedarfs eingreifen, als die wichtigste Neuerung bezeichnet, die diese während der hochkapitalistischen Epoche erfahren hat [97]); doch dürfen wir dabei nicht außer acht lassen, daß auch dieser Herrschgewalt des Unternehmers auf dem Gütermarkt Grenzen gesetzt sind. Er muß doch immer den Wünschen der Verbraucher Rechnung tragen, muß ihre vermeintlichen Bedarfsansprüche in seine Spekulation miteinbeziehen. Auch die Kaufkraft der Konsumenten wird auf die Art und den Umfang der Produktion nicht ohne Einfluß bleiben. Die Wünsche und Bedarfsansprüche der Konsumenten, soweit sie zur Kenntnis des Unternehmers gelangen, muß er respektieren, denn hiervon hängt Erfolg und Mißerfolg seiner Unternehmung ab [98]).

Ohne den nachhaltigen Einfluß, den die Unternehmer auf Richtung und Umfang der Produktion und dadurch indirekt auch auf die Konsumtion ausüben, gering einzuschätzen, darf doch nicht verkannt werden, daß dem Unternehmer in der Gegenwart mehrfache Beschränkungen auferlegt sind, Beschränkungen, die jedenfalls eine despotische Herrschaft von vornherein unmöglich machen. Die Freiheit des Unternehmers wird sehr leicht überschätzt. Es sind zahlreiche Bindungen, die dem Unternehmer von heute Fesseln auferlegen und sein Handeln wesentlich beeinflussen, Bindungen der verschiedensten Art, die wir uns hier kurz vergegenwärtigen müssen.

Zunächst ist es der Kapitalismus selbst, der dem Unternehmer ein ganz bestimmtes Handeln vorschreibt. Die Rentabilität der Unternehmung ist die

---

[97]) „Wir haben so zu essen, uns so zu kleiden, so zu reinigen, so unsere Wohnungen zu beleuchten, so unsere Reise zu gestalten, so unsere Vergnügungen einzurichten wie es dem Unternehmer beliebt. Es ist gar nicht zu ermessen, in wie hohem Grade es dem Geschäftsmann auf diesem Wege gelingt, den Güterbedarf der Menschheit, die in dem Bann der kapitalistischen Wirtschaft lebt, nach seinem Gutdünken zu gestalten." (Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, S. 601.)

[98]) „Die letzte Entscheidung liegt bei jenem weitverstreuten Heer von Konsumenten, deren willkürliche Wünsche und Abneigungen die Produktionsmittel bald in diese, bald in jene Richtung lenken." (Robertson: Die Produktion, dtsch. von Palyi, Berlin 1924 S. 3.)

Hauptforderung, die er zu erfüllen hat; in ihr sind alle übrigen Forderungen enthalten. Die Erfüllung dieser Forderungen löst aber für den Unternehmer ein Zwangsverhältnis aus, dem er sich nicht entziehen kann. Wenn es auch richtig ist, daß die Unternehmerpersönlichkeit in weitgehendem Maße der Unternehmung das Gepräge gibt, so doch nur soweit, als der kapitalistische Produktionsprozeß dem Entfalten der Persönlichkeit Spielraum läßt. Der Unternehmer ist jedenfalls in seinen Handlungen keineswegs frei; auch er muß sich wohl oder übel der Zwangsläufigkeit des modernen Produktionsprozesses unterordnen[99]). Dieses Zwangsverhältnis, von dem sich auch der Unternehmer nicht befreien kann, ist in dem wirtschaftsdemokratischen Programm nicht genügend gewürdigt worden.

Selbst wenn es möglich wäre, eine demokratische Wirtschaftsführung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchzuführen, so würde ein derartiges Kollegium den sachlichen Bedingungen in der gleichen Weise Rechnung tragen müssen, wie es in der Gegenwart der Unternehmer bei Strafe seines Unterganges tun muß. Es geht nicht an, von einer Despotie des Unternehmertums zu reden, denn der Willkür der Unternehmer sind zahlreiche Schranken gesetzt. Nur wirtschaftliche Erfordernisse dürfen sein Handeln bestimmen, sonst läuft er Gefahr, seine Unternehmerstellung zu verlieren[100]). Dieses Zwangsverhältnis läßt sich aber nicht genauer bestimmen; in den einzelnen Produktionszweigen mag es verschieden stark sein, bald ist der Spielraum größer, bald kleiner, der der Entfaltung der Unternehmerpersönlichkeit verbleibt.

Doch diese Einschränkungen, die der kapitalistische Produktionsprozeß jedem Unternehmer auferlegt, sind keineswegs die einzigen Bindungen, die sein Handeln beeinflussen. Überblicken wir nur die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, so können wir ein ganzes Netz von Bindungen feststellen, die sich die Unternehmer aus mehr oder weniger freier Entschließung selbst auferlegten oder die ihnen vom Staat oder anderen am Produktionsprozeß Beteiligten auferlegt wurden. Vergegenwärtigen wir uns nur den überragenden Einfluß der industriellen Konzentration, die unserer Wirtschaftsstruktur ein ganz anderes Gepräge gab. Diese Entwicklung blieb aber auf die Unternehmerstellung nicht ohne Einfluß; standen sich früher noch eine große Zahl selbständiger Unternehmer, die zugleich Kapitalbesitzer waren, in oft scharfem Konkurrenzkampf gegenüber, so sehen wir heute eine im wesentlichen in Kartellen, Syndi-

[99]) Mit Recht sagt Max Weber: „Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. Er zwingt dem einzelnen, soweit er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist, die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. Der Fabrikant, welcher diesen Normen dauernd entgegenhandelt, wird ökonomisch ebenso unfehlbar eliminiert, wie der Arbeiter, der sich ihnen nicht anpassen kann oder will, als Arbeitsloser auf die Straße gesetzt wird." (Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. I Tübingen 1920 S. 37.)

[100]) „Der kapitalistische Unternehmer ist geradezu das einzige Glied der Gesellschaft, das niemals ab irato handeln, der am wenigsten seinem Temperamente die Zügel schießen lassen darf, der so armselig ist, daß er weder seinen menschenfreundlichen noch seinen Racheinstinkten nachgeben darf, der überhaupt nie so handeln kann wie ihm ums Herz ist, der vielmehr bei jedem Schritt, den die Leidenschaft ihn vom Wege der kühlen, rechnenden Vernunft abdrängt, Gefahr läuft, seine Wirtschaftsexistenz zu riskieren." (A. Salz: Macht und Wirtschaftsgesetz, Leipzig 1930 S. 175.)

katen und Konzernen zusammengeschlossene Wirtschaft, an deren Spitzen allerdings sich oft in den Händen einiger weniger eine ungeheure wirtschaftliche Macht zusammenballt.

Von dieser Entwicklung erfolgte vielleicht der tiefste Eingriff in die Freiheit des Unternehmertums. Der Zwang zur Rentabilität machte den Zusammenschluß unvermeidlich; auch hier können wir verschiedene Stufen unterscheiden, je nach dem die Selbständigkeit der Unternehmer mehr oder weniger eingeschränkt wird; so handelte es sich beispielsweise in den Kartellen um Abmachungen über Preise und Verkaufsbedingungen oder es wurden bestimmte Absatzgebiete oder Produktionsquoten vereinbart. Sollte das Kartell überhaupt sein Ziel erreichen, so waren starke Beschränkungen der Unternehmerselbständigkeit unerläßlich [101]). Die Kartellierung der Unternehmungen, die meist die Errichtung gemeinsamer Verkaufsstellen zur Folge hat, hat auch die Unternehmerfunktion verändert. Es bildet sich ein Leitungszentrum, dem bestimmte Unternehmerfunktionen übertragen werden. Die Beziehungen des Unternehmers zum Absatzmarkt sind völlig gelöst worden, diese werden nunmehr vom Kartell oder Syndikat übernommen.

Wenn uns auch Einzelheiten im Rahmen dieser Arbeit weniger interessieren, so scheint es mir doch für die Beurteilung der Stellung des Unternehmers in der Gegenwart von Bedeutung, daß der Schwerpunkt der Unternehmertätigkeit von der Außentätigkeit, also der eigentlichen Führung des Unternehmens, verlegt ist in den Betrieb selbst. Damit ist dem Unternehmer ein großer Teil der Initiative genommen; allerdings zwingt ihn die Möglichkeit einer Auflösung des Kartellvertrages, für einen eventuellen Konkurrenzkampf gerüstet zu sein. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse haben sich verschoben. Nicht in den Unternehmungen, sondern in den Kartellen und Syndikaten vereinigt sich die wirtschaftliche Macht, hier entsteht ein Machtzentrum, das monopolartige Bestrebungen — Marktbeherrschung — zu verwirklichen sucht. Die Beziehungen der Einzelwirtschaften haben sich verändert, die Gesamtwirtschaft hat eine andere Struktur erhalten, die freie Wirtschaft von einst ist mehr zu einer „gebundenen" geworden.

Nun liegen die Bindungen des modernen Unternehmers nicht nur in jenen Zusammenschlüssen, die wir soeben kurz gestreift haben; mit diesen wird sich der Unternehmer noch am ehesten abfinden, zumal sie meist auch seiner mehr oder weniger freien Entschließung ihr Dasein verdanken. Von Bedeutung für die Beschränkung der Unternehmerautokratie ist auch die Einflußnahme des Staates, wodurch die Unternehmer unter dem Druck sozialpolitischer Maßnahmen gezwungen wurden, den Herrenstandpunkt von einst aufzugeben. Der Unternehmer ist nicht mehr „Herr im Hause", wie etwa noch vor Jahrzehnten. Eine Fülle von Vorschriften werden heute von staatlicher Seite aus dem Unternehmer auferlegt. Denken wir nur an die Tarifverträge, um ein Beispiel herauszugreifen, die den Einfluß des Unternehmers auf dem Arbeitsmarkt wesentlich ein-

[101]) „Im allgemeinen kann man sagen, daß der Nutzen der Kartelle für die Unternehmer desto größer ist, je mehr ihre Selbständigkeit durch sie beschränkt wird. Denn die festorganisierten Kartelle, die weiter in die Selbständigkeit des einzelnen eingreifen, erreichen, allerdings in Verbindung mit den übrigen, jene Vorteile in höherem Maße und besonders für eine längere Dauer als z. B. die bloßen Preisvereinbarungen oder Produktionseinschränkungen." (Liefmann: Kartelle, Konzerne, Trusts. 8. Aufl. Stuttgart 1930 S. 74.)

schränkten. Den Gewerkschaften ist es gelungen, daß heute nicht mehr der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenübersteht, sondern daß die Arbeitsbedingungen kollektiv geregelt werden, eine Tatsache, die der Freiheit des Unternehmerhandelns weitere Schranken setzte. Andererseits versuchte die Arbeiterschaft auch durch die Betriebsräte einen Einfluß auf die Führung des Unternehmens zu gewinnen. Dieser Versuch aber ist gescheitert. Die Unternehmer haben es verstanden, dem Leitungseinfluß der Betriebsräte entgegenzuwirken.

Denken wir ferner an das weite Gebiet der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, des Schlichtungswesens, so kann kein Zweifel bestehen: sie alle haben dazu beigetragen, die freie Verfügung des Unternehmers zu verringern. Es erübrigt sich hier, auf die große Zahl der sozialpolitischen Maßnahmen näher einzugehen. Sie alle setzten der Unternehmerautokratie mehr oder weniger Schranken; der Herr-im-Hause-Standpunkt ist im großen und ganzen aufgegeben. Wir sehen also, daß der Unternehmer von heute in ein ganzes Netz von Bindungen, Verträgen und Abmachungen eingeflochten ist; Beschränkungen der verschiedensten Art umgeben ihn, sodaß von einer Unternehmerautokratie heute noch zu sprechen wohl unbegründet ist.

Wenn wir im Rahmen dieser Arbeit die einzelnen Tatsachen auch nur flüchtig streifen konnten, so müssen wir uns doch nun fragen, ob diese Bindungen ein solches Ausmaß angenommen haben, daß der Unternehmerpersönlichkeit überhaupt keine Entfaltungsmöglichkeit mehr verbleibt. Gegenwärtig gewiß noch nicht. Aber wie können wir die Zukunft beurteilen?

Mehren sich nicht die Tendenzen, die ein Schwinden der Unternehmerpersönlichkeiten vermuten lassen?

Die Beantwortung dieser Frage ist für unsere Untersuchung von der größten Bedeutung. Wenn es wahr ist, daß der Unternehmer in der Wirtschaft der Zukunft überflüssig wird, dann wären vielleicht einer Demokratisierung der Wirtschaftsführung die Wege geebnet. Offenbar liegen auch diese Gedankengänge dem wirtschaftsdemokratischen Programm zugrunde, wenn sie auch nicht mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Man sieht in der Entwicklung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz zur planmäßigen Produktionsgestaltung einen Prozeß, der der Wirtschaft immer mehr den Charakter einer Verwaltung gibt. Ist diese Prognose einer Verwaltungswirtschaft richtig?

5. Kapitel.

Die Prognose einer Verwaltungswirtschaft.

In der heutigen Wirtschaft begegnen wir mehreren Tendenzen, die den Rückschluß wohl rechtfertigen könnten, die Dynamik der Wirtschaft werde nachlassen, die Wirtschaft werde immer mehr den Charakter einer Verwaltung annehmen. In dem vorigen Kapitel hatten wir schon eine ganze Reihe von Bindungen und Beschränkungen erwähnt. Denken wir ferner an die Ergebnisse der Rationalisierung, die eine Normatisierung, Typisierung und Spezialisierung mit sich brachte; denken wir ferner an die wissenschaftliche Betriebsführung, an die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes, eines privatwirtschaftlichen Budgets. Wohin wir sehen: die Mechanisierung dringt weiter vor, die Entpersönlichung der

Arbeit — und zwar der Hand- und Kopfarbeit — macht weitere Fortschritte, die Bürokratisierung der Unternehmungen greift weiter um sich — alles Dinge, die wir hier nur andeuten können. Kurzum: durch unser Wirtschaftsleben geht ein Zug nach Stetigkeit, nach Kontinuität. Die Wirtschaft versucht, in einen Gleichgewichtszustand zu kommen. Stabilität ist das große Ziel, Stabilität der Preise, der Löhne, der Gewinne, Überwindung der Konjunkturen, diese Erstarrungstendenzen geben der heutigen Wirtschaft das Gepräge.

Für unsere Untersuchung ist es nun von Bedeutung zu wissen, welche Stellung der Unternehmer in der Wirtschaft der Zukunft einnehmen wird. Wird auch seine Stellung von den Erstarrungstendenzen in der Wirtschaft bedroht? Wird auch er bürokratisiert, wird auch seine Arbeit, seine Funktion von einem Mechanismus übernommen, wird auch er entpersönlicht?

Angesichts der zahlreichen Bindungen, die heute auf dem Unternehmer lasten, könnte man die Frage vielleicht ohne weiteres bejahen. Neben der Staatsbürokratie wächst eine Industriebürokratie empor, die die Freiheit des Unternehmers untergräbt, ja ihn in Zukunft vielleicht überflüssig macht. Es hat schon einmal eine Zeit gegeben, wo die Behauptung aufgestellt wurde, im Aufbau der modernen Unternehmungen trete das persönliche Moment in den Hintergrund. Diese Behauptung glaubte man in der Entwicklung der Einzelunternehmungen zu Aktiengesellschaften bestätigt zu finden. Diese Entwicklung ist aber nicht eingetreten, wie das Kurt Wiedenfeld in seinem Buche: „Das Persönliche im modernen Unternehmertum" (Leipzig 1911) eingehend nachgewiesen hat. Das gerade Gegenteil ist vielmehr richtig. In der Aktiengesellschaft entstand ein neuer günstiger Nährboden für die Entfaltung großer Unternehmerpersönlichkeiten. Die Form der Aktiengesellschaft hatte nicht ein Schwinden der Unternehmerpersönlichkeiten zur Folge, sie stellte an die Führer dieser Unternehmungen sogar größere Anforderungen. Die neuen Verhältnisse brachten neue Aufgaben und vergrößerten den Wirkungskreis, galt es doch das einzelne Unternehmen nicht nur in die Volkswirtschaft, sondern auch in die Weltwirtschaft einzugliedern.

Doch das alles gilt nur für die Vergangenheit. Heute dagegen werden wieder Stimmen laut, die ein Schwinden der Unternehmer prophezeien [102]). Gewiß

[102]) Schon im Jahre 1909 schrieb Sombart: „Als Condottieri, vielleicht können wir auch sagen, als Conquistadores fangen die Unternehmer an, um als Beamte zu endigen, so scheint, wie die Kurve der kapitalistischen Entwicklung verläuft: das Schicksal des Unternehmers bestimmt zu sein." (Sombart: Der kapitalistische Unternehmer. S. 723.)

Auf der letzten Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Zürich im Jahre 1928 sagte Sombart: „Es verringert sich in unserer Geschäftsführung die Bedeutung des spezifisch Unternehmerhaften, des Intuitiven, des Fingerspitzengefühls. Die Zahl der wißbaren Umstände wird größer und größer. Die Geneigtheit des Unternehmers wächst, seine Unternehmung auf ein System von Wissen aufzubauen . . . Das, was man Budgetierung der Wirtschaft nennt . . . ist nichts anderes als ein derartiger Aufbau der kapitalistischen Unternehmungen auf einem System wißbarer Umstände. Unternehmungen aber, die mit einem Voranschlag über die beabsichtigte Produktion arbeiten, bekommen den Charakter der Verwaltung. Der Chef einer solchen Unternehmung bekommt den Charakter eines — meinetwegen genialen — Finanzministers, er bekommt die Prägung eines Beamten, der sich im Bereich eines außer ihm gesetzten Systems von Tatsachen zu bewegen hat. . . . Damit verringert sich aber auch der Wagemut, das Draufgängerische des alten und echten Unternehmertypus. Hier wirken lähmend gerade die Konzentration, gerade die Kartellbildung, und viel-

handelt es sich hier um subjektive Erkenntnisse, an die einer glauben kann und auch nicht. Ob der Unternehmer eine Zukunft hat, wird man mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln wohl kaum ausreichend beantworten können. Nicht gering ist ja die Zahl derjenigen, die eine Prognose vom wissenschaftlichen Standpunkt aus überhaupt ablehnen. Nun ist kein Zweifel, daß die gegenwärtige Wirtschaft im Wandel begriffen ist; wir befinden uns in einer Übergangsperiode. Wir, die wir selbst diese Zeit erleben, haben wohl nicht die nötige Distanz, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Das schließt aber nicht aus, daß wir uns über die in der Gegenwart vorhandenen Tendenzen die mögliche Klarheit vor allem in bezug auf die kommende Entwicklung zu verschaffen versuchen müssen, insbesondere dann, wenn wir uns mit einem Programm auseinandersetzen wollen, das offenbar auf der Grundlage einer Verwaltungswirtschaft aufgebaut worden ist.

Bei voller Würdigung aller Tendenzen, die eine solche Prognose rechtfertigen könnten, scheint es mir aber in mehr als einer Hinsicht zweifelhaft, ob auch der Unternehmer in demselben Grade von dieser zunehmenden Bürokratisierung betroffen wird. Gewiß wird die Zahl der wißbaren Umstände größer und größer, der Bereich des Intuitiven, des Fingerspitzengefühls aber immer kleiner, auch wird sich die Intensität des Unternehmerdranges verringern, der Unternehmer — jedenfalls der Unternehmer alten Stils — wird also immer mehr dahinschwinden. Doch dürfen wir dabei nicht außer acht lassen, daß es sich hier stets nur um Wandlungen teils dem Grade teils der Art nach handelt. Wenn

---

leicht haben wir es hier zu tun mit einer allgemeinen Tendenz, wonach sich die Intensität des Unternehmerdranges verringert." (Sombart: Die Wandlungen des Kapitalismus. S. 31.)

Auch Schumpeter äußert sich in ähnlicher Weise: „Entscheidung in immer neuer Situation ist . . . die Grundfunktion des „Industriekapitäns" von heute. Aber immer mehr wird diese Entscheidung ihm dargeboten . . . Ergreifen der technischen Erfindung war eine der Hauptaufgaben des Unternehmers von ehemals — heute wird ihm die technische Neuerung, durchgerechnet bis in Einzelheiten, von seinen Ingenieuren aufgedrängt. Jener „Blick", jene Divinationsgabe, ist durch den Rechenstift des Spezialisten ersetzt. Und das gilt nicht nur für die technische Seite der Sache. Es ist ebenso mit der kommerziellen. Reiz und Schwierigkeit richtigen Handelns lagen in der Unberechenbarkeit der Gestaltung der Daten. Heute, mit den Fortschritten des statistischen Materials und der statistischen Methode, werden die Daten berechenbar . . . Selbst die Geschäftslage, der Konjunkturzyklus verliert nach und nach seine Geheimnisse, und Kurven und Korrelationskoeffizienten treten an die Stelle von „Blick" oder „Gefühl". Freilich beginnt das alles sich erst langsam abzuzeichnen. Noch ist ja der Bezirk, in dem Konkurrenz herrscht, erheblich." (Schumpeter: „Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute" in „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft", Berlin 1928 Bd. I S. 308 f.)

An einer anderen Stelle spricht Schumpeter sogar selbst von einer Demokratisierung der Führerfunktion, die jedoch mit der gewerkschaftlichen Auffassung nicht zu identifizieren ist: „Immer weiter dehnt sich wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem Gebiet des Wirtschaftens, der Bezirk des streng Berechenbaren — technisch wie kommerziell — aus. Beide Umstände erleichtern und demokratisieren die Führerfunktion im allgemeinen und die Funktion des Unternehmers im besonderen nicht nur, sondern sie drücken auch ihre Bedeutung herab." (Schumpeter: Art. „Unternehmer" im Handw. d. Staatsw. S. 486.)

Auch Jostoc — um noch ein Beispiel zu nennen — sieht eine Entwicklung heranreifen, in der die immer schwankende Beweglichkeit des Systems durch eine starre Gliederung ersetzt wird, „die den eigentlichen kapitalistischen Führer zunächst für die untergeordneten Stellen und zuletzt auch wohl für die leitenden überflüssig macht." (Paul Jostoc: Der Ausgang des Kapitalismus, München u. Leipzig 1928 S. 225.)

sich die spezifischen Unternehmerfunktionen immer mehr verringern, so gewinnen die restlichen Aufgaben, die dem Unternehmer heute noch verblieben sind, an Bedeutung. Wir hatten uns bereits in einem früheren Kapitel an die im Laufe der Entwicklung zunehmende Entlastung des Unternehmers von ganz bestimmten Unternehmerfunktionen erinnert. Diese Entlastung schreitet auch in der Gegenwart weiter vor, ja sie wird durch die Konzentrationstendenz außerordentlich begünstigt. Viele der spezifischen Unternehmerfunktionen werden jetzt von den neuen Leitungszentren in den Kartellen und Syndikaten wahrgenommen und die bisherigen Unternehmer sinken allerdings oft zu Betriebsleitern herab, d. h. aber, wenn wir uns an die Unterscheidung zwischen Führung und Leitung einer Unternehmung erinnern, daß die Führung vom Kartell oder Syndikat übernommen wird, während die Leitung dem bisherigen Unternehmer verbleibt. Deshalb kann man aber nicht sagen, daß die früheren Funktionen der Unternehmer überflüssig geworden sind; es hat vielmehr nur eine Verlagerung der Unternehmerfunktion stattgefunden[103]). Die Zahl der Unternehmer wird kleiner werden, aber die wenigen Unternehmer werden an Bedeutung gewinnen, in viel höherem Maße wird die Wirtschaft von diesen Unternehmerpersönlichkeiten abhängen.

Greifen wir ein anderes Beispiel aus der Fülle der gegenwärtigen Erstarrungstendenzen heraus: das privatwirtschaftliche Budget. Auch hier werden wir nicht ohne weiteres auf eine Entpersönlichung des Unternehmers schließen können. Zwischen einem Staatsbudget und einem Unternehmungsbudget besteht doch ein grundlegender Unterschied: der Staatshaushaltsplan ist in erster Linie eine gesetzliche Festlegung der einzelnen Ausgaben für die betreffenden Ressorts, bedeutet also für die einzelnen Behörden eine starke Bindung. Das Unternehmungsbudget ist wohl auch ein Voranschlag für das kommende Wirtschaftsjahr. Nichts hindert aber den Unternehmer, es jeder Zeit wieder umzustoßen, er hat es ja selbst aufgestellt, ist also hinsichtlich der Abänderung von niemandem abhängig, kann sich vielmehr stets der veränderten Wirtschaftslage anpassen[104]).

Wenn wir heute von einer Industriebürokratie sprechen, so dürfen wir den Unternehmer nicht ohne weiteres einschließen. Die Bürokratisierung bezieht sich vorläufig noch auf den inneren Betrieb, erstreckt sich also auf die Organisation des Unternehmens; sie hat den Unternehmer weitgehend entlastet, aber keineswegs überflüssig gemacht, geschweige denn zu einem Beamten gestempelt. Solange der Unternehmer gezwungen ist, sein Unternehmen rentabel zu führen und solange er dem Konkurrenzkampf ausgesetzt ist, wird er wohl niemals die Prägung eines Beamten erhalten[105]). Auch heute noch steht der Unternehmer

---

[103]) „Nur scheinbar wird also die Persönlichkeit aus dem Betrieb ausgetrieben, sie sammelt sich zu einem großen Teil, allerdings weniger sichtbar, an der Spitze der Großunternehmungen an; hier ist also die Unternehmerpersönlichkeit von allerhöchster Bedeutung." (v. Degenfeld-Schomburg: Die Unternehmerpersönlichkeit in der modernen Volkswirtschaft, „Schmollers Jahrb." 1929, Bd. 53 S. 62.)

[104]) „Weil das Wesen des Staatsbudgets und das des Unternehmungsbudgets verschieden sind, so kann auch die Einführung eines Unternehmungsbudgets — auch wenn es nur als Ausdruck einer weitgehenden Wißbarkeit der Umstände angesehen wird — den Unternehmer niemals zu einem Beamten . . . machen." (Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung. S. 73.)

[105]) Der Unternehmer „ist die einzige wirklich gegen die Unentrinnbarkeit der bureaukratischen rationalen Wissensherrschaft (mindestens: relativ) immune Instanz." (Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. S. 129.)

unter dem Druck der Konkurrenz. Mögen die Konkurrenzspannungen an Intensität verloren haben, mögen sich auch die Formen des Kampfes gemildert haben, mag aus der „freien" eine „gebundene", aus der Individual- eine Gruppenkonkurrenz geworden sein, noch ist sie vorhanden und die Wirkungen des Kampfes bleiben nicht aus.

Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß sich der Bereich der wißbaren Umstände derart vergrößern wird, daß sich alle wirtschaftliche Tätigkeit in Routinearbeit wird auflösen lassen. Immer wieder werden Führer nötig sein, die der Wirtschaft neue Wege weisen. Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft wird sich restlos wohl nie völlig beseitigen lassen; trotz aller Rationalisierung und Statistik wird man die Unsicherheitsfaktoren nicht eliminieren können. Trotz aller Versachlichung und Berechenbarkeit wird man die Wirtschaftsschwankungen nicht völlig ausschalten können. Man kann vorläufig noch nicht annehmen, daß die tatsächlich vorhandenen Erstarrungstendenzen zu einer Statisierung der Wirtschaft führen werden, wohl zu einer Stabiliserung der Wirtschaftsstruktur, wohl zu einem Nachlassen der Dynamik, aber nicht zu einer völligen Erstarrung. Und deshalb wird auch die Wirtschaft der Zukunft Führer brauchen, und zwar Führerpersönlichkeiten großen Formats.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auch in Zukunft die Rationalisierung fortschreiten. Daß heute hinsichtlich der Erreichung der vollen Zweckmäßigkeit in der Wirtschaft das Ende aller Tage gekommen sei, ist nicht anzunehmen [106]). Infolgedessen wird auch die Zukunft trotz aller Rationalisierung den Unternehmer nicht entbehren können; gerade weil sich das Unsicherheitsmoment niemals wird völlig bannen lassen, wird stets der Entfaltung der Unternehmerpersönlichkeiten Raum bleiben müssen. Die Aufgaben der Unternehmer werden vielleicht sogar nach mancher Richtung hin wachsen und an Bedeutung gewinnen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Bindungen, die der Unternehmer in Zukunft auf sich nehmen muß, noch zahlreicher werden, daß der Entfaltung der Unternehmerpersönlichkeit immer weniger Spielraum verbleibt. Gerade deshalb bedarf es ganz besonderer Persönlichkeiten, die hier den richtigen Weg finden. Doch genug der Einzelheiten. Mögen wir uns zu den verschiedenen Tendenzen der Gegenwart stellen, wie wir wollen, soviel steht jedenfalls fest: nichts weist auf eine führerlose Wirtschaft hin. Im Gegenteil: die Bedeutung der Führerpersönlichkeiten wird wachsen. Mögen wir die kommende Epoche als Hoch- oder Spätkapitalismus ansehen: sie wird überragende Führerpersönlichkeiten nicht entbehren können [107]). Es ist auch nicht anzunehmen, daß die

[106]) „Solange noch überall die Geister nicht nur nach Erhöhung der Produktivität, sondern auch nach immer neuartigen Methoden dazu streben, solange läßt sich auch dafür die Persönlichkeit einsetzen." (v. Degenfeld-Schomburg: Die Unternehmerpersönlichkeit in der modernen Volkswirtschaft. S. 61 f.)

[107]) Auch Sombart hält es für einen unverzeihlichen „Irrtum, wollte man annehmen, daß in dieser mechanisierten Welt die Bedeutung der menschlichen Persönlichkeit herabgesetzt wäre. Das genaue Gegenteil ist der Fall: die Bedeutung der Einzelperson, freilich der überragenden, ist heute im Wirtschaftsleben größer denn je . . . Die kapitalistische Unternehmung als Ganzes wird eine immer größere, immer kompliziertere Maschine. Aber es ist auch — wie bei jeder Maschine — ein Mann nötig, der sie bedient, und der muß um so intelligenter sein, je komplizierter die Maschine ist. Analog zum Wirtschaftsleben ist die Entwicklung des Staats- und Kriegswesens verlaufen: auch hier ein ungeheurer Apparat und doch die Unentbehrlichkeit der führenden Persönlichkeit." (Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. S. 40.)

Aufgaben der Unternehmer im Vergleich zur Vergangenheit weniger kompliziert sein werden. Freilich ist der Aufgabenkreis ein anderer geworden, von früheren Funktionen ist der Unternehmer entlastet worden, aber dafür gehören heute neue, gewiß nicht weniger schwierige Obliegenheiten zu seinem Tätigkeitsbereich[108]). Es muß ein neuer Unternehmertypus heranwachsen, der diesen neuen Aufgaben gewachsen sein wird. Dabei werden die persönlichen Eigenschaften vielleicht eine noch größere Rolle spielen als bei dem Unternehmer alten Stils, so daß wir für die Zukunft eher mit einem Mangel als einem Überfluß an Führerpersönlichkeiten zu rechnen haben.

Diese Erkenntnis spricht nun zweifellos gegen eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung, wie sie das gewerkschaftliche Programm fordert. Wenn wir der Unternehmerpersönlichkeit — auch für die Zukunft — eine so große Bedeutung zuschreiben müssen, bleibt für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderung kein Raum. Und zwar sind es besondere Gründe, die diese Annahme rechtfertigen. Sie alle wurzeln, wie wir sehen werden, in dem Widerspruch, der durch eine demokratische Führung in die kapitalistische Wirtschaftsordnung hineingetragen wird.

6. Kapitel.

Kapitalismus und demokratische Wirtschaftsführung.

In dem gewerkschaftlichen Programm über die Wirtschaftsdemokratie ringen, wie wir sahen, zwei Richtungen miteinander: die eine will die vollendete Wirtschaftsdemokratie unmittelbar zu verwirklichen suchen; infolgedessen bejaht man die Entwicklung der industriellen Konzentration und glaubt, je mehr sich die autokratische Herrschaft zuspitzt und in je weniger Händen sich die wirtschaftliche Macht zusammenballt, um so eher wird es möglich sein, eine planmäßige Gemeinwirtschaft im Sinne der Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen. Hier zeigt sich aber ein offener Widerspruch in dem Programm: denn die andere Richtung, die sich vorläufig mit einer Demokratisierung der Wirtschaftsführung schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begnügt, will gerade diese Unternehmerautokratie beseitigen, will die Macht der Unternehmer durch Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Führung der Unternehmungen zersetzen. Doch lassen wir diesen Widerspruch auf sich beruhen. Uns interessiert hier nur, ob diese demokratische Gestaltung der Wirtschaftsführung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchführbar ist. Über die Durchführung selbst sagt das Programm nichts aus.

Sehen wir zunächst einmal von der Möglichkeit einer Verwirklichung ab, so wird man ohne weiteres behaupten können, daß, wenn eine demokratische Wirtschaftsführung dem Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems entsprechen würde, diese angesichts der starken Rationalisierungstendenzen, die

[108]) „Geschick im Verhandeln, Sicherheit in der Behandlung der Gruppen und Individuen, Verständnis politischer Situationen — dergleichen gewinnt erhöhte, mitunter entscheidende Bedeutung, und dergleichen ist Sache eines anderen Typus als des „Fabrikherrn" von ehedem, der seinerseits wiederum vor Aufgaben stand, die den führenden Mann von heute kaum berühren." (Schumpeter: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute. S. 309.)

unserer heutigen Wirtschaft innewohnen, schon längst zur Durchführung gelangt wäre. Das ist offenbar nicht der Fall und auch die gewerkschaftlichen Kreise sind sich dessen voll und ganz bewußt; denn sie wollen ja gerade mit der Demokratisierung der Wirtschaftsführung in das gegenwärtige Wirtschaftssystem einen Keil hineintreiben, der dieses allmählich unterhöhlt und schließlich beseitigt. Dieser Weg scheint mir aber deshalb nicht gangbar zu sein, weil es gar nicht möglich ist, eine Demokratisierung, wie sie das gewerkschaftliche Programm fordert, zu verwirklichen — jedenfalls nicht ohne Nachteile für die Gesamtheit. Gegen die gewerkschaftliche Forderung ließe sich nichts sagen, wenn nur die Gewißheit bestünde, daß eine demokratische Führung den sachlichen Erfordernissen der Unternehmungen mehr Rechnung tragen würde als die bisherige Führung. Dies ist aber nicht der Fall.

In den Unternehmungen haben sich ganz bestimmte Leitungsprinzipien herausgebildet, hat sich eine ganz bestimmte Führungshierarchie durchgesetzt, die offenbar den wirtschaftlichen Anforderungen am meisten entspricht. Vor allen Dingen ist Einheitlichkeit in der Führung erforderlich und in Verbindung damit die für unsere heutigen Unternehmungen so bedeutsame Elastizität der Leitung.

Der Unternehmer muß sich hinsichtlich seiner Entscheidungen auf längere Sicht festlegen. Er kann nicht das Steuer des Unternehmens bald hierhin, bald dorthin werfen, die Durchführung technischer Neuerungen, mit der stets neue Kapitalinvestitionen verbunden sind, erfordert längere Zeit, bedeutet eine starke Bindung des Unternehmens für eine längere Periode. Deshalb ist Einheitlichkeit und Kontinuität in der Führung von größter Bedeutung — alles Dinge, die wir hier nur andeuten können. Auch führende Männer aus dem Wirtschaftsleben bestätigen immer wieder die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung [109]).

Von nicht geringerer Bedeutung aber ist die erforderliche Elastizität der Leitung. Täglich und stündlich müssen Entscheidungen getroffen werden, um die jeweilige Wirtschaftslage voll ausnützen zu können. Die Schlagfertigkeit der Unternehmungsleitung darf nicht durch irgendwelche Hemmungen beeinträchtigt werden [110]). Bei einer demokratischen Wirtschaftsführung wäre aber die Einheitlichkeit und Elastizität in Frage gestellt. Es ist nicht die Gewähr geboten, daß diejenigen Entscheidungen getroffen werden, die den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Nur zu leicht würden sich andere Einflüsse geltend machen, die die Rentabilität des Unternehmens in Frage stellen. Die Abhängigkeit der Führung von etwa wechselnden Mehrheitsverhältnissen würde die

[109]) „Geschäfte müssen monarchisch verwaltet werden. Kollegien arbeiten selten schlecht, aber im besten Falle mittelmäßig." (W. Rathenau: Reflexionen. Leipzig 1908 S. 92.)

[110]) „Ich wüßte keine Zeit und keine Stelle der Erde", sagt W. Rathenau, „Amerika eingeschlossen, wo jahraus, jahrein mit gleicher Geschwindigkeit, Sicherheit, Verantwortung ein ähnliches Tagesmaß von Verfügungs- und Verwaltungsarbeit schöpferischer Art geleistet worden wäre, wie an den leitenden Stellen unserer Großunternehmungen. Von staatsmännischer Arbeit unterscheidet sich diese Tätigkeit durch die Ausschaltung hemmender Instanzen, durch die Notwendigkeit schleunigster Entschließung und durch die Ungeteiltheit der Verantwortung; von früherer Geschäftsarbeit unterscheidet sie sich durch den Umfang des Gebiets, den stetigen Wechsel der Aufgaben und Probleme und durch das Verwaltungswerkzeug der Organisation. Die gefährliche Schwierigkeit dieser Arbeitsweise liegt im Problem der Einheitlichkeit der Politik und Leitung." (W. Rathenau: Vom Aktienwesen. S. 12.)

Einheitlichkeit gefährden. Zudem würde ein solcher Apparat viel zu schwerfällig arbeiten und dem Tempo unserer heutigen Wirtschaft nicht Rechnung tragen.

Das Hauptziel der Unternehmer muß stets die Rentabilität des Unternehmens sein. Diesem Zwang zur Rentabilität würde auch ein demokratisch geführtes Unternehmen ausgesetzt sein. Hier aber würde es sich sehr bald zeigen, daß es wohl kaum möglich ist, zwei divergierende Interessen zugleich wahrzunehmen. Der Unternehmer hat ein Interesse an der höchsten Rentabilität seines Unternehmens, denn in dieser realisiert sich zugleich sein Streben nach höchstem Gewinn. Gewinn- und Rentabilitätsstreben liegen also bei dem Unternehmer in einer Ebene. Bei einer demokratischen Führung aber würden diese beiden Interessen sehr leicht kollidieren. Die Arbeiterschaft hat in erster Linie Interesse an einem hohen Lohn; diesem Druck der beteiligten Arbeiterkreise müßte ein demokratisch gewähltes Kollegium auf Kosten der Rentabilität des Unternehmens nachgeben oder aber es wird, falls es sich diesen Einflüssen zu widersetzen weiß, auf eine Wiederwahl nicht mehr rechnen können; damit wäre jedoch die erforderliche Einheitlichkeit und Kontinuität in der Führung in Frage gestellt.

Die Realisierung der demokratischen Führungsideologie würde bei Unternehmungen, die auch heute noch einem scharfen Konkurrenzkampf ausgesetzt sind, sehr bald deren Untergang herbeiführen. In den monopolartigen Großunternehmungen würde es schon eher möglich sein, eine demokratische Führung für längere Zeit durchzusetzen — allerdings nur auf Kosten der Allgemeinheit. Die höheren Lohnforderungen würden eine Erhöhung der Preise nach sich ziehen, d. h. aber eine Schädigung der Gesamtarbeiterschaft wie überhaupt der Konsumenten hervorrufen. Auch die Denkschrift leugnet nicht, „daß für die Vertreter der . . . Arbeiterschaft aus der Verkoppelung zwischen Preis- und Lohnfrage sich ernste Probleme ergeben“ [111]). An einer anderen Stelle heißt es: „Zwar ist es denkbar, daß Unternehmer und Arbeitnehmer der gleichen Industrie zu einer Vereinbarung kommen, ohne die Interessen der übrigen Gruppen zu berücksichtigen, und vielleicht sogar auf Kosten dieser Interessen. Seitens der Arbeiter wäre das aber eine sehr kurzsichtige Politik, die nur vorübergehende Erfolge zeitigen könnte“ [112]). Wie die Erfahrung aber in den Selbstverwaltungskörpern lehrt, haben die Arbeitnehmervertreter stets, wenn Preiserhöhungen zur Diskussion standen, sich diesen keineswegs verschlossen, wenn nur Lohnerhöhungen vorangegangen waren oder folgen sollten. In den monopolartigen Großunternehmungen würde also die Realisierung einer demokratischen Führung der Gesamtheit des Volkes nur zum Nachteil gereichen.

Von nicht geringerer Bedeutung aber ist auch die Tatsache, daß mit der Übernahme des Risikos stets der entscheidende Einfluß in der Unternehmungsleitung verbunden sein muß [113]). Gewiß tragen auch der Arbeiter und der Konsument ein Risiko, aber doch nicht in demselben Maße: das Hauptrisiko trägt der Unternehmer. Von seinen Entscheidungen hängt Gedeih und Verderb des Unternehmens ab; er darf daher bei seinen Entscheidungen nicht fremden

[111]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 50.
[112]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 17.
[113]) „Wer das Risiko trägt, dem gehört auch die Macht — ein so wichtiger Satz, daß man ihn geradezu das Grundgesetz (Golden rule) des Kapitalismus nennen könnte.“ (Robertson: Die Produktion. S. 78.)

Einflüssen ausgesetzt sein. Er trägt die volle Verantwortung, ist also auch allein verantwortlich. Die Selbstverantwortlichkeit aber, die für das Unternehmerhandeln unerläßliche Bedingung ist, würde zerstört werden, wenn sich der Unternehmer nur als Vollstrecker eines aus der Arbeiterschaft demokratisch gewählten Kollegiums oder Direktoriums fühlen würde. Können wir hier auch nicht auf die Einzelheiten näher eingehen, so scheint mir doch die Tatsache unzweifelhaft richtig, daß mit der Realisierung der gewerkschaftlichen Forderung ein Widerspruch in das kapitalistische Wirtschaftssystem hineingetragen würde, der auf die Dauer unhaltbar würde. Mit Recht weist Walter Rathenau darauf hin, daß jedes Mitbestimmungsrecht für den Arbeitnehmer unzulänglich, für den Arbeitgeber aber unerträglich ist[114]). Für eine demokratische Wirtschaftsführung werden sich stichhaltige Argumente nicht nachweisen lassen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem schuf diejenigen Ausleseprinzipien, die es zur Wahl der führenden Männer im Wirtschaftsleben brauchte: das war in erster Linie die Unternehmerbefähigung und diese führte, wie wir sahen, wohl zu einer Demokratisierung des Unternehmertums aber nicht zu einer demokratischen Führung, wie sie das gewerkschaftliche Programm fordert.

Wenn Schumpeter, der das demokratische Ausleseprinzip nach der Unternehmerbefähigung für überholt hält, meint, „die führenden Männer werden nicht mehr nach dem Kriterium der Bewährung im Konkurrenzkampf ausgewählt, nicht mehr nach dem Kriterium besseren oder billigeren Produkts, sondern in einer Weise, die vielmehr als damit gemein hat mit politischer Wahl oder Ernennung“[115]), so wird man dieser Auffassung nicht ganz zustimmen können. Gewiß wird sich die Unternehmerbefähigung als Ausleseprinzip nicht immer rein durchsetzen; es wird nicht ausbleiben, daß auch weniger geeignete Persönlichkeiten zu führenden Stellungen im Wirtschaftsleben aufsteigen. Das schließt aber nicht aus, daß in jedem Unternehmen, solange es rentabel geführt werden muß, auch die Persönlichkeiten vorhanden sein müssen, die die entsprechenden Fähigkeiten aufweisen und von deren Entscheidungen letzten Endes die Führung des ganzen Unternehmens abhängt. Gegen Heimann[116]) aber, der gleichfalls das demokratische Ausleseprinzip leugnet und das Unternehmertum als ein Privileg des Kapitalbesitzes ansieht, wäre zu sagen, daß es heute nicht mehr angängig ist, von einer entscheidenden Macht des Eigentums hinsichtlich der Auswahl der führenden Persönlichkeiten zu sprechen. Konnte Marx auch diese Ansicht noch mit einem gewissen Recht vertreten[117]), so wäre es verfehlt, heute noch dem Eigentum eine bedeutende Macht zuzuschreiben, spricht doch das wirtschaftsdemokratische Programm selbst von dem „Gesetz der abnehmen-

[114]) „Solange es noch ein privatwirtschaftliches Unternehmen gibt, kann dem einen Teil nicht zugemutet werden, das ganze Risiko zu tragen, während der andere Teil, der durch die Bundesgenossenschaft des Staates der Stärkere geworden ist, nicht nur einseitig seine Einkünfte bestimmt, sondern die Geschäftspolitik mitbestimmt. Daher wird diese vorläufige Lösung, wie jede Scheinlösung, rasch scheitern.“ (W. Rathenau: Autonome Wirtschaft, in „Dtsch. Gemeinwirtschaft“ Heft 16. Jena 1919 S. 7.)

[115]) Schumpeter: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute. S. 310.

[116]) E. Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929 S. 35.

[117]) „Der Kapitalist ist nicht Kapitalist, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Befehlshaber, weil er Kapitalist ist. Der Oberbefehl in der Industrie wird Attribut des Kapitals, wie zur Feudalzeit der Oberbefehl in Krieg und Gericht Attribut des Grundeigentums war.“ (Marx: Das Kapital, 1. Bd. 4. Aufl. Hamburg 1890 S. 297.)

den Herrschaft des Eigentums über den Menschen“ [118]). Wirtschaftliche Erfordernisse waren es, die aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst heraus dem Besitz an den Produktionsmitteln einen immer geringeren Einfluß auf die Führung der Unternehmungen zubilligten. Die Unternehmerbefähigung als Ausleseprinzip hat sich im großen und ganzen durchgesetzt.

Erinnern wir uns, daß die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaftsführung von den freien Gewerkschaften als Gegenwartsforderung erhoben wird, so wird man ihre Verwirklichung noch viel weniger für durchführbar halten können angesichts der Tatsache, daß gerade heute die Wirtschaft in viel höherem Maße als früher von den einzelnen Persönlichkeiten abhängt. Ob wir nun die gegenwärtige Wirtschaft als Hoch- oder Spätkapitalismus ansprechen wollen, eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung bleibt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung undurchführbar. Auch Birkenfeld, der die aufgestellten Programmpunkte der Demokratisierung der Wirtschaft, für sich allein betrachtet, für durchaus vernünftige und konkrete Forderungen ansieht, hält „ihre Gesamtverwirklichung für die kapitalistische Gegenwart [für] eine Utopie. Die Übernahme der Wirtschaftsführung durch die Arbeiterklasse setzt vielmehr eine aus der Umwälzung der Eigentums- und Gesellschaftsordnung hervorgehende planmäßig-sozialistische Wirtschaft voraus“ [119]).

Wir sehen also, Demokratisierung der Wirtschaftsführung und kapitalistische Wirtschaftsordnung stehen zueinander in Widerspruch. Wir können aber noch einen Schritt weitergehen. Selbst wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden würde, so würde auch in der kommenden vielleicht mehr oder weniger sozialistischen Wirtschaft die gewerkschaftliche Forderung nicht verwirklicht werden können; das Ziel: die Beseitigung der persönlichen Abhängigkeit der Arbeiterschaft im Betrieb würde nicht erreicht werden. Denn auch in der Wirtschaft der Zukunft wird die Produktion auf Grund von Kooperation und in Großbetrieben erfolgen müssen. Deshalb wird es nicht möglich sein, die betriebliche Abhängigkeit zu beseitigen. Immer wird diese Produktionsweise für die Arbeiterschaft ein notwendiges Zwangsverhältnis auslösen; und eine sozialistische Wirtschaft wird vielleicht eine noch viel höhere Arbeitsdisziplin mit sich bringen, gerade um die Produktivität der Wirtschaft auf gleicher Höhe zu halten. Kein geringerer als Marx selbst hat das unzweideutig nachgewiesen; er vergleicht die Stellung des Unternehmers — des Leiters des Produktionsprozesses — mit der eines Generals auf dem Schlachtfelde und mit der eines Orchesterdirigenten, um darzulegen, daß eine Kooperation auf größerem Maßstab eine geradezu despotische Leitung zur Voraussetzung hat [120]).

[118]) Wirtschaftsdemokratie usw. S. 140.

[119]) L. Birkenfeld: Was ist Wirtschaftsdemokratie? „Gewerkschaftsarchiv“ 7. Jahrg. Jena 1930 S. 386.

[120]) „Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheischnis für die Ausführung des Arbeitsprozesses selbst, zu einer wirklichen Produktionsbedingung. Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld. Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größerem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen. Ein einzelner Violinspieler dirigiert sich selbst, ein Orchester bedarf des Mu-

Dieser Erkenntnis haben sich die Väter des wirtschaftsdemokratischen Programms verschlossen. Nicht nur für die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist es unvermeidlich, daß sich die Arbeiterschaft in Abhängigkeit von dem technischen Mechanismus befindet und die damit erforderliche Unterordnung im Unternehmen ertragen muß, sondern das gilt für jede großbetriebliche Arbeit, gilt für die Kooperation ganz allgemein, mit der stets eine ganz bestimmte Leitungsgliederung verbunden ist[121]).

In dem vorigen Kapitel hatten wir uns die verschiedenen Kennzeichen des herrschenden Wirtschaftssystems vergegenwärtigt und hatten gesehen, daß die

---

sikdirektors. Diese Funktion der Leitung, Überwachung und Vermittlung, wird zur Funktion des Kapitals, sobald die ihm untergeordnete Arbeit kooperativ wird." (Marx: Das Kapital. Bd. I. S. 294 f.)

An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn daher die kapitalistische Leitung dem Inhalt nach zwieschlächtig ist, wegen der Zwieschlächtigkeit des zu leitenden Produktionsprozesses selbst, welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produktes, andererseits Verwertungsprozeß des Kapitals, so ist sie der Form nach despotisch. Mit der Entwicklung der Kooperation auf größerem Maßstab entwickelt dieser Despotismus seine eigentümlichen Formen. Wie der Kapitalist zunächst entbunden wird von der Handarbeit, sobald sein Kapital jene Minimalgröße erreicht hat, womit die eigentlich kapitalistische Produktion erst beginnt, so tritt er jetzt die Funktion unmittelbarer und forwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern. Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contremaîtres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren." (Marx: Das Kapital. Bd. I, S. 296.)

Noch deutlicher spricht sich Marx im 3. Bande seines Kapitals aus: „Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat, und nicht als vereinzelte Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt . . . . In allen Arbeiten, worin viele Individuen kooperieren, stellt sich notwendig der Zusammenhang und die Einheit des Prozesses in einem kommandierenden Willen dar, und in Funktionen, die nicht die Teilarbeiten, sondern die Gesamttätigkeit der Werkstatt betreffen, wie bei dem Direktor eines Orchesters. Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise." (Marx: Das Kapital. Bd. III Hamburg 1894. S. 369.)

An einer anderen Stelle des dritten Bandes heißt es: „Die kapitalistische Produktion selbst hat es dahin gebracht, daß die Arbeit der Oberleitung, ganz getrennt vom Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft. Es ist daher nutzlos geworden, daß diese Arbeit der Oberleitung vom Kapitalisten ausgeübt werde. Ein Musikdirektor braucht durchaus nicht Eigentümer der Instrumente des Orchesters zu sein, noch gehört es zu seiner Funktion als Dirigent, daß er irgend etwas mit dem „Lohn" der übrigen Musikanten zu tun hat . . . . Soweit die Arbeit des Kapitalisten nicht aus dem Produktionsprozeß als bloß kapitalistischem hervorgeht, also mit dem Kapital von selbst aufhört; soweit sie sich nicht auf die Funktion beschränkt, fremde Arbeit zu exploitieren; soweit sie also aus der Form der Arbeit als gesellschaftlicher hervorgeht, aus der Kombination und Kooperation Vieler zu einem gemeinsamen Resultat, ist sie ganz ebenso unabhängig vom Kapital, wie diese Form selbst, sobald sie die kapitalistische Hülle gesprengt hat." (Marx: Das Kapital. Bd. III S. 373.)

[121]) Auch „der Sozialismus, da er seine Volksbeglückungspläne auf der Grundlage des Großbetriebes aufbaut, kann die Abhängigkeit nicht beseitigen. Er kann nicht, wie er verspricht, die Unfreiheiten des Arbeitsverhältnisses aufheben. Was allein in Betracht kommt, ist vielmehr, die im Großbetrieb nie zu beseitigende Abhängigkeit so umzugestalten, daß man sich freiwillig ihr fügt." (H. Schumacher: Gegenwartsfragen des Sozialismus, „Schmollers Jahrb." 1920 I Band 44 S. 18.)

zahlreichen Erstarrungstendenzen es bis zu einem gewissen Grade rechtfertigen, schon heute von einer Verwaltungswirtschaft zu sprechen. Unterstellen wir nun einmal, die heutige Führungshierarchie würde in der vermeintlichen Verwaltungswirtschaft durch eine demokratische Führung ersetzt, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, welche Änderungen denn dann in der Führung eintreten könnten. Soweit ich sehe: keine. Denn wenn die wißbaren Umstände, das Rechenbare, die Mechanisierung einen solchen Umfang angenommen haben, daß für die Führung alles von vornherein zwangsläufig gegeben wäre, so wäre auch für eine demokratische Führung kein Spielraum mehr vorhanden, eine andere Richtung einzuschlagen; auch sie müßte sich der Zwangsläufigkeit unterwerfen, soll die Rentabilität des Unternehmens nicht in Frage gestellt werden.

Und wenn wir uns nun weiter fragen, welchen Einfluß denn eine Verwirklichung der demokratischen Führung — angenommen, sie sei durchführbar — auf die Arbeitsweise des einzelnen ausüben würde, so müssen wir wieder antworten: keinen. Hinsichtlich der Länge der Arbeitszeit und der Höhe des Arbeitslohnes wird kaum eine Änderung eintreten können[122]). Mag sein, daß in der Seele des Arbeiters eine Wandlung vor sich geht, daß er sich nicht mehr als Untergebener eines Unternehmers sondern als Diener der Gesamtheit fühlt. Ob aber dieses Bewußtsein eine so befreiende Wirkung wird auslösen können, ist sehr fraglich, zumal zu erwarten ist, daß der Zwang, der auf dem einzelnen in einer sozialistischen Wirtschaft ausgeübt werden muß, noch größer sein wird und daß es einsichtsvoller Führung bedürfen wird, um die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit dieses Zwanges zu überzeugen. Um so mehr bleibt es für tieferes Nachdenken ein Rätsel, welchen Sinn die gewerkschaftliche Forderung haben soll. Für die Arbeiterschaft kommt es nicht darauf an, ob sie an der Führung der Wirtschaft beteiligt wird oder nicht; ihr Hauptinteresse kann es doch nur sein, einen angemessenen Anteil am Ertrage zu erhalten, d. h. also für eine gerechte Verteilung des Ertrages zu sorgen. Der Sozialismus war immer eine Verteilungsfrage. Damit nun der Anteil am Ertrage recht groß ist, kommt es gerade darauf an, den Produktionsertrag zu steigern. Daß dieses Ziel mit einer demokratisch gestalteten Führung in der Wirtschaft erreicht werden könnte, das ist der große Irrtum des wirtschaftsdemokratischen Programms.

Auch — oder besser — gerade die Arbeiterschaft muß ein großes Interesse daran haben, daß nur die befähigsten Männer zur Führung im Wirtschaftsleben berufen werden. Um so weniger aber wird man die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaftsführung verstehen können. Warum will man die Führer beseitigen, die sich bewährt haben, und sie ersetzen vielleicht durch ein Kollegium, das aus der Wahl der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer hervorgegangen ist, das den verschiedensten Einflüssen ausgesetzt ist und das keine Gewähr bietet, daß den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen wird. Ein solcher Wechsel in der Führung würde sich nicht ohne Schaden für die Ge-

---

[122]) Sombart weist darauf hin, daß es „für das Schicksal der Menschen und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob die Wirtschaft sich kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird. Worauf es ankommt: die Arbeitsweise ist in beiden Fällen dieselbe; in beiden Fällen ruht die gesamte Wirtschaft auf dem Boden der Vergeistung . . . . Vielleicht, daß das „Bewußtsein" des Arbeiters hier und dort verschieden ist. Aber die Gestaltung aller Arbeitsbedingungen ist hier und dort dieselbe." (Sombart: das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. S. 1016.)

samtheit und damit auch nicht ohne Nachteil für die Arbeiterschaft durchsetzen lassen. Man ist sich nicht bewußt geworden, „daß die Vorstellungen über die Überflüssigkeit und Ausschaltungsmöglichkeit der Unternehmer von heute auf morgen unmarxistisch sind und daß jede Sozialisierung, die verkennt, welche wichtige Bedeutung die vom Unternehmer ausgeübte Leitung der Produktion besitzt, zu einer Schädigung der Volksgemeinschaft führen muß, weil sie den Ertrag der Produktion beeinträchtigt“ [123]). Daß der Sozialismus doch in erster Linie eine Verteilungsfrage ist, wird in dem gewerkschaftlichen Programm völlig vernachlässigt. Statt dessen stellt das Programm die Wirtschaftsführung in den Vordergrund. Aber „bei der Produktion selbst ist das Eingreifen am schwierigsten, da das Unternehmertum nicht ohne Schaden für die Gesamtheit eliminiert werden kann und hier höchstens im Rahmen des alten Systems Verbesserungsversuche angestellt werden müssen“ [124]).

Welchen Weg der Sozialisierung man auch beschreiten mag, man wird die Mitarbeit der Unternehmer, ihre Sachkenntnis und Erfahrung nicht entbehren können, eine Tatsache, auf die der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. A. Müller schon zu einer Zeit hinwies, als die Wogen der Begeisterung für Sozialisierungsmöglichkeiten noch hoch emporschlugen [125]). Es wäre vielleicht der größte Irrweg, den man einschlagen würde, wollte man die Unternehmer beseitigen. Mit der Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderung wäre der Arbeitschaft ein schlechter Dienst erwiesen.

Fassen wir das Ergebnis unserer Untersuchung noch einmal zusammen, so kann kein Zweifel bestehen: auch das engere Ziel der gewerkschaftlichen Forderung erweist sich als undurchführbar. Eine demokratische Führung der Unternehmungen läßt sich nicht einmal in einer sozialistischen Wirtschaft verwirklichen, geschweige denn in der kapitalistischen Wirtschaft der Gegenwart. Ebensowenig ist es daher auch möglich, auf dem Wege der Demokratisierung der Wirtschaftsführung zu der erhofften Wirtschaftsdemokratie zu gelangen, von deren Undurchführbarkeit wir uns bereits überzeugt haben.

---

[123]) Aug. Müller: Sozialisierung oder Sozialismus. Ullstein, Berlin 1919 S. 96.
[124]) Aug. Müller: Über Sozialisierung. Dtsch. Allg. Ztg. vom 25. I. 1919 Nr. 39.
[125]) Vgl. Aug. Müller: Sozialisierung und Sozialisierungsgesetzgebung im neuen Deutschland, „Dtsch. Jurist. Ztg.“ 1919 S. 559 und Vorwärts vom 30. 5. 1919. N. 273. Dr. A. Müller über Sozialisierung (Vortrag im Herrenhaus).

IV. Teil.

Demokratische Erfahrungen in der Vergangenheit.

Haben sich die bisherigen Ausführungen hauptsächlich in der Theorie erschöpft, so werden wir die Untersuchung jetzt noch abschließend von der empirischen Seite aus ergänzen müssen. Fragen wir uns also: was lehrt die Erfahrung, diese große Lehrmeisterin der Menschheit?

Zunächst müssen wir uns der Tatsache bewußt werden, daß es — so weit ich sehe — weder für die Wirtschaftsdemokratie noch für eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung geeignete Erfahrungsobjekte gibt. Die Ideen des gewerkschaftlichen Programms haben den Vorteil, daß sie noch niemals Wirklichkeit waren. Immerhin finden wir in der Vergangenheit einige Beispiele, die, mögen sie auch nicht völlig einen Vergleich rechtfertigen, doch das Ergebnis der theoretischen Erörterungen vollauf bestätigen und keinen Zweifel lassen, daß der Verwirklichung der wirtschaftsdemokratischen Gedanken in dieser oder jener Form unüberwindliche Schwierigkeiten gegenüberstehen.

Was zunächst die Wirtschaftsdemokratie anbelangt, so liefert vielleicht Rußland den besten Beweis für die Undurchführbarkeit dieser gewerkschaftlichen Forderung. Einmal ist es bisher nicht gelungen, das gesamte Wirtschaftsleben von einer zentralen Stelle aus zu leiten; vorläufig handelt es sich nur um einen kleinen Sektor des Wirtschaftslebens, der zentral verwaltet wird; dann aber ist in Sowjet-Rußland nicht eine Wirtschaftsdemokratie sondern eine Wirtschaftsdiktatur straffster Form verwirklicht worden. Auch Lenin schwebte vielleicht etwas Ähnliches wie eine Wirtschaftsdemokratie vor; auch er glaubte, noch bevor er die Leitung selbst in die Hand nahm, die Notwendigkeit eines Regierens würde überflüssig werden, wenn die große Mehrzahl gelernt hat, selbst diese Angelegenheiten in ihre Hände zu nehmen [126]). Doch gar bald mußte auch Lenin einsehen, daß die Verwirklichung dieses Gedankens nicht im Bereich des Möglichen liegt. Aus dieser Erkenntnis zog er die Konsequenzen und forderte nicht nur für die politische Sphäre sondern vor allem auch für das wirtschaftliche Gebiet die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den Willen eines einzigen, eben des Sowjet-Leiters [127]). Mit diesen wenigen Andeutungen müssen

[126]) „Von dem Augenblick an, wo alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrzahl selbst gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst diese Angelegenheit in ihre Hände genommen haben .... von diesem Augenblick an beginnt die Notwendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat", der aus bewaffneten Arbeitern besteht und der „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" ist, um so rascher beginnt jeder Staat abzusterben." (Lenin: Staat und Revolution, Wien-Berlin 1917 S. 100.)

[127]) Lenin betont, daß jede maschinelle Großindustrie — d. h. eben die materielle Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus — die bedingungslose und strengste Einheit des Willens erfordert, der die gemeinsame Ar-

wir uns hier begnügen; sie bestätigen aber, daß eine zentrale Leitung des Wirtschaftslebens nicht im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie sondern nur einer straffen Wirtschaftsdiktatur verwirklicht werden kann.

Für die Undurchführbarkeit einer demokratischen Führung der Einzelunternehmungen bilden vielleicht das eklatanteste Beispiel die Produktivgenossenschaften. Aus der Geschichte wissen wir, daß diese Unternehmungsform sich nicht bewährt hat. Die Gründe des Scheiterns sind verschiedener Natur: teils war es Mangel an Kredit, teils Mangel an Arbeit oder Absatz; nicht zuletzt aber beruhte der Mißerfolg vielfach in der verfehlten Leitungsstruktur. Die gemeinsame Leitung der Arbeiter, die sich in einer Produktivgenossenschaft zusammengeschlossen hatten, stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten, die gleichmäßige Anteilnahme jedes Genossen an der Leitung wurde zur Unmöglichkeit, obwohl gerade in der Produktivgenossenschaft eine formale Demokratie in idealster Form gegeben war. Es fehlte an der erforderlichen Einheitlichkeit und Elastizität in der Leitung; Mangel an Disziplin verursachte vielfach die Auflösung der Produktivgenossenschaften, falls sie nicht rechtzeitig auch in der Führungshierarchie sich den kapitalistischen Unternehmungen anpaßten [128]).

Einst glaubte man, auch in den Produktivgenossenschaften einen Weg zum Sozialismus gefunden zu haben, auch ein Lassalle hat sich dieser Hoffnung hingegeben, heute aber ist man sich nicht mehr im Zweifel darüber, daß diese Art des Genossenschaftssozialismus ein verfehlter Weg zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist, eine Tatsache, die auch in dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften zugegeben wird.

Ein weiteres Beispiel bietet vielleicht die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft. Hier haben wir eine Besitzdemokratie, jedenfalls ist sie in manchen Aktiengesellschaften bis zu einem gewissen Grade verwirklicht. Eine solche Besitzdemokratie würde nun am ehesten eine Demokratisierung der Führung der Unternehmungen rechtfertigen können. Formal besteht denn auch nach dem Gesetz eine demokratische Leitung; denn die Generalversammlung

---

beit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenkt . . . . Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen.

Diese Unterordnung kann bei idealer Erkenntnis und Disziplliniertheit der an der allgemeinen Arbeit Beteiligten mehr an die linde Leitung eines Orchester-Dirigenten erinnnern. Sie kann die scharfen Formen eines Diktatorentums annehmen, — wenn keine ideale Disziplliniertheit und Erkenntnis vorhanden sind. Aber, so oder anders, ist die widerspruchslose Unterordnung unter einen einzigen Willen für den Erfolg von Arbeitsprozessen, die nach dem Typus einer maschinellen Großindustrie organisiert sind, unbedingt notwendig." „Man muß lernen, den stürmischen, in Frühlingsüberschwemmung eilenden, die Ufer übertretenden Meetings-Demokratismus der arbeitenden Massen mit der eisernen Disziplin während der Arbeit, mit dem widerspruchslosen Gehorsam dem Willen einer einzigen Person, des Sowjet-Leiters, während der Arbeit zu vereinigen." (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht, Berlin 1919 S. 43 f und 47 f.)

[128]) „In der Produktivgenossenschaft ergibt sich die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst." (Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1919. S. 35.)

entscheidet über Art, Leitung und Betrieb der Unternehmung, sie bestimmt die Organisation, sie wählt den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Diese formelle Macht der Generalversammlung ist aber in der Praxis mehrfachen Wandlungen unterworfen worden, auf die näher einzugehen wir uns hier versagen müssen. Tatsächlich haben die wirtschaftlichen Erfordernisse hier zu einer anderen Gesetzesinterpretation geführt als es der ursprünglichen Idee dieser Rechtsform entspricht. Weil es praktisch gar nicht möglich ist, daß die Generalversammlung die Leitungsfunktionen wahrnehmen kann, sei es, daß den Aktionären die erforderlichen Sachkenntnisse fehlen, sei es, daß die Kontinuität der Unternehmung in Frage gestellt würde, hat schon der Gesetzgeber zwei Organe geschaffen: Vorstand und Aufsichtsrat, denen die Führung bzw. Kontrolle anvertraut werden soll.

Aber auch hier sind Machtverschiebungen gegenüber der rechtlichen Regelung zu beobachten. Liegen die Verhältnisse bei den einzelnen Aktiengesellschaften auch verschieden, so kann man doch eine Tendenz feststellen, daß die eigentliche Führung der Aktiengesellschaft sich immer mehr an der Spitze konzentriert. Die besonderen Gründe, die diese Entwicklung förderten und die außerdem ganz verschiedener Natur sind, interessieren hier nicht. Von Bedeutung ist nur die Tatsache, daß auch die Führung der Aktiengesellschaften zumeist in den Händen einzelner Persönlichkeiten liegt, die dem Unternehmen gleichsam den Stempel aufdrücken. Die außerordentliche Entwicklung der Aktienunternehmung wäre wohl ausgeschlossen gewesen, „wenn diese Gesellschaften wirklich demokratisch organisiert, auf die Initiative und die Entscheidung der Gesamtheit ihrer Aktionäre angewiesen wären. Eine Versammlung von Aktionären, die zum großen Teil nicht die nötige Sachkenntnis besitzen, auch nicht einmal die erforderliche Zeit haben, eine solche Versammlung, deren Zusammensetzung noch obendrein ständigem Wechsel unterworfen ist, kann garnicht ein großes geschäftliches Unternehmen erfolgreich leiten“ [129]).

Wir sehen, die Aktiengesellschaft ist ein lehrreiches Beispiel dafür, daß selbst eine Besitzdemokratie noch nicht eine Leitungsdemokratie zur Folge haben kann, weil die Erfahrung immer wieder bestätigt, daß eine demokratische Führung den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht genügend Rechnung trägt. Die Aktiengesellschaft ist ja gerade diejenige Unternehmungsform, bei der es am nächsten liegt, demokratische Ideen aus der politischen Sphäre in die wirtschaftliche zu übertragen. Gegenwärtig stehen wir wieder in einer recht lebhaften Debatte um die Aktienrechtsreform; dabei fehlt es auch nicht an Stimmen, die einer bewußten Übertragung demokratischer Gedankengänge aus der Ebene der Politik in die der Wirtschaft das Wort reden. Damit wird den Reformbestrebungen aber vielleicht der schlechteste Dienst erwiesen. „Nichts hat“, wie Vogelstein bemerkt, „die Diskussion über das Aktienwesen so verdunkelt wie die politischen Analogien, die vor allem in der Nachkriegszeit in vielen Kreisen üblich geworden sind. Die aus der Staatspolitik geholten Argumente pflegen für wirtschaftsorganisatorische Fragen genau so wenig zuzutreffen wie die der ökonomisch-kapitalistischen Organisation für die Formung des Staates“ [130]).

---

[129]) Passow: Die Aktiengesellschaft. 2. Aufl. Jena 1922 S. 492 f.

[130]) Th. Vogelstein: Die Idee der Aktiengesellschaft und die „Aktiendemokratie“, in „Der Dtsch. Volkswirt“ Nr. 22 vom 27. Febr. 1931 S. 702.

Dieser Fehler, den Vogelstein mit Recht als nachteilig für die Klärung der Fragen hinsichtlich der Aktienrechtsreform bezeichnet, derselbe Fehler ist es auch, der dem wirtschaftsdemokratischen Programm der freien Gewerkschaften zugrunde liegt. Man ist sich des großen Unterschiedes zwischen Wirtschaft und Politik nicht bewußt geworden. Gerade die Entwicklung des Aktiengesellschaftswesens zeigt, wie verfehlt es ist, irgendwelche Reformbestrebungen auf unberechtigten Analogieschlüssen aufzubauen und daß es absolut abwegig ist, bestimmte Vorstellungen aus der politischen Sphäre in die Erörterung von Wirtschaftsfragen hineinzutragen.

Ein weiteres lehrreiches Beispiel bieten auch die öffentlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, also jene Unternehmungsformen, die man vielfach auch als Staats- bezw. Kommunalsozialismus zu bezeichnen pflegt. In einem sehr interessanten Aufsatz hat Heinrich Göppert nachgewiesen, daß mit dem Wandel in der Staatsform dem alten Staatssozialismus der Vorkriegszeit die Grundlage seiner Berechtigung entzogen worden ist[131]). In der Tat sehen wir auch, wie die einzelnen öffentlichen Unternehmungen in zunehmendem Maße den parlamentarisch-demokratischen Einflüssen entzogen werden. So wurde die Reichsbank als völlig autonomes Gebilde dem Reich gegenübergestellt. Ganz abgesehen davon, daß dies auf Veranlassung der Entente geschah, so wäre auch ohne diesen Druck die Umwandlung eine zwingende Notwendigkeit geworden. Diese Erkenntnis, daß die öffentlichen Unternehmungen unmöglich den wechselnden Mehrheiten der Parlamente ausgesetzt werden können, hat auch dazu geführt, die Reichspost und die Reichseisenbahn zu selbständigen Unternehmungen zu machen, sie aus dem Staatsorganismus loszulösen. Der Preußische Staat sah sich veranlaßt, seine Bergwerke in Aktiengesellschaften zu verwandeln, um sie dem Einfluß des Parlaments zu entziehen. Nicht zuletzt können wir dieselbe Bewegung auch in den Kommunen beobachten; in immer stärkerem Maße werden die Gemeindebetriebe zu selbständigen Unternehmungen gemacht, oder zu gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen umgewandelt; bevorzugt wird hier häufig die Form der Aktiengesellschaft, wobei die Kommunen sich auf den Besitz eines mehr oder weniger großen Aktienpaketes beschränken. Die öffentlichen Unternehmungen bestätigen also, daß es nicht möglich ist, die Führung wirtschaftlicher Unternehmungen von etwaigen demokratischen Einflüssen abhängig zu machen.

Auch die Praxis des Betriebsrätewesens hat deutlich gezeigt, daß die großen Erwartungen, die man auf eine demokratische Gestaltung der Unternehmungen gesetzt hatte, sich nicht erfüllten. Heute ist man sich nicht mehr im Zweifel darüber, daß durch die Betriebsräte die sozialistische Wirtschaftsordnung

[131]) „Das kann der parlamentarisch-demokratische Staat, der Parteienstaat, seinem ganzen Wesen nach nicht. Denn in ihm bedarf die Regierung des Vertrauens der Mehrheit des Parlaments, d. h. der sich jeweils zu der Mehrheitskombination zusammenfindenden Parteien mit ihrem wirtschaftlichen Programm. Jeder Wechsel in der Mehrheitskombination kann ein anderes wirtschaftliches Programm vorschreiben, nicht weil die wirtschaftlichen Verhältnisse sich geändert haben, sondern weil die Partei- und damit die Regierungskonstellation es gerade verlangt. Ich spreche nicht davon, was nach der parlamentarisch-demokratischen Theorie sein soll, sondern was ist und nach den bitteren Tatsachen der Logik auch garnicht anders sein kann. Dem parlamentarisch-demokratischen Staat fehlt die innere Berechtigung zum Staatssozialismus." (H. Göppert: „Staat und Wirtschaft". in „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart" Heft 33 Tübingen 1924 S. 27.)

nicht verwirklicht werden kann, weshalb auch das wirtschaftsdemokratische Programm diese Institution nicht als „Ansatz einer demokratischen Neuordnung“ ansieht.

Mit diesen wenigen Beispielen müssen wir uns hier begnügen. Können wir sie auch nicht hundertprozentig als Gegenbeweis gegen das wirtschaftsdemokratische Programm der freien Gewerkschaften ansehen, so legen sie doch immerhin ein beredtes Zeugnis dafür ab, wie abwegig es ist, demokratische Ideen in der Wirtschaft verwirklichen zu wollen und nicht zuletzt bestätigen sie das Ergebnis unserer Untersuchung, daß weder eine Wirtschaftsdemokratie in der Zukunft noch eine Demokratisierung der Wirtschaftsführung in der Gegenwart sich verwirklichen läßt.

Schluß.

Allen Lösungsideologien liegt ein tiefes Verlangen, ja eine ewige Sehnsucht nach einer anderen, besseren Wirtschaftsordnung zugrunde; in dieser Sehnsucht wurzelt die chiliastische Weltbewegung der Arbeiterschaft. Nicht nur Staatsmänner, Philanthropen, Gelehrte, Sozialpolitiker u. a. haben sich um die Konstruktion einer neuen Gesellschaftsverfassung bemüht, auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft, die ihrer Klassenlage sich bewußt geworden ist, sind Ideen der Gesellschaftsumgestaltung hervorgegangen; letztere sind sogar vielfach nichts anderes als der lebhafte Ausdruck dieser Bewußtseinsbildung, die in der Arbeiterschaft zur Reife gelangt ist. Auch die Wirtschaftsdemokratie ist ein Beispiel dafür.

In dem wirtschaftsdemokratischen Programm sind es zwei besondere Seiten der Bewußtseinsbildung, die hier ihren Niederschlag gefunden haben: es ist das Unterschieds- und das Massenbewußtsein [132]).

Einmal sind es die großen Unterschiede, deren sich der Arbeiter Tag für Tag bewußt wird; überall offenbart sich ihm eine unüberbrückbare Kluft; wohin er sieht, stößt er auf Kontraste, überall findet er Gegensätze, die einen Ausgleich verlangen. Es sind die Antagonismen zwischen Reichtum und Armut, Geltung und Nichtgeltung, Luxus und Not, Freiheit und Zwang, nicht zuletzt auch zwischen Herrschaft und Dienst, Befehl und Gehorsam. Die Betriebsverfassung war schon immer ein Ausgangspunkt der Kritik der arbeitenden Schichten. Heute, wo die Entpersönlichung der Wirtschaft weiter fortgeschritten, wo die Achtung vor dem Unternehmer im Schwinden begriffen ist, in einer solchen Zeit wird der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter doppelt schwer empfunden, so daß das wirtschaftsdemokratische Programm aus der Psyche des Arbeiters heraus durchaus zu verstehen ist. Das System von Herrschaft- und Dienststellungen hält man für überholt; das tägliche Innewerden hat den Sinn für alle Unterschiede geschärft; diese geben den Anstoß zur Besinnung auf die Lage der arbeitenden Klasse und sind damit zugleich der Ansatzpunkt der verschiedensten Lösungsideologien, von denen die Wirtschaftsdemokratie eine der vielen ist.

Zu diesem Unterschiedsbewußtsein gesellt sich das Massenbewußtsein. Hier handelt es sich um Wertvorstellungen, die im Quantitativen begründet sind, also jene Vorstellung, daß die arbeitende Schicht schon ihrer großen Zahl wegen Geltung und Macht beanspruchen kann; die Zahl allein hat schon Wert — entgegen aller qualitativen Wertbestimmung: auch das ist ein Grund für die Übertragung des demokratischen Prinzips in den Bereich der Wirtschaft. Wie in der politischen Sphäre die große Masse an der Bildung des öffentlichen Gemeinwe-

[132]) Vgl. Goetz Briefs: Das gewerbliche Proletariat, Kap. IV: die proletarische Bewußtseinsbildung, in „Grundriß der Sozialökonomik" Tübingen 1926, IX. Abtlg. 1. Teil. S. 176 f.

sens teilnimmt, so darf auch auf wirtschaftlichem Gebiet diese Schicht nicht ausgeschaltet werden; verfügt sie auch nur über Arbeitskraft, so soll diese aber als gleichwertiger und gleichberechtigter Faktor in die Wagschale der Wirtschaft geworfen werden.

Das sind die beiden Wurzeln: das Unterschieds- und das Massenbewußtsein, die dem wirtschaftsdemokratischen Programm zugrundeliegen; die Wirtschaftsdemokratie ist die jüngste Ideologie, die aus dieser Bewußtseinsbildung hervorgegangen ist. Das proletarische Bewußtsein gipfelt geradezu in der Erkenntnis, daß die herrschende Gesellschaftsordnung als Nicht-sein-sollend betrachtet wird. Die Daseinsbedingungen der arbeitenden Schichten werden nicht als ein Naturprozeß angesehen, dem man sich willenlos ergeben müsse. Im Gegenteil: es bildet sich die Überzeugung von einer anderen, besseren Sozialverfassung. Diese Überzeugung hat nicht nur eine rationale Wurzel, sie gründet ebenso auch in der proletarischen Gefühlswelt. Die Arbeiterschaft kann mit der herrschenden Wirtschaftsordnung keinen Frieden schließen, kann nicht den ersehnten Seelenfrieden finden. Wie der religiöse Mensch von einer Unruhe zu Gott getrieben wird, so bleibt die Seele des Proletariers erfüllt von einer Unruhe nach einer anderen, besseren Gesellschafts- und Sozialverfassung. Diese Unruhe ist die letzte Quelle, aus der das proletarische Bewußtsein genährt wird, in ihr gründen alle Wunschbilder, alle Ideale, die in großer Zahl gestaltet worden sind. Das Proletariat braucht nun einmal ein Ideal, das seiner ewigen Sehnsucht Ausdruck verleiht. Die Wirtschaftsdemokratie ist zur Zeit das letzte Glied dieser langen Kette, der letzte der Wunschträume, auf den das Proletariat seine Hoffnung setzt.

Literaturverzeichnis.

a) Spezialliteratur über die Wirtschaftsdemokratie. [1])

Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, hgg. im Auftrage des Allg. Dtsch. Gewerkschaftsbundes von F. Naphtali, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1928.

Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1925.

Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1928.

Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1925 in Heidelberg.

G. Albrecht: Wirtschaftsdemokratie, zur Veröffentlichung des A. D. G. B. in „Jahrb. für Nat. Ök. und Stat." 3. F. 75. Bd. 2. Heft: 20. Febr. 1929.

M. Berg: Wirtschaftsdemokratie und organisierter Kapitalismus, im „Gewerkschaftsarchiv" 6. Jahrg. Bd. 10 Heft 3: 3. März 1929.

L. Birkenfeld: Was ist Wirtschaftsdemokratie? im „Gewerkschaftsarchiv", 7. Jahrg. Bd. 12. Zwing, Jena 1930.

G. Becker: Zum Begriff der Wirtschaftsdemokratie, in „Die Arbeit" Heft 12, Dez. 1927.

C. Düssel: Amt, Eigentum und Wirtschaftsdemokratie, in „Der Ring" Heft 6 v. 10. Febr. 1929.

D. Fabian: Wirtschaftsdemokratie, in „Jungsozialistische Blätter" 7. Jhg. Okt. 1928.

H. Funke: Kapitalismus und Arbeitnehmerschaft, Volksvereinsverlag, M.-Gladbach o. J.

J. Gerhardt: Liberalismus u. Wirtschaftsdemokratie, in „Wirtschaftsprobleme d. Gegenwart" Berlin 1930. Heft 5.

P. Graßmann: Warum Wirtschaftsdemokratie? in „Wirtschaftsdienst, weltwirtschaftl. Nachrichten", Hamburg, Heft 2 vom 14. Januar 1927.

A. Heinrichsbauer: Zur Kritik an der „Wirtschaftsdemokratie", in „Der Arbeitgeber" Nr. 14 vom 15. Juli 1930.

P. Hermberg: Wirtschaftsführung u. Wirtschaftsdemokratie, in „Die Arbeit", Heft 3, 1926.

E. Herrmann: Demokratisierung der Wirtschaft, in „Betriebsrätezeitschrift für Funktionäre der Metallind.", Stuttgart: Nr. 23 vom 10. Nov. 1928, Nr 24 v. 24. Nov. 1928 und Nr. 25 v. 8. Dez. 1928.

J. Jahn: Wirtschaftsprogrammatische Versuche, in „Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht", Hamburg Heft 1, Jan. 1929.

R. Lederer: Schöpferische Demokratie, im „Gewerkschaftsarchiv" Bd. 10 Heft 2 Febr. 1929.

O. Leichter: Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 12 Dez. 1928.

O. Leichter: Der organisierte Kapitalismus und seine Dialektik, in „Der Kampf" Heft 8—9. Aug.—Sept. 1928.

[1]) Aus der großen Zahl von Aufsätzen über das wirtschaftsdemokratische Problem wird hier nur ein größerer Teil nachgewiesen.

Th. Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1928.

F. Levy: Ist der Marxismus diskreditiert? in „Jungsozialistische Blätter", Dez. 1928.

H. Lufft: Wirtschaftsdemokratie, in „Soziale Revue" Heft 2 Febr. 1929.

C. Mennicke: Der romantische Abweg, in „Die Arbeit" Heft Nr. 8, Aug 1925.

F. Naphtali: Debatten zur Wirtschaftsdemokratie, in „Die Gesellschaft" Heft 3 März 1929.

F. Pinner: Wirtschaftsdemokratie, im „Berliner Tageblatt", Nr. 426 vom 8. September 1928.

Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, hgg. von der Deutschen Bergwerkszeitung, Düsseldorf o. J.

B. Rauecker: Wirtschaftsdemokratie als nationale Aufgabe. Siebenstäbeverlag, Berlin 1928.

B. Rauecker: Begriff, Wesen und Ziel der Wirtschaftsdemokratie, in „Zeitschrift für Politik", Heft 9, 1929.

K. Renner: Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 10 Okt. 1926.

K. Renner: Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 12 Dez. 1926.

K. Renner: Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 2 Feb. 1927.

K. Renner: Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 4 Apr. 1927.

K. Renner: Wege der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, Dietz, Berlin 1929.

M. Rössiger: Der werdende Wirtschaftsbürger, Siebenstäbeverlag, Berlin 1928.

H. Schliestedt: Wege zur Wirtschaftsdemokratie, in „Die Arbeit" Heft 7 vom 15. Juli 1925.

G. Stolper: Sozialistische oder liberale Wirtschaftsdemokratie? in „Der deutsche Volkswirt" Bd. 2 Nr. 50 vom 14. Sept. 1928.

O. Suhr: Der konstitutionelle Kapitalismus, in „Afa-Bundeszeitung". Januar 1929.

E. Tartarin-Tarnheyden: Berufsverbände und Wirtschaftsdemokratie, Reimar Hobbing, Berlin 1930.

B. Weingartz: Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, in „Sozialistische Monatshefte", 34, 67, Dez. 1928.

K. Zwing: Wirtschaftsdemokratie, Wesen, Voraussetzungen und Möglichkeiten, im „Gewerkschaftsarchiv" 2. Jahrg. Nr. 3 Bd. III, Sept. 1925.

P. Zimmer: Grundbegriffe der Wirtschaftsdemokratie, in „Der Kampf" Heft 9, Sept. 1929.

R. S. Brookings: Die Demokratisierung der amerikanischen Wirtschaft, dtsch. von R. Kuczynski, R. L. Prager, Berlin 1925.

W. Milne-Bailey: Wirtschaftsdemokratische Strömungen in England, übersetzt von L. Erdmann, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1928.

W. E. Walling: Die amerikanische Arbeiterschaft und die amerikanische Demokratie, hgg. v. G. Becker, übersetzt v. H. Leroi-Fürst, Verlag des A. D. G. B. Berlin 1929.

b) Allgemeine Literatur.

Max Adler: Politische oder soziale Demokratie, Wien 1926.

A. Amonn: Die Hauptprobleme der Sozialisierung, Quelle und Meyer, Leipzig 1920.

A. Amonn: Der Unternehmergewinn. in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart" Bd. III Springer, Wien 1928.

H. v. Beckerath: Politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen von heute im internationalen Vergleich, in „Der Arbeitgeber" Nr. 23 vom 1. 12. 1928. Elsner, Berlin.

Georg Bernhard: Entpersönlichung der Wirtschaft, im „Magazin der Wirtschaft" Nr. 5 vom 30. 1. 1931.

Ed. Bernstein: Der sozialistische Begriff der Demokratie, in „Sozialdemokratische Völkerpolitik", Verlag „Naturwissenschaften" Leipzig 1917.

Böhm-Bawerk: Einige strittige Fragen der Kapitalstheorie, Wien, Leipzig 1900.

L. Brentano: Der Unternehmer, in „Volkswirtschaftliche Zeitfragen" Heft 225, Simion, Berlin 1907.

v. Degenfeld-Schomburg: Die Unternehmerpersönlichkeit in der modernen Volkswirtschaft, „Schmollers Jahrb." 53. Jhg. I. Hlbd. 1929.

Chr. Eckert: Aussichten des Kapitalismus, in „Weltwirtschaftl. Archiv" 29. Bd. Fischer, Jena 1929.

Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 11. Aufl. Dietz, Stuttgart 1921.

Irmgard Feig: Unternehmertum und Sozialismus, in „Abhandlungen des staatswissenschaftl. Seminars", Jena 1922.

Edw. A. Filene: Ein Weg aus dem Wirrwarr, 2. Aufl. Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M. 1926.

v. d. Gablenz: Industriebürokratie, „Schmollers Jahrb." Bd. 50, 1926.

Joh. Gerhardt: Unternehmertum und Wirtschaftsführung, Mohr, Tübingen 1930.

Otto Gierke: Das Wesen der menschlichen Verbände, Duncker und Humblot, Leipzig 1902.

Goetz Briefs: Das gewerbl. Proletariat, in „Grundriß der Sozialökonomik" IX. Abtlg. 1. Teil. Mohr, Tübingen 1926.

H. Göppert: Staat und Wirtschaft, in „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart", Heft 33, Mohr, Tübingen 1924.

Eduard Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus. Mohr, Tübingen 1929.

Georg Halm: Die Konkurrenz. Duncker und Humblot, München und Leipzig 1929.

Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital, 2. Aufl. Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1920.

Paul Jostoc: Der Ausgang des Kapitalismus, Duncker u. Humblot, München u. Leipzig 1928.

J. J. Kautz: Die Nationalökonomie als Wissenschaft 1857.

Hans Kelsen: Vom Wesen und Wert der Demokratie. 2. Aufl. Mohr, Tübingen 1929.

Carl Landauer: Die Ideologie des Wirtschaftsparlamentarismus, in „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege" 1. Bd. Duncker u. Humblot, München u. Leipzig 1925.

R. Liefmann: Kartelle, Konzerne, Trusts, 8. Aufl. Stuttgart 1930.

R. Liefmann: Freie oder gebundene Wirtschaft? in „Der Arbeitgeber" Nr. 19 vom 1. 10. 1928. Elsner, Berlin.

M. Lohmann: Der Wirtschaftsplan des Betriebes und der Unternehmung. L. Weiß, Berlin, Leipzig, Wien 1928.

Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Vorwärts Paul Singer, Berlin 1913.

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Vulkan-Verlag, Leipzig 1919.

Karl Marx: Das Kapital. Bd. I 4. Aufl. Meißner, Hamburg 1890. Bd. III Hamburg 1894.

J. St. Mill: Grundsätze der politischen Ökonomie. 2 Bde. dtsch. von Ad. Soetbeer, Perthes-Besser und Mauke, Hamburg 1852.

Aug. Müller: Sozialisierung oder Sozialismus, Ullstein, Berlin 1919.

Aug. Müller: Über Sozialisierung, in der „D.A.Z." Nr. 39 vom 25. 1. 1919.

Aug. Müller: Über Sozialisierung, im „Vorwärts" Nr. 273 vom 30. 5. 1919.

Aug. Müller: Sozialisierung und Sozialisierungsgesetzgebung im neuen Deutschland, in „Dtsch. Jurist. Ztg." 1919 Heft 13/14.

Lenin: Staat und Revolution, Verlag f. Literatur und Politik, Wien, Berlin 1917.

Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht. Verlag der „Aktion" Frz. Pfemfert, Berlin 1919.

F. Oppenheimer: System der Soziologie, Jena 1922/23.

F. Oppenheimer: Art. „Staat in nationalökonomischer Hinsicht" im Handwörterbuch der Staatswiss. 4. Aufl. VII Bd.

F. Oppenheimer: Fritz Sternbergs Imperialismus, im „Arch. f. Sozialw. und Sozialpol." 57. Bd. Tübingen 1927.

R. Passow: Die Aktiengesellschaft. 2. Aufl. Jena 1922.

L. Pohle: Der Unternehmerstand, in „Vorträge der Gehe-Stiftung", 3. Bd. Teubner, Leipzig u. Dresden 1911.

W. Rathenau: Vom Aktienwesen. Fischer, Berlin 1922.

W. Rathenau: Reflexionen, Leipzig 1908.

W. Rathenau: Autonome Wirtschaft, in „Deutsche Gemeinwirtschaft", Heft 16, Jena 1919.

H. Robertson: Produktion, dtsch. von M. Palyi, Springer, Berlin 1924.

W. Roscher: System der Volkswirtschaft Bd. I: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Cotta, Stuttgart und Tübingen 1854.

A. Salz: Macht und Wirtschaftsgesetz, Teubner, Leipzig und Berlin 1930.

A. Salz: Die Zukunft des Imperialismus, in „Weltw. Archiv", hgg. von Harms 32. Bd. Heft 2. Fischer, Jena 1930.

Max Scheler: Vom Umsturz der Werte, Verlag: Der neue Geist. Leipzig 1919.

Schmalenbach: Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in „Zeitschrift für handelswissenschaftl. Forschung". 22. Jhg. 1928, 6. Heft.

H. Schumacher: Unternehmertum u. Sozialismus, in „Schmollers Jahrb." 43. Jhg. 1919.

H. Schumacher: Gegenwartsfragen des Sozialismus, in „Schmollers Jahrb.", 44. Jhg. 1920.

Jos. Schumpeter: Sozialistische Möglichkeiten von heute, im „Archiv für Sozialw. u. Sozialpol." 48. Bd. 1921.

Jos. Schumpeter: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute, in „Strukturwandlungen der dtsch. Volkswirtschaft" Bd. I, Reimar Hobbing, Berlin 1928.

Jos. Schumpeter: Art. „Unternehmer" im Handw. der Staatswissenschaft. 4. Aufl. 8. Bd.

W. Sombart: Der kapitalistische Unternehmer, im „Arch. für Sozialw. und Sozialpol." Bd. 29 Heft 3, 1909.

W. Sombart: Der Bourgeois, Duncker u .Humblot, München und Leipzig 1913.

W. Sombart: Die Wandlungen des Kapitalismus, in „Schriften d. Vereins f. Sozialpol." 175. Bd. Duncker u. Humblot, München u. Leipzig 1929.

W. Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Duncker und Humblot, München und Leipzig 1927.

W. Sombart: Die drei Nationalökonomien, Duncker u. Humblot, München und Leipzig 1930.

Fritz Sternberg: Der Imperialismus, Malik-Verlag Berlin o. J.

R. Thoma: Art. „Staat (Allgemeine Staatslehre)" im Handw. d. Staatswissensch. 4. Aufl. Bd. VII.

Th. Vogelstein: Die Idee der Aktiengesellschaft und die „Aktiendemokratie", in „Der dtsch. Volkswirt" Nr. 22 vom 27. 2. 1931.

H. Sartorius v. Waltershausen: Die Anthroposoziologie und die politische Ökonomie Smiths und Ricardos, in „Politisch-Anthropologische Revue". 9. Jhg. Thüringische Verlagsanstalt, Hildburghausen 1910/11.

Adolf Weber: Ende des Kapitalismus? 2. Aufl. M. Huber, München 1929.

Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, im „Grundriß der Sozialökonomik", Tübingen 1922.

Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. I, Tübingen 1920.

K. Wiedenfeld: Das Persönliche im modernen Unternehmertum, Duncker und Humblot, Leipzig 1911, und München u. Leipzig 1920.

L. v. Wiese: Staatssozialismus, Fischer, Berlin 1916.

L. v. Wiese: Liberalismus und Demokratismus in ihren Zusammenhängen und Gegensätzen, in „Zeitschrift für Politik" 9. Bd. Heft 3/4 1916.

Lebenslauf.

Am 13. Oktober 1902 wurde ich als Sohn des Rechnungsrats Robert Bresky in Berlin geboren, wo mein Vater Beamter des Preußischen Ministeriums des Innern war. Von meinem 6. bis 10. Lebensjahre besuchte ich die kath. Volksschule und darauf das Askanische Gymnasium zu Berlin, das ich 1922 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Zu Ostern 1923 ließ ich mich an der Berliner Universität immatrikulieren. Ich studierte zunächst Nationlökonomie, mußte jedoch schon nach dem 2. Semester aus wirtschaftlichen Gründen mein Universitätsstudium aufgeben. In den folgenden Jahren war ich im Bankfach tätig. Erst zu Ostern 1927 war es mir möglich, mein Studium von neuem zu beginnen, das ich nunmehr 8 Semester ordnungsmäßig durchgeführt habe. Als Hauptfach studierte ich Nationalökonomie, als Nebenfächer Geschichte und Philosophie. In den beiden letzten Semestern war ich zwecks Anfertigung meiner Dissertation von dem Besuch von Vorlesungen beurlaubt.